Deutscher Bundestag **Drucksache 17/6986**

17. Wahlperiode 14. 09. 2011

Antwort

der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Gabriele Hiller-Ohm, Anette Kramme, Petra Ernstberger, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD – Drucksache 17/6382 –

Entwicklung der geringfügigen Beschäftigung in Deutschland

Vorbemerkung der Fragesteller

Die geringfügige Beschäftigung ist in den letzten Jahren stark angestiegen. Aktuell arbeiten in Deutschland über 7 Millionen Menschen in einem sogenannten Minijob, zwei Drittel davon sind weiblich. Fast alle bewegen sich mit ihrem Stundenlohn im Niedriglohnbereich. Sie erzielen mit ihrem Arbeitsverhältnis keinerlei Ansprüche an die Kranken-, Pflege- oder Arbeitslosenversicherung. Bei der Rentenversicherung sind die Anwartschaften derart gering, dass eine ausreichende Vorsorge für das Alter nicht möglich ist. Der gesetzliche Anspruch auf Lohnfortzahlung im Krankheitsfall oder bezahlten Urlaub wird geringfügig Beschäftigten in der Praxis häufig verwehrt. Der Übergang in existenzsichernde Arbeitsverhältnisse gelingt nur selten, obwohl viele Minijobberinnen und Minijobber gerne wesentlich mehr arbeiten würden.

Die Zahl der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse wächst weiter: In Branchen wie dem Gaststättengewerbe, dem Einzelhandel oder der Gebäudereinigung werden zunehmend sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse in mehrere geringfügige Beschäftigungsverhältnisse aufgespalten. Manche Unternehmen beschäftigen inzwischen die Hälfte ihrer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Minijobs – die „Aufstockung“ des Einkommens durch zusätzliche Bezüge von Leistungen nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) wird von den Unternehmen dabei häufig einkalkuliert.

Geplant wurden die Minijobs u. a. für Personen, die dem Arbeitsmarkt nicht mehr oder noch nicht voll zur Verfügung stehen. Neben Schülern und Schülerinnen, Studierenden, Rentner und Rentnerinnen zielten sie aber auch auf diejenigen Ehefrauen, die als „Hinzuverdienerinnen“ einen eigenen Beitrag zum Familieneinkommen leisten wollen. Hier liegt das nächste Problem: Aufgrund der Sprungstellenproblematik (steuerlich und in Bezug auf die beitragsfreie Mitversicherung in der Krankenkasse) besteht bei der Gruppe der „Hinzuverdienerinnen“ ein negativer Beschäftigungsanreiz für eine Beschäftigung mit einem Einkommen über 400 Euro. Minijobs wirken somit kontraproduktiv in Bezug auf die Erhöhung der Partizipationschancen von Frauen auf dem ersten Arbeitsmarkt. Das Modell des Mannes als Hauptverdiener und der Frau maxi-

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales vom 9. September 2011 übermittelt.

Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.

mal als Zuverdienerin wird weiter zementiert. Auch die Gleitzonenregelung für Sozialversicherungsbeiträge im Einkommensbereich zwischen 400,01 Euro und 800 Euro hat nicht zu der erhofften Ausweitung der Beschäftigung oberhalb der Geringfügigkeitsgrenze geführt.

A. Entwicklung der geringfügigen Beschäftigung

1. Wie hoch ist der Anteil der Beschäftigten in Vollzeit, in sozialversicherungspflichtiger Teilzeit und in geringfügiger Beschäftigung (in Prozent, aufgeschlüsselt nach Geschlecht, Ost- und Westdeutschland)?

   Liegen der Bundesregierung Daten vor bzw. hat sie Hinweise darauf, wie groß die Zahl der geringfügig Beschäftigten im Nebenerwerb derzeit ist?

Zu den in den Antworten verwendeten Zahlen und Daten ist zunächst grundsätzlich Folgendes anzumerken:

Geringfügige Beschäftigungen (Minijobs) umfassen neben den vielbeachteten geringfügig entlohnten Beschäftigungen auch kurzfristige Beschäftigungen: Eine geringfügig entlohnte Beschäftigung liegt vor, wenn das Arbeitsentgelt aus dieser Beschäftigung im Monat 400 Euro nicht überschreitet. Eine kurzfristige Beschäftigung liegt vor, wenn die Beschäftigung auf nicht mehr als zwei Monate oder auf insgesamt 50 Arbeitstage pro Jahr begrenzt ist. Kurzfristige Beschäftigungen werden überwiegend von Jüngeren unter 25 Jahren ausgeübt, typischerweise als (Sommer-)Ferienjob. Bei der wesentlich stärker verbreiteten geringfügig entlohnten Beschäftigung handelt es sich hingegen eher um (Neben-)Erwerbstätigkeiten mit niedrigeren Wochenarbeitszeiten. In Hinblick auf zentrale Fragen nach der Entlohnung, nach Arbeitsmarktpartizipation (insbesondere von Frauen) und Arbeitsanreizen (unter anderem auch von Leistungsempfängern im SGB II), nach der Alterssicherung oder nach Arbeitsmarktflexibilitäten unterscheiden sich kurzfristige Beschäftigung und geringfügig entlohnte Beschäftigung grundlegend. Die in diesem Zusammenhang üblicherweise diskutierten Fragen betreffen fast ausschließlich die geringfügig entlohnte Beschäftigung. Deswegen konzentrieren sich – soweit nicht anders vermerkt – die Angaben in den folgenden Antworten wie im gegebenen Kontext angemessen regelmäßig auf die geringfügig entlohnte Beschäftigung. Hiervon wird abgewichen, wenn in den verfügbaren Daten eine genauere Differenzierung der Beschäftigungsformen nicht möglich oder nicht sinnvoll ist, etwa bei Stichprobenerhebungen wie dem Mikrozensus oder dem sozio-oekonomischen Panel (SOEP).

Die amtliche Statistik zur geringfügigen Beschäftigung wird von der Bundesagentur für Arbeit (BA) geführt und basiert wie die Statistik über sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse auf den Meldungen der Arbeitgeber zur Sozialversicherung. Die erste geringfügige Beschäftigung neben einer (nicht geringfügigen) versicherungspflichtigen Hauptbeschäftigung ist sozialversicherungsfrei. Geringfügige Beschäftigungen, die neben einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung ausgeübt werden, werden statistisch als geringfügige Beschäftigung im Nebenjob ausgewiesen.

Im Dezember 2010 gab es in Deutschland rund 33 Millionen versicherungspflichtige und geringfügig entlohnt Beschäftigte. Von ihnen waren 68 Prozent in Vollzeit versicherungspflichtig beschäftigt, 17 Prozent in Teilzeit versicherungspflichtig und 15 Prozent ausschließlich geringfügig entlohnt beschäftigt. Von den versicherungspflichtig Beschäftigten gingen 2,45 Millionen einem geringfügig entlohnten Nebenjob nach; das entspricht 9 Prozent.

Weitere Angaben nach Geschlecht sowie für West- und Ostdeutschland sind in der folgenden Tabelle 1 enthalten.

Tabelle 1: Versicherungspflichtig und ausschließlich geringfügig entlohnt Beschäftigte nach Geschlecht und Region in Prozent

Stichtag 31.12.2010	Geschlecht	Summe der sv-pflichtig und der ausschließl. geringfügig entlohnt Beschäftigten	sozialversicherungspflichtig Beschäftigte			ausschließlich geringfügig entlohnt Beschäftigte
			Insgesamt	darunter		
				Vollzeitbeschäftigte	Teilzeitbeschäftigte	
		1	2	3	4	6
Deutschland	Insgesamt	100	85,0	68,4	16,6	15,0
	Männer	100	90,0	84,4	5,5	10,0
	Frauen	100	79,9	51,8	28,0	20,1
Alte Länder (ohne Berlin)	Insgesamt	100	84,2	67,8	16,4	15,8
	Männer	100	90,0	84,7	5,2	10,0
	Frauen	100	78,1	50,0	28,1	21,9
Neue Länder (inkl. Berlin)	Insgesamt	100	88,7	71,0	17,6	11,3
	Männer	100	90,2	83,0	7,1	9,8
	Frauen	100	87,3	59,5	27,8	12,7

© Statistik der Bundesagentur für Arbeit

2. Sind der Bundesregierung Daten bzw. Untersuchungen bezüglich der durchschnittlichen wöchentlichen Arbeitszeit dieser Gruppen bekannt, und wie lauten diese?

   Wie haben sich diese Werte in den Jahren 1999 bis 2010 entwickelt?

Fragen zur durchschnittlichen Arbeitszeit geringfügig Beschäftigter können mit den Daten der Bundesagentur für Arbeit bzw. der Minijob-Zentrale nicht beantwortet werden, deshalb müssen alternative Quellen wie der Mikrozensus zur Beantwortung herangezogen werden. Im Unterschied zur Statistik der BA stellt der Mikrozensus eine Stichprobenbefragung dar, deren Ergebnisse jeweils nur als Jahresdurchschnittswerte verfügbar sind. Das Fragenschema des Mikrozensus zur geringfügigen Beschäftigung wurde in den vergangenen Jahren wiederholt geändert, so dass bei Detailfragen im Zeitverlauf Brüche in der Abgrenzung auftreten. Daher wird bei allen Antworten auf eine weitergehende Differenzierung der Arten geringfügiger Beschäftigung verzichtet. Bei der Interpretation aller Mikrozensus-Ergebnisse zu den geringfügig Beschäftigten ist auch zu beachten, dass diese Erhebung die Zielgruppe nur unscharf abbildet. Das gilt auch für andere Erhebungen wie das SOEP. Ausschließlich geringfügig Beschäftigte werden im Mikrozensus 2010 lediglich zu rd. 65 Prozent erfasst (3,2 Millionen ausschließlich geringfügig Beschäftigte gegenüber 4,9 Millionen ausschließlich geringfügig entlohnt Beschäftigten laut BA). Bei den im Nebenerwerb geringfügig Beschäftigen ist die Untererfassung deutlich größer: lediglich 0,1 Millionen Fälle werden ausgewiesen. Nach den Daten der BA gab es im Dezember 2010 2,45 Millionen geringfügig entlohnt Beschäftigte im Nebenjob. Aufgrund dieses geringen Nachweises wird auf den getrennten Ausweis von Mikrozensus-Ergebnissen für im Nebenerwerb geringfügig Beschäftigte verzichtet. Weiter ist zu beachten, dass – vgl. insoweit auch die Eingangsbemerkung – im Mikrozensus anders als in den Daten der BA grundsätzlich auch die Arbeitsgelegenheiten nach § 16 Absatz 3 SGB II (die sogenannten 1-Euro-Jobber) sowie die kurzfristig Beschäftigten als geringfügig Beschäftigte erfasst werden.

Tabelle 2: Wochenarbeitszeiten 1999 bis 2010

Abhängig Beschäftigte (ohne Auszubildende) am Ort der Hauptwohnung nach durchschnittlich normalerweise geleisteter Wochenarbeitszeit, Gebietseinheit, Geschlecht und Beschäftigungsverhältnis
Ergebnis des Mikrozensus

Gegenstand der Nachweisung[1]	Abhängig Beschäftigte (ohne Auszubildende) am Ort der Hauptwohnung																	
	Deutschland						Früheres Bundesgebiet						Neue Länder (einschl. Berlin)					
	Insgesamt		Männer		Frauen		Insgesamt		Männer		Frauen		Insgesamt		Männer		Frauen	
	zusammen	darunter nur eine Erwerbstätigkeit	zusammen	darunter nur eine Erwerbstätigkeit	zusammen	darunter nur eine Erwerbstätigkeit	zusammen	darunter nur eine Erwerbstätigkeit	zusammen	darunter nur eine Erwerbstätigkeit	zusammen	darunter nur eine Erwerbstätigkeit	zusammen	darunter nur eine Erwerbstätigkeit	zusammen	darunter nur eine Erwerbstätigkeit	zusammen	darunter nur eine Erwerbstätigkeit
	Durchschnittlich normalerweise geleistete Wochenarbeitszeit in der Haupt- und Nebenerwerbstätigkeit																	
Vollzeiterwerbstätige																		
1999	40,4	40,2	40,9	40,6	39,5	39,4	40,4	40,2	40,9	40,6	39,5	39,3	40,3	40,3	40,8	40,8	39,6	39,6
2000	40,4	40,2	40,9	40,6	39,5	39,4	40,4	40,2	40,9	40,6	39,5	39,3	40,4	40,3	40,9	40,8	39,6	39,6
2001	40,2	40,0	40,7	40,4	39,4	39,2	40,2	40,0	40,6	40,4	39,3	39,2	40,2	40,2	40,8	40,7	39,5	39,4
2002	40,2	40,0	40,6	40,4	39,3	39,2	40,2	40,0	40,6	40,4	39,3	39,1	40,2	40,1	40,7	40,5	39,5	39,5
2003	39,9	39,7	40,3	40,1	39,1	39,0	39,9	39,6	40,3	40,0	39,0	38,9	40,0	39,9	40,4	40,3	39,3	39,3
2004	40,1	39,9	40,6	40,3	39,3	39,1	40,1	39,9	40,5	40,3	39,3	39,1	40,1	40,0	40,6	40,5	39,4	39,3
2005	40,3	40,1	40,8	40,6	39,4	39,2	40,4	40,1	40,9	40,6	39,4	39,2	40,1	40,0	40,7	40,6	39,4	39,3
2006	40,6	40,4	41,1	40,8	39,8	39,6	40,7	40,5	41,2	40,9	39,8	39,6	40,3	40,1	40,7	40,6	39,6	39,5
2007	40,7	40,4	41,1	40,8	39,8	39,6	40,8	40,5	41,2	40,9	39,9	39,7	40,2	40,1	40,7	40,6	39,6	39,5
2008	40,8	40,5	41,2	40,9	39,9	39,7	40,9	40,6	41,3	41,0	40,0	39,7	40,4	40,2	40,8	40,7	39,7	39,6
2009	40,9	40,7	41,4	41,1	40,1	39,9	41,1	40,7	41,5	41,1	40,2	39,9	40,5	40,3	41,0	40,9	39,7	39,6
2010	40,9	40,6	41,4	41,1	40,0	39,9	41,0	40,7	41,5	41,1	40,2	39,9	40,4	40,3	40,9	40,8	39,7	39,6
sozialversicherungspflichtig Teilzeiterwerbstätige[2]																		
1999	22,2	21,8	22,1	20,6	22,2	21,9	21,7	21,2	22,0	20,3	21,6	21,3	25,0	24,8	22,6	21,9	25,3	25,1
2000	22,1	21,7	22,1	20,8	22,1	21,8	21,5	21,1	22,0	20,5	21,5	21,2	24,8	24,6	22,5	21,8	25,1	25,0
2001	22,2	21,8	22,6	21,2	22,2	21,9	21,7	21,3	22,5	20,9	21,6	21,3	24,9	24,6	22,7	22,2	25,1	24,9
2002	22,1	21,7	22,7	21,3	22,1	21,8	21,6	21,1	22,6	21,1	21,5	21,2	25,0	24,8	22,8	22,2	25,3	25,1
2003	21,9	21,6	22,2	20,9	21,9	21,6	21,4	21,0	22,1	20,7	21,3	21,0	24,8	24,5	22,5	21,8	25,1	24,9
2004	21,8	21,4	21,7	20,6	21,8	21,5	21,2	20,8	21,4	20,1	21,2	20,9	24,9	24,6	22,8	22,2	25,2	25,0
2005	22,4	21,9	22,6	21,2	22,4	22,0	21,8	21,3	22,4	20,6	21,8	21,3	25,0	24,7	23,4	22,8	25,2	25,0
2006	22,8	22,3	24,2	22,9	22,7	22,2	22,3	21,7	24,1	22,7	22,1	21,6	25,3	25,0	24,3	23,5	25,5	25,2
2007	23,0	22,5	23,9	22,6	22,9	22,5	22,5	21,9	23,8	22,2	22,3	21,9	25,4	25,1	24,4	23,7	25,6	25,4
2008	22,8	22,1	23,5	22,0	22,7	22,1	22,2	21,5	23,3	21,5	22,0	21,5	25,4	25,1	24,1	23,4	25,7	25,4
2009	22,9	22,3	23,9	22,5	22,8	22,3	22,5	21,8	24,0	22,4	22,3	21,7	25,0	24,6	23,4	22,8	25,3	25,0
2010	23,0	22,4	23,9	22,5	22,8	22,3	22,5	21,8	23,9	22,3	22,3	21,7	25,2	24,9	23,8	23,3	25,4	25,2
geringfügig Beschäftigte																		
1999	11,8	11,4	13,6	13,0	11,3	11,0	11,8	11,4	13,9	13,2	11,3	11,0	11,7	11,5	12,6	12,3	11,1	11,0
2000	11,8	11,6	13,9	13,6	11,2	11,0	11,8	11,6	14,3	14,0	11,2	11,0	11,4	11,4	11,8	11,8	11,2	11,1
2001	11,3	11,1	12,9	12,6	10,8	10,7	11,2	11,0	13,0	12,7	10,8	10,6	11,6	11,6	12,4	12,3	11,2	11,1
2002	11,2	11,0	12,6	12,1	10,8	10,6	11,2	10,9	12,8	12,2	10,7	10,6	11,7	11,5	11,9	11,7	11,5	11,4
2003	11,5	11,3	12,6	12,2	11,2	11,0	11,4	11,1	12,6	12,0	11,1	10,8	12,4	12,3	12,9	12,9	12,1	12,0
2004	11,6	11,3	12,7	12,2	11,2	11,0	11,4	11,1	12,6	12,0	11,1	10,9	12,4	12,3	12,9	12,9	12,1	11,9
2005	12,5	12,2	14,5	14,1	11,8	11,6	12,0	11,8	14,0	13,5	11,5	11,2	15,0	14,8	16,3	16,1	14,2	14,0
2006	13,0	12,7	15,4	15,0	12,1	11,9	12,3	12,0	14,5	14,0	11,6	11,3	16,6	16,5	17,9	17,7	15,8	15,6
2007	13,1	12,9	15,2	14,9	12,3	12,1	12,4	12,1	14,3	13,9	11,7	11,5	16,5	16,4	17,8	17,7	15,6	15,5
2008	13,7	13,4	16,2	15,9	12,7	12,5	12,9	12,6	15,4	15,1	12,0	11,8	17,2	17,0	18,4	18,2	16,4	16,2
2009	13,6	13,2	16,2	15,7	12,5	12,1	12,9	12,5	15,6	15,0	11,9	11,6	16,8	16,6	18,3	18,2	15,7	15,4
2010	13,6	13,2	16,1	15,8	12,5	12,2	12,9	12,6	15,5	15,0	12,0	11,7	16,9	16,7	18,2	18,1	15,9	15,6
sonstige Teilzeiterwerbstätige[3]																		
1999	20,0	19,9	19,8	19,3	20,1	20,0	20,0	19,8	20,2	19,6	20,0	19,9	20,3	20,2	17,9	17,8	21,3	21,1
2000	20,1	19,8	20,3	19,7	20,0	19,8	20,0	19,8	20,5	19,8	20,0	19,8	20,7	20,1	19,7	19,3	21,4	20,5
2001	20,3	20,0	19,9	19,4	20,3	20,1	20,1	19,9	20,2	19,7	20,1	20,0	21,4	20,8	18,5	17,9	23,0	22,3
2002	19,9	19,7	19,5	19,2	19,9	19,8	19,7	19,5	19,2	18,9	19,8	19,6	21,5	21,5	21,3	21,2	21,6	21,6
2003	19,6	19,3	19,3	18,5	19,7	19,5	19,3	19,1	19,1	18,2	19,4	19,3	21,9	21,6	20,5	19,9	22,5	22,3
2004	19,7	19,4	18,5	17,3	20,0	19,9	19,5	19,2	18,5	17,2	19,7	19,6	21,5	21,3	18,6	18,1	22,5	22,3
2005	19,7	19,4	18,4	17,5	20,0	19,9	19,5	19,2	18,4	17,4	19,8	19,6	21,4	21,1	18,6	17,9	22,3	22,1
2006	20,2	19,9	19,6	18,7	20,3	20,1	20,1	19,8	19,8	18,9	20,1	19,9	21,3	20,9	18,4	17,7	22,2	21,9
2007	20,2	19,9	19,1	18,4	20,4	20,3	20,0	19,7	19,2	18,5	20,2	20,0	21,3	21,2	18,5	18,1	22,2	22,1
2008	17,6	17,2	15,0	14,0	18,5	18,3	17,4	17,0	14,8	13,9	18,2	18,0	19,8	19,1	16,5	15,2	21,4	20,9
2009	19,1	18,7	17,5	16,7	19,5	19,2	19,0	18,6	17,4	16,5	19,4	19,1	20,2	19,7	18,1	17,7	21,2	20,7
2010	18,9	18,6	17,3	16,5	19,5	19,2	18,9	18,5	17,4	16,6	19,4	19,1	18,9	18,8	16,4	16,0	20,3	20,2

1) In den Jahren 1995 bis 2004 wurde der Mikrozensus mit einer festen Berichtswoche erhoben, die in den Regel in der letzten feiertagsfreien Woche im April lag.
Ab 2005 wird das Befragungsvolumen gleichmäßig auf die einzelnen Wochen eines Jahres verteilt (gleitende Berichtswoche). Dies kann unter Umständen zu methodischen Brüchen in der Ergebnisdarstellung führen.
2) Person arbeitet in Teilzeit und leistet Pflichtbeiträge in die Gesetzliche Rentenversicherung.
3) Person arbeitet in Teilzeit und leistet keine Pflichtbeiträge in die Gesetzliche Rentenversicherung bzw. hat hierzu keine Angaben gemacht.
/ = keine Angabe, da Zahlenwert nicht sicher genug.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus

3. Sind der Bundesregierung wissenschaftliche Studien (z. B. des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit – IAB) bekannt, in denen untersucht wird, wie sich seit dem Verzicht auf die Wochenstundenbegrenzung zum 1. April 2003 die geringfügige Beschäftigung oberhalb der damaligen Grenze von 15 Stunden entwickelt haben könnte?

Der Bundesregierung sind keine wissenschaftlichen Studien im Sinne der Fragestellung bekannt. Angaben zu der normalerweise bzw. tatsächlich geleisteten Wochenarbeitszeit von geringfügig Beschäftigten lassen sich dem Mikrozensus entnehmen. Der Mikrozensus bildet mit seinem Instrumentarium den Kern der regelmäßig ausgeübten geringfügigen Beschäftigung ab.

4. Welche Auswirkungen hatte die Erhöhung der pauschalen Abgaben auf Minijobs zum 1. Juli 2006 auf die Zahl und die Struktur der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse?

In den Anhangtabellen zu Frage 4 ist die Entwicklung der geringfügig entlohnten Beschäftigungen von 2005 bis 2010 nach Geschlecht sowie für Deutschland, West- und Ostdeutschland dargestellt (vgl. Anhang, Tabellen zu Frage 4). Die Veränderungen in der Zeitreihe der geringfügig entlohnten Beschäftigun-

gen zeigen keine Auffälligkeiten, die einen nennenswerten Effekt erkennen lassen. So hat die geringfügig entlohnte Beschäftigung nach der Abgabenerhöhung zugenommen, und zwar von Juni 2006 bis Juni 2007 um 167 000 (entspricht 2,5 Prozent). Abgeschwächt hat sich in 2007 der Anstieg bei den ausschließlich geringfügig entlohnt Beschäftigten, während die Zahl der Nebenjobber mit ähnlicher Wachstumsrate zugelegt hat.

Grundsätzlich ist bei einer Interpretation der Daten zu beachten, dass Veränderungen in der zeitlichen Entwicklung unterschiedliche Ursachen haben können. Ob und inwieweit Veränderungen in der Zahl und/oder Struktur geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse mit der Erhöhung der pauschalen Abgaben zusammenhängen, kann aus der Entwicklung der Zahlen allein nicht beantwortet werden.

5. Wie viele freiberuflich Tätige/Selbständige haben in den jeweiligen Jahren des Zeitraums 1995 bis 2010 zusätzlich eine geringfügige Beschäftigung ausgeübt?

   Liegen der Bundesregierung Hinweise vor, dass freiberuflich Tätige/Selbständige einen Teil ihres Einkommens durch geringfügige Beschäftigung erwirtschaften, um hierdurch die Steuerlast zu senken?

   Wenn ja, wie viele Personen haben dieses Steuersparmodell (schätzungsweise) in den vergangenen Jahren genutzt?

Das Zusammentreffen von selbständiger und geringfügiger Beschäftigung lässt sich aus amtlichen Daten nur annähernd schätzen. Der Mikrozensus als repräsentative Haushaltsbefragung enthält zwar Informationen zu Nebentätigkeiten auch von Selbständigen, es lässt sich aber nicht verlässlich abgrenzen, inwieweit es sich hierbei um geringfügige Beschäftigungen handelt (siehe auch Antwort zu Frage 2).

Ein Gutachten des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung aus Essen (RWI) aus dem Jahr 2004 ermittelte für geringfügig Beschäftigte, die neben ihrem Minijob ein weiteres Beschäftigungsverhältnis ausüben, folgende Verhältniswerte:

Tabelle 3: Prozentuale Verteilung der Tätigkeiten neben einem Minijob

	Tätigkeit neben Minijob		
	Vollzeitbeschäftigung	Teilzeitbeschäftigung	Selbständige Tätigkeit
Gewerbliche Minijobs	50,99 %	39,72 %	9,30 %
Minijobs in Privathaushalten	33,33 %	66,67 %	0,00 %

Quelle: Minijob-Zentrale

Ob Selbständige einen Teil ihres Einkommens durch geringfügige Beschäftigungen erwirtschaften, um die Steuerlast zu senken, ist der Bundesregierung nicht bekannt.

6. Wie viele Frauen und Männer befinden sich in einem Beschäftigungsverhältnis in der Gleitzone (Midijob), und welche Informationen über deren Arbeitszeitwünsche und beruflichen Qualifikationen liegen der Bundesregierung (z. B. auf Grundlage von Studien des IAB oder des Instituts Arbeit und Qualifikation – IAQ) vor?

   a) Wie ist die jeweilige Situation in West- und Ostdeutschland?

b) Wie hat sie sich im Zeitraum 2004 bis 2010 entwickelt?

Im Juni 2010 gingen in Deutschland rund 1,32 Millionen sozialversicherungspflichtig Beschäftigte einem Midijob nach, davon rund 762 000 während der gesamten Beschäftigungszeit und rund 556 000 lediglich zeitweise (so genannte Mischfälle). In Westdeutschland gab es rund 1,02 Millionen und in Ostdeutschland rund 300 000 Midijobber. Von Juni 2004 bis Juni 2010 hat die Anzahl der Midijobber um rund 585 000 zugenommen. Dies entspricht einem Anstieg um 80 Prozent.

Angaben zu den Arbeitszeitwünschen sind mit der Beschäftigungsstatistik der BA nicht möglich. Aussagen zu den beruflichen Qualifikationen von Midijobbern sind im Rahmen der Beschäftigungsstatistik nur mit eingeschränkter Aussagekraft möglich, weil für 45 Prozent der Midijobber keine Angaben zur Qualifikation vorliegen. Von den Midijobbern mit Angaben zur Qualifikation hatten 67 Prozent eine Berufsausbildung und 6 Prozent einen akademischen Abschluss. Diese und weitere Angaben können der Anhangtabelle zu Frage 6 entnommen werden.

7. Wie hoch ist der Anteil

   a) der Rentnerinnen und Rentner,

   b) der Studierenden und

   c) der Schülerinnen und Schüler

   an den Beschäftigten mit Minijob, bzw. welche Untersuchungsergebnisse hierzu sind der Bundesregierung bekannt?

   Wie haben sich diese Anteile seit der Neuregelung zum 1. April 2003 verändert?

Da in den amtlichen Daten der BA die angefragten Informationen nicht erhoben werden, muss auf alternative Quellen zurückgegriffen werden. Nach Mikrozensusergebnissen waren im Jahr 2010 von den geringfügig Beschäftigten rund

a) 10 Prozent Rentnerinnen und Rentner,

b) 11 Prozent Studierende und

c) 7 Prozent Schülerinnen und Schüler.

Die Entwicklung dieser Anteile in den Jahren seit 2003 ist in der folgenden Tabelle wiedergegeben.

Tabelle 4: Rentner, Studierende, Schüler: Anteile an den geringfügig Beschäftigten in Prozent

Jahr	Anteil der …		
	Rentner	Studierenden	Schüler
2003	12,7	9,9	6,5
2004	12,2	9,3	5,8
2005	10,9	9,0	6,4
2006	10,0	9,5	6,9
2007	9,7	10,2	7,3
2008	9,6	10,4	6,5
2009	10,2	11,5	6,9
2010	10,3	11,2	6,5

Quelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus

8. Wie viel Prozent

   a) der Rentnerinnen und Rentner,

   b) der Studierenden und

   c) der Schülerinnen und Schüler

   arbeiten in einem Minijob, bzw. liegen der Bundesregierung Hinweise darauf/diesbezügliche Untersuchungsergebnisse vor?

Nach Mikrozensusergebnissen waren im Jahr 2010 rund

a) 2 Prozent der Rentnerinnen und Rentner,

b) 17 Prozent der Studierenden und

c) 2 Prozent der Schülerinnen und Schüler

geringfügig beschäftigt.

9. Wie verteilen sich die geringfügig Beschäftigten auf die Altersgruppen zwischen 15 und 24, 25 und 34, 35 und 44, 45 und 54, 55 und 64 und über 65 Jahren?

Die Altersstruktur der geringfügig entlohnt Beschäftigten kann der folgenden Tabelle 5 entnommen werden. Der Vergleich der geringfügigen Beschäftigungsformen zeigt, dass bei den ausschließlich geringfügig entlohnt Beschäftigten Jüngere und Ältere deutlich stärker vertreten sind als bei den geringfügig entlohnt Beschäftigten im Nebenjob.

Tabelle 5: Anteile der geringfügig entlohnt Beschäftigte nach Altersgruppen in Prozent

Stichtag 31.12.2010	geringfügig entlohnt Beschäftigte (geB)		
	Insgesamt	davon	
		ausschließl. geB	im Nebenjob geB
Insgesamt	100,0	100,0	100,0
unter 25 Jahre	16,5	18,5	12,6
25 - 34 Jahre	16,5	13,1	23,5
35 - 44 Jahre	20,0	16,9	26,2
45 - 54 Jahre	21,6	19,4	26,1
55 - 64 Jahre	14,9	17,1	10,6
65 Jahre und älter	10,4	15,1	1,1

© Statistik der Bundesagentur für Arbeit

10. In welchen Branchen/Berufen tritt geringfügige Nebenbeschäftigung am häufigsten auf?

Geringfügig entlohnt Beschäftigte in einem Nebenjob üben eine geringfügig entlohnt und eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung aus. Der Wirtschaftszweig kann nur für den Nebenjob ermittelt werden. Am häufigsten findet man Nebenjobber im Handel (rund 420 000 Personen), bei wirtschaftlichen Dienstleistern (rund 347 000 Personen), im Gastgewerbe (rund 273 000 Personen) und im Gesundheits- und Sozialwesen (rund 269 000 Personen).

Die Verteilung der Nebenjobber auf Wirtschaftsabschnitte ist in der folgenden Tabelle 6 dargestellt.

Tabelle 6: Geringfügig entlohnt Beschäftigte im Nebenjob nach Wirtschaftsabschnitten

Wirtschaftsabschnitte WZ 2008 Stichtag 31.12.2010	geringfügig entlohnt Beschäftigte im Nebenjob
Insgesamt	2.452.853
A Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	27.119
B Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	1.294
C Verarbeitendes Gewerbe	195.798
D Energieversorgung	3.864
E Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen	8.002
F Baugewerbe	99.884
G Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	404.692
H Verkehr und Lagerei	156.785
I Gastgewerbe	268.333
J Information und Kommunikation	60.246
K Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	26.502
L Grundstücks- und Wohnungswesen	101.657
M Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	145.307
N Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	341.090
O Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung	35.431
P Erziehung und Unterricht	71.972
Q Gesundheits- und Sozialwesen	267.672
R Kunst, Unterhaltung und Erholung	79.734
S Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	104.581
T Private Haushalte mit Hauspersonal; Herstellung von Waren und Erbringung von Dienstleistungen durch private Haushalte für den Eigenbedarf ohne ausgeprägten Schwerpunkt	52.600
U Exterritoriale Organisationen und Körperschaften	15
9 Keine Zuordnung möglich	275

© Statistik der Bundesagentur für Arbeit

11. Wie verteilt sich die geringfügige Beschäftigung deutschlandweit (aufgeschlüsselt nach Regionen bzw. Landkreisen/Städten), da gemäß einer Untersuchung der geringfügigen Beschäftigung durch die Bundesagentur für Arbeit Disparitäten bezüglich deren regionalen Verbreitung existieren (siehe dpa-Meldung „Minijobs in Deutschland“ vom 31. Mai 2011)?

    Welche darüber hinausgehenden Ergebnisse beinhaltet diese Auswertung der Bundesagentur für Arbeit?

Die Verteilung der geringfügig entlohnten Beschäftigung auf Länder, Kreise und siedlungsstrukturelle Kreistypen im Dezember 2010 ist der Anhangtabelle zu Frage 11 zu entnehmen. Der Anteil der ausschließlich geringfügig entlohnt Beschäftigten an allen (sozialversicherungspflichtig und ausschließlich geringfügig entlohnt) Beschäftigten reicht auf Länderebene von 10,7 Prozent in Thüringen und Sachsen-Anhalt bis zu 17,5 Prozent in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen sowie auf Kreisebene von 6,3 Prozent in der Stadt Wolfsburg bis zu 27,9 Prozent in der Stadt Delmenhorst. In Westdeutschland ist der Anteil mit 15,8 Prozent größer als in Ostdeutschland mit 11,3 Prozent. In der Differenzierung nach siedlungsstrukturellen Kreistypen zeigt sich, dass sich die niedrigsten Anteilswerte in den Kernstädten (12,6 bzw. 13,3 Prozent) und die höchsten in den (hoch-)verdichteten Kreisen (16,7, 16,8 und 16,9 Prozent) finden.

12. Welche Informationen liegen der Bundesregierung über die sozialen Merkmale (Alter, Geschlecht, Haushaltseinkommen, berufliche Qualifikation etc.) geringfügig Nebenbeschäftigter vor?

In den amtlichen Statistiken der Bundesagentur für Arbeit sind die Merkmale „Alter“, „Geschlecht“ und „Qualifikation“ erfasst. Danach wird geringfügig entlohnte Beschäftigung im Nebenjob überwiegend von Frauen ausgeübt; im Dezember 2010 stellten sie 63 Prozent der Nebenjobber. Geringfügig entlohnte Beschäftigte im Nebenjob sind im Vergleich zu sozialversicherungspflichtig und ausschließlich geringfügig entlohnten Beschäftigten zudem tendenziell jünger. Aussagen zu den beruflichen Qualifikationen von Nebenjobbern sind nur mit sehr eingeschränkter Aussagekraft möglich, weil für 59 Prozent der Nebenjobber keine Angaben zur Qualifikation vorliegen. Die Merkmale „Familienstand“ und „Haushaltseinkommen“ werden von der BA im Rahmen ihrer Statistik nicht erhoben. Genauere Informationen können der nachfolgenden Tabelle 7 entnommen werden. Wegen der erheblichen Untererfassung von geringfügig Beschäftigten im Nebenjob kann auch der Mikrozensus keine hinreichend belastbaren Erkenntnisse hierzu liefern.

Tabelle 7: Anteile der Beschäftigten nach Merkmalen in Prozent

Stichtag 31.12.2010	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	geringfügig entlohnt Beschäftigte (geB)		
		Insgesamt	davon	
			ausschließl. geB	im Nebenjob geB
		1	2	3
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0
davon nach Geschlecht				
Männer	53,8	36,7	33,8	42,7
Frauen	46,2	63,3	66,2	57,3
davon nach Alter				
unter 25 Jahre	12,0	16,5	18,5	12,6
25 - 34 Jahre	21,0	16,5	13,1	23,5
35 - 44 Jahre	24,8	20,0	16,9	26,2
45 - 54 Jahre	27,8	21,6	19,4	26,1
55 - 64 Jahre	14,0	14,9	17,1	10,6
65 Jahre und älter	0,5	10,4	15,1	1,1
davon nach Ausbildung				
Insgesamt ohne Auszubildende	100,0	100,0	100,0	100,0
dav. mit Berufsausbildung	60,6	24,3	22,9	27,0
ohne Berufsausbildung	10,2	13,6	14,5	11,6
Fach- und Hochschulabschluss	11,3	2,0	1,7	2,6
keine Zuordnung möglich	17,9	60,2	60,8	58,8

© Statistik der Bundesagentur für Arbeit

13. Über welches Qualifikationsniveau verfügen geringfügig Beschäftigte?

Zu welchem Prozentsatz sind sie (aufgeschlüsselt nach Geschlecht)

a) gering qualifiziert,

b) berufsqualifiziert,

c) akademisch qualifiziert?

Falls originäre Daten fehlen, Liegen der Bundesregierung Hinweise darauf bzw. diesbezügliche Untersuchungsergebnisse vor?

Ergebnisse auf Basis des Mikrozensus 2010 sind in untenstehender Tabelle 8 aufgeführt.

Tabelle 8: Geringfügig Beschäftigte nach Qualifikation (Anteile in Prozent)

	Geschlecht		
Höchster berufs-qualifizierender Abschluss	**Insgesamt**	**Männer**	**Frauen**
Insgesamt	**100,0**	**100,0**	**100,0**
gegenwärtig in Ausbildung	14,0	22,8	10,4
ohne beruflichen Abschluss	23,5	21,4	24,4
mit beruflichem Abschluss	55,9	47,7	59,4
mit (Fach-)Hochschulabschluss	6,3	7,8	5,6

An 100 Prozent fehlende Werte: ohne Angabe
Quelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus 2010

14. Wie plant die Bundesregierung die Datenlage zu verbessern, um insbesondere durch eine geänderte Statistik bei der Minijobzentrale die Entwicklung und Ausprägung der geringfügigen Beschäftigung in Deutschland besser einschätzen zu können?

Die amtliche Statistik der BA ist bereits sehr umfassend. Die entsprechenden Daten werden in den Eckzahlen monatlich und in den Strukturen quartalsweise veröffentlicht. Differenzierungen sind nach Beschäftigungsform, Wirtschaftszweigen, Berufen, Regionen und weiteren soziodemographischen Merkmalen möglich. Bei den Angaben der Minijob-Zentrale handelt es sich um Informationen über die Geschäftsprozesse der Minijob-Zentrale, die nicht mit den statistischen Daten der BA vergleichbar sind.

Die Minijob-Zentrale veröffentlicht quartalsweise im Bericht „Aktuelle Entwicklungen im Bereich der geringfügigen Beschäftigungen“ ausgewählte Daten rund um Minijobs. Grundlage dieses Berichts sind die im Rahmen des Melde- und Beitragseinzugsverfahrens getätigten Angaben der Arbeitgeber.

B. Niedriglohnthematik

15. Wie hoch ist der durchschnittliche monatliche Verdienst von geringfügig Beschäftigten (bitte nach Geschlecht sowie nach Ost- und Westdeutschland aufschlüsseln)?

Angaben zu Bruttomonatsentgelten für geringfügig entlohnt Beschäftigte liegen nach der Entgeltstatistik der BA vor, aus der aktuell Ergebnisse bis zum Jahr 2010 zur Verfügung stehen. Bei Interpretation und Bewertung der Daten sind die methodischen Hinweise zu beachten, die im Sonderbericht der BA zur Einführung der Entgeltstatistik dargelegt sind (vgl. Statistik der BA, Beschäftigungsstatistik: Sozialversicherungspflichtige Bruttoarbeitsentgelte, Nürnberg, November 2010; im Internet abrufbar unter: http://statistik.arbeitsagentur.de/Navigation/Statistik/Statistische-Analysen/Statistische-Sonderberichte/Statistische-Sonderberichte-Nav.html). So ist zu berücksichtigen, dass hier nur klassierte Daten der Bruttoarbeitsentgelte unterhalb der Beitragsbemessungsgrenze ermittelt werden. Aus diesen Daten kann annähernd der Median ermittelt werden, nicht jedoch der durchschnittliche Bruttolohn im Sinne eines arithmetischen Mittels.

Der Median der monatlichen Bruttoarbeitsentgelte belief sich für geringfügig entlohnt Beschäftigte im Dezember 2010 auf 299 Euro. Der folgenden Tabelle 9 sind die „mittleren“ monatlichen Bruttoarbeitsentgelte (Median) von geringfügig entlohnt Beschäftigten (ausschließlich geringfügig entlohnt Beschäftigte und im Nebenjob geringfügig entlohnt Beschäftigte) am 31. Dezember 2010 differenziert nach Geschlecht sowie Deutschland, Westdeutschland und Ostdeutschland zu entnehmen.

Tabelle 9: Median der monatlichen Bruttoarbeitsentgelte von geringfügig entlohnt Beschäftigten im Beschäftigungszeitraum

Stichtag 31.12.2010	Region	Insgesamt	keine Angabe	mit Angabe	Median
		1	2	3	4
Insgesamt	Deutschland	7.384.140	323.623	7.060.517	299 €
	West (ohne Berlin)	6.452.052	277.175	6.174.877	304 €
	Ost (einschl. Berlin)	932.088	46.448	885.640	213 €
Männer	Deutschland	2.713.038	152.475	2.560.563	278 €
	West (ohne Berlin)	2.320.823	129.110	2.191.713	289 €
	Ost (einschl. Berlin)	392.215	23.365	368.850	204 €
Frauen	Deutschland	4.671.102	171.148	4.499.954	304 €
	West (ohne Berlin)	4.131.229	148.065	3.983.164	308 €
	Ost (einschl. Berlin)	539.873	23.083	516.790	219 €

© Statistik der Bundesagentur für Arbeit

16. Wie hoch ist der Verdienst bei ausschließlich einem Minijob?

    Wie haben sich die Einkünfte geringfügig Beschäftigter seit 2003 entwickelt, und wie beurteilt die Bundesregierung diese Entwicklung?

Der nachfolgenden Tabelle 10 ist die Entwicklung der „mittleren“ monatlichen Bruttoarbeitsentgelte (Median) von ausschließlich geringfügig entlohnt Beschäftigten zwischen 2003 und 2010 zu entnehmen. Der Median der monatlichen Bruttoarbeitsentgelte für ausschließlich geringfügig entlohnt Beschäftigte belief sich im Dezember 2010 auf 297 Euro. Im Dezember 2003 betrug das Arbeitsentgelt 274 Euro. Somit ist ein gewisser Anstieg zu verzeichnen, der aufgrund der vorgegebenen Obergrenze von 400 Euro naturgemäß begrenzt ist. Bezüglich einer Interpretation wird auf die methodischen Hinweise in der Antwort zu Frage 15 verwiesen.

Tabelle 10: Median der monatlichen Bruttoarbeitsentgelte von ausschließlich geringfügig entlohnt Beschäftigten im Beschäftigungszeitraum

Stichtag	Insgesamt	keine Angabe	mit Angabe	Median
	1	2	3	4
31.12.2003	4.544.180	731.458	3.812.722	274 €
31.12.2004	4.891.002	441.429	4.449.573	270 €
31.12.2005	4.893.323	346.595	4.546.728	277 €
31.12.2006	4.920.701	260.740	4.659.961	280 €
31.12.2007	4.943.186	244.166	4.699.020	286 €
31.12.2008	4.920.121	256.808	4.663.313	292 €
31.12.2009	4.971.298	274.210	4.697.088	290 €
31.12.2010	4.931.287	210.675	4.720.612	297 €

© Statistik der Bundesagentur für Arbeit

17. Hat die Bundesregierung Kenntnis über Datenauswertungen oder andere Forschungsergebnisse (z. B. des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit oder aus den in der Armuts- und Reichtumsberichterstattung der Bundesregierung verwendeten Daten) bezüglich des Anteils von Frauen und Männern, die von Niedriglöhnen betroffen sind (mit einem Bruttolohn unterhalb von zwei Dritteln des nationalen Medianbruttolohns, gemäß Definition der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung – OECD) innerhalb der Gruppen

    a) der Vollzeitbeschäftigten,

    b) der sozialversicherungspflichtig Teilzeitbeschäftigten und

    c) der geringfügig Beschäftigten?

Der Bundesregierung sind zahlreiche Berechnungen zur Struktur und Entwicklung des Niedriglohnbereichs bekannt, die sich sowohl in Abgrenzung und Methodik unterscheiden, als auch auf verschiedene Datenquellen stützen. Nachfolgend werden exemplarisch einige der Veröffentlichungen aufgeführt, die sich an der OECD-Definition zum relativen Niedriglohnbereich orientieren:

Aus der amtlichen Statistik können auf Basis der Verdienststrukturerhebung (VSE) Aussagen zur Verteilung individueller Löhne und Gehälter gemacht werden. Allerdings wird die VSE nur alle vier Jahre durchgeführt, weshalb die aktuell verfügbaren Daten aus dem Jahr 2006 stammen. Das Statistische Bundesamt hat im Rahmen einer Sonderveröffentlichung über Niedrigeinkommen und Erwerbstätigkeit auch Zahlen zum Niedriglohnbereich analysiert. Die wichtigsten Ergebnisse differenziert nach der Art des Beschäftigungsverhältnisses ergeben sich aus der nachfolgenden Tabelle 11a:

Tabelle 11a:

Beschäftigte mit Niedriglohn im Oktober 2006

Ergebnisse der Verdienststrukturerhebung 2006 - Beschäftigte in Betrieben mit zehn und mehr Beschäftigten, im Alter von 15 bis 64 Jahren ohne Auszubildende und Altersteilzeit

Gegenstand der Nachweisung	Insgesamt	Normalarbeitnehmer/innen	Atypisch Beschäftige	Darunter			
				Teilzeitbeschäftigte	befristet Beschäftigte	geringfügig Beschäftigte	Zeitarbeitnehmer/innen
	Niedriglohnateile						
Insgesamt	20,0%	11,1%	49,2%	19,5%	36,0%	81,2%	67,2%
Frauen	27,2%	16,7%	47,2%	18,0%	38,2%	81,9%	77,3%
Männer	14,3%	7,7%	52,9%	30,6%	33,9%	79,8%	63,7%
Alter von ... bis unter ... Jahren							
15 - 25	51,9%	32,8%	69,4%	54,8%	51,9%	86,6%	81,0%
25 - 35	22,1%	13,4%	46,3%	27,6%	29,2%	79,3%	66,9%
35 - 45	15,4%	8,7%	41,4%	14,4%	29,3%	78,8%	62,0%
45 - 55	16,0%	9,5%	46,7%	18,1%	37,6%	81,7%	63,5%
55 - 65	19,3%	10,0%	51,9%	17,9%	40,1%	80,7%	55,5%
Früheres Bundesgebiet (West)	17,2%	7,7%	47,1%	18,1%	31,3%	80,1%	65,4%
Neue Bundesländer (Ost)	34,9%	28,1%	63,5%	36,4%	53,9%	91,0%	76,7%

Auf Grundlage der Entgeltstatistik der Bundesagentur für Arbeit (die methodischen Hinweise aus der Antwort zu Frage 15 gelten entsprechend) können Monats- oder Jahresarbeitsentgelte, nicht aber Stundenlöhne ausgewiesen werden. Zu den Niedriglohnbeschäftigten zählt die Statistik der BA nach einer Definition der OECD sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigte, die nicht in einem Ausbildungsverhältnis stehen und ein Entgelt von weniger als zwei Drittel des Medianentgelts aller sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten erzielen (Niedriglohnschwelle). Die Berücksichtigung anderer Beschäftigtengruppen würde zu einer sehr eingeschränkten Aussagekraft der Ergebnisse führen, da z. B. die Entgelte von Teilzeitbeschäftigten und geringfügig

entlohnt Beschäftigten insbesondere wegen der geringeren Arbeitszeit vergleichsweise niedrig ausfallen. Des Weiteren dürften Auszubildende fast ausnahmslos Entgelte (bzw. eine Ausbildungsvergütung) erhalten, die unter der Niedriglohnschwelle liegen.

Aus den genannten Gründen beziehen sich die folgenden Auswertungen auf Basis der Entgeltstatistik der BA zu den Fragen 17 und 19 (zeitliche Entwicklung ab 1999 differenziert nach Geschlecht; ältere Daten liegen nicht vor) ausschließlich auf sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigte (ohne Auszubildende). Danach erzielten im Dezember 2010 von den sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten (ohne Auszubildende) 22,8 Prozent ein Bruttomonatsentgelt unterhalb der Niedriglohnschwelle. Dabei wurde eine bundeseinheitliche Niedriglohnschwelle zugrunde gelegt.

Tabelle 11b: Entwicklung der Niedriglohnschwelle nach OECD-Konvention auf Basis der BA-Statistik

Stichtag	Deutschland
31.12.1999	1.546 €
31.12.2000	1.578 €
31.12.2001	1.620 €
31.12.2002	1.652 €
31.12.2003	1.678 €
31.12.2004	1.695 €
31.12.2005	1.706 €
31.12.2006	1.708 €
31.12.2007	1.728 €
31.12.2008	1.768 €
31.12.2009	1.784 €
31.12.2010	1.802 €

© Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Tabelle 11c: Sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigte (ohne Auszubildende) unterhalb der Niedriglohnschwelle nach OECD-Konvention 1999 bis 2010 auf Basis der BA-Statistik

Stichtag	Insgesamt	Insgesamt	mit Angabe	Personen im Niedriglohnbereich (Deutschland)	Anteil im Niedriglohnbereich (Deutschland)
		1	2	3	4
31.12.1999	Insgesamt	22.207.262	21.123.787	4.022.916	19,0
	Männer	14.014.365	13.381.433	1.603.318	12,0
	Frauen	8.192.897	7.742.354	2.419.598	31,3
31.12.2000	Insgesamt	22.175.990	21.094.160	4.065.850	19,3
	Männer	13.967.290	13.346.528	1.623.055	12,2
	Frauen	8.208.700	7.747.632	2.442.795	31,5
31.12.2001	Insgesamt	21.890.779	21.120.003	4.141.611	19,6
	Männer	13.741.865	13.313.831	1.655.194	12,4
	Frauen	8.148.914	7.806.172	2.486.416	31,9
31.12.2002	Insgesamt	21.330.188	20.570.052	4.070.920	19,8
	Männer	13.343.872	12.917.415	1.615.386	12,5
	Frauen	7.986.316	7.652.637	2.455.534	32,1
31.12.2003	Insgesamt	20.751.419	20.078.481	4.073.784	20,3
	Männer	13.002.182	12.654.464	1.644.449	13,0
	Frauen	7.749.237	7.424.017	2.429.334	32,7
31.12.2004	Insgesamt	20.354.392	19.564.175	4.047.167	20,7
	Männer	12.751.450	12.453.908	1.666.833	13,4
	Frauen	7.602.942	7.110.267	2.380.334	33,5
31.12.2005	Insgesamt	20.078.540	19.288.246	4.089.629	21,2
	Männer	12.601.730	12.291.654	1.722.644	14,0
	Frauen	7.476.810	6.996.592	2.366.985	33,8
31.12.2006	Insgesamt	20.279.639	19.791.463	4.322.467	21,8
	Männer	12.843.252	12.646.298	1.885.139	14,9
	Frauen	7.436.387	7.145.165	2.437.327	34,1
31.12.2007	Insgesamt	20.570.702	20.217.109	4.470.506	22,1
	Männer	13.090.588	12.923.125	1.972.155	15,3
	Frauen	7.480.114	7.293.984	2.498.351	34,3
31.12.2008	Insgesamt	20.746.580	20.335.150	4.529.758	22,3
	Männer	13.170.384	12.968.668	1.980.626	15,3
	Frauen	7.576.196	7.366.482	2.549.132	34,6
31.12.2009	Insgesamt	20.448.332	20.026.993	4.463.979	22,3
	Männer	12.910.762	12.707.134	1.952.436	15,4
	Frauen	7.537.570	7.319.859	2.511.543	34,3
31.12.2010	Insgesamt	20.849.886	20.498.959	4.663.741	22,8
	Männer	13.198.419	13.040.537	2.102.734	16,1
	Frauen	7.651.467	7.458.422	2.561.007	34,3

© Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Ergänzend können auch Ergebnisse des SOEP herangezogen werden, das Informationen über Löhne und Arbeitszeiten von Beschäftigten in Deutschland enthält. Im Unterschied zur Entgeltstatistik der BA handelt es sich hierbei allerdings um eine Stichprobenbefragung. Die neuesten verfügbaren Daten liegen für das Jahr 2009 vor. In die vorliegende Auswertung wurden Erwerbstätige im Alter von 20 bis 60 Jahren einbezogen, die sozialversicherungspflichtig oder geringfügig beschäftigt waren (ohne Auszubildende). Für diese Erwerbstätigen sind im SOEP die monatlichen (Brutto-)Löhne erfasst. Da die Monatslöhne von Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigten nicht direkt vergleichbar sind, wurden die Angaben zur geleisteten Wochenarbeitszeit herangezogen, um arbeitszeitbereinigte Löhne zu berechnen. Diese wiederum bilden die Basis zur Berechnung

des mittleren Lohns (Medianlohns) und der Niedriglohnschwelle. In Anlehnung an die OECD beträgt die Niedriglohnschwelle auch hier zwei Drittel des mittleren Lohns. Personen, die unter dieser Schwelle liegen, gelten als Niedriglohnbeschäftigte. Es wurde nur die Haupttätigkeit in die Analyse einbezogen, d. h. geringfügige Beschäftigungsverhältnisse und Teilzeitjobs, die als Nebentätigkeit (Zweitjob) ausgeübt werden, sind nicht berücksichtigt. Auch hier wurde eine bundeseinheitliche Niedriglohnschwelle zugrunde gelegt.

Die gewünschten Berechnungsergebnisse sind in der Tabelle 11d wiedergegeben. Demnach lag der Anteil der Niedriglohnbeschäftigten an allen Beschäftigten (gemäß der oben genannten Abgrenzung) im Jahre 2009 bei 22,9 Prozent. Davon wiederum sind 64 Prozent, also knapp zwei Drittel, weiblich.

Tabelle 11d: Anteil von Niedriglohnbeschäftigten an allen Beschäftigten* (Niedriglohnquote nach OECD-Konvention) und Anteil der Frauen an den Niedriglohnbeschäftigten in Prozent in 2009 auf Basis SOEP

	Niedriglohnquote in Prozent	Frauen-Anteil an Niedriglohnbeschäftigten
Insgesamt	22,9	64,0
Vollzeit	15,8	42,8
sv-.pfl. Teilzeit	31,1	88,9
geringfügig beschäftigt	65,2	80,6

* Personen im Alter von 20 bis 60 Jahren in sozialversicherungspflichtiger oder geringfügiger Beschäftigung (in Abgrenzung des SOEP), ohne Auszubildende.
Quelle: Berechnungen des IAB auf Grundlage des SOEP

18. Was sagt der aktuelle Forschungsstand über den Anteil der derzeit Niedriglohnbeschäftigten (gemäß OECD-Definition), die aufgeschlüsselt nach Geschlecht

    a) in Vollzeit beschäftigt,

    b) sozialversicherungspflichtig teilzeitbeschäftigt

    c) geringfügig beschäftigt sind,

    aus?

Eine Auswertung der Niedriglohnbeschäftigten auf Basis der Entgeltstatistik der BA ist nur für sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigte sinnvoll. Auswertungen auf Basis des SOEP kommen zu folgender Verteilung der Niedriglohnbeschäftigten (es gelten die methodischen Hinweise aus der Antwort zu Frage 17):

Tabelle 12: Verteilung der Niedriglohnbeschäftigten* nach Beschäftigungsform in Prozent in 2009

	Alle Niedriglohnbeschäftigten	Männer	Frauen
Insgesamt	100	100	100
Vollzeit	49,7	78,9	33,3
sv-pfl. Teilzeit	26,1	8,1	36,3
geringfügig beschäftigt	24,2	13,0	30,4

* Personen im Alter von 20 bis 60 Jahren in sozialversicherungspflichtiger oder geringfügiger Beschäftigung (in Abgrenzung des SOEP), ohne Auszubildende.
Quelle: Berechnungen des IAB auf Grundlage des SOEP

19. Hat die Bundesregierung Kenntnis über Daten, die entsprechende Hinweise darauf geben, wie sich die Beschäftigungsverhältnisse im Niedriglohnbereich im Zeitraum 1995 bis 2010 entwickelt haben?

    Wie bewertet die Bundesregierung diese Entwicklung, und wo sieht sie deren Ursache?

Der Anteil der Beschäftigten mit Bruttomonatsentgelten unterhalb der Niedriglohnschwelle hat sich auf Basis der Daten der BA von 1999 bis 2010 von 19 Prozent auf 22,8 Prozent erhöht (vgl. Tabelle 11c). Auf Basis der Auswertungen des SOEP ergibt sich für den Zeitraum von 1995 bis 2005 ein Anstieg von 17,7 Prozent auf 21,8 Prozent. Im Zeitraum von 2005 bis 2009 nahm der Anteil der Beschäftigten im Niedriglohnbereich um rund einen Prozentpunkt von 21,8 Prozent auf 22,9 Prozent zu. Weitere Angaben sind in der nachfolgenden Tabelle 13 dargestellt. Dabei gelten die methodischen Hinweise aus der Antwort zu Frage 17.

Tabelle 13: Entwicklung des Niedriglohnbereichs in Deutschland in Prozent

	1995	2005	2009
Niedriglohnquote			
Insgesamt	17,7	21,8	22,9
Frauen	25,2	30,2	29,7
Männer	12,3	14,3	16,3
Frauenanteil an allen NL-Beziehern	59,6	65,2	64,0
Niedriglohnquote in verschiedenen Beschäftigungsarten			
Vollzeit	14,4	15,5	15,8
Teilzeit (sv-pfl.)	26,9	30,2	31,1
geringfügig beschäftigt	60,2	64,9	65,2
Verteilung der Niedrigverdiener auf Beschäftigungsarten			
Vollzeit	66,7	52,9	49,7
Teilzeit (sv-pfl.)	21,9	26,2	26,1
geringfügig beschäftigt	11,4	20,9	24,2
Insgesamt	100,0	100,0	100,0

* Personen im Alter von 20 bis 60 Jahren in sozialversicherungspflichtiger oder geringfügiger Beschäftigung (in Abgrenzung des SOEP), ohne Auszubildende.

Quelle: Berechnungen des IAB auf Grundlage des SOEP

Diese Ergebnisse zeigen die starke Abhängigkeit der Verteilung der Löhne und Gehälter von der Wirtschaftsentwicklung. Die Maßnahmen der Bundesregierung in den vergangenen Jahren haben die Rahmenbedingungen für eine positive Entwicklung am Arbeitsmarkt verbessert. Die Arbeitslosigkeit ist deutlich gesunken und die Beschäftigung in Deutschland ist deutlich gestiegen. Ziel der Bundesregierung war und ist es, den Weg aus der Arbeitslosigkeit, insbesondere der Langzeitarbeitslosigkeit in das Erwerbsleben zu erleichtern und auch Menschen mit geringen Chancen die Teilhabe am Arbeitsmarkt zu ermöglichen.

20. Wie plant die Bundesregierung ihre Datenlage bezüglich Stundenlöhnen und Arbeitszeiten zu verbessern, um die Problematik von Dumpinglöhnen im Bereich geringfügiger Beschäftigung besser einschätzen zu können?

Die Bundesregierung beobachtet die Entwicklung bei Stundenlöhnen und Arbeitszeiten auf Basis der amtlichen Statistik des Statistischen Bundesamtes. Speziell mit Blick auf die Minijobs ist darauf hinzuweisen, dass diese gemäß

ihrer gesetzlichen Ausgestaltung Beschäftigungen sind, die aufgrund ihrer Eigenart häufig einfachere Tätigkeiten mit vergleichsweise kleineren Arbeitsentgelten nach sich ziehen.

Generell wurden die aktuellen Minijob-Regelungen u.a. unter der Prämisse entwickelt, ein für Arbeitgeber möglichst einfaches und unbürokratisches Beitrags- und Meldeverfahren zu gestalten. Da die für eine Berechnung von gezahlten Stundenlöhnen notwendige Anzahl von geleisteten Arbeitsstunden für eine sozialversicherungsrechtliche Beurteilung der Beschäftigungen nicht erforderlich ist, konnte für die Sozialversicherungen bislang auf eine derartige Angabe verzichtet werden. Zwischenzeitlich sind von den gewerblichen Arbeitgebern in den Meldungen zur Sozialversicherung auch die Meldedaten der Unfallversicherung zu erfassen. Für Meldezeiträume ab 1. Januar 2010 müssen in diesem Zusammenhang auch zwingend die Arbeitsstunden angegeben werden. Liegen die geleisteten Arbeitsstunden je Mitarbeiter meldebereit in der Lohnbuchhaltung vor, so sind diese anzugeben. Ist das nicht der Fall, kann eine Meldung auf der Grundlage der Sollarbeitszeit, des Vollarbeiterrichtwertes oder einer gewissenhaften Schätzung erfolgen.

Entsprechende Daten oder sogar Erfahrungswerte zur Qualität dieser von den Arbeitgebern zu tätigenden Angaben (insbesondere zur Qualität der Schätzungen) liegen nicht vor.

21. Wie bewertet die Bundesregierung den Vorschlag, bei geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen wieder eine wöchentliche Höchststundenzahl zu schaffen, um Lohndumping zu begrenzen?

Es ist das erklärte Ziel der Bundesregierung, die Bürokratiebelastung der Arbeitnehmer und Arbeitgeber weitestmöglich zu begrenzen. Die Abschaffung der 15-Stunden-Grenze im Jahr 2003 sollte dem Ziel dienen, mehr Flexibilität am Arbeitsmarkt zu schaffen und die Arbeitsmarktbeteiligten von zeitintensiven und aufwendigen Prüfungen zu entlasten und damit den Verwaltungsaufwand zu senken. Dessen ungeachtet beobachtet und analysiert die Bundesregierung fortlaufend die tatsächliche Entwicklung im Bereich der geringfügigen Beschäftigung. Im Übrigen wird auf die Antworten zu den Fragen 41 und 48 verwiesen.

22. Wie viele Beschäftigte beziehen zusätzlich zu ihrem Lohn ergänzende Leistungen nach dem SGB II (sogenannte Aufstocker – aufgeschlüsselt nach Geschlecht), in den Gruppen der

a) Vollzeitbeschäftigten,

b) sozialversicherungspflichtig Teilzeitbeschäftigten,

c) geringfügig Beschäftigten?

Im Dezember 2010 gab es rund 1,37 Millionen Arbeitslosengeld-II-Bezieher, die Erwerbseinkommen bezogen. Von ihnen waren rund 322 000 in sozialversicherungspflichtiger Vollzeit beschäftigt (entspricht 24 Prozent), rund 225 000 in sozialversicherungspflichtiger Teilzeit (entspricht 16 Prozent) und rund 706 000 in geringfügiger Beschäftigung tätig (entspricht 52 Prozent). Die nach Geschlecht differenzierten Angaben können der folgenden Tabelle 14 entnommen werden.

Tabelle 14: Erwerbstätige Arbeitslosengeld-II-Bezieher nach Geschlecht

Stichtag 31.12.2010 Geschlecht	erwerbstätige Alg II-Bezieher	davon (Mehrfachnennungen möglich)							
		abhängig erwerbstätige Alg II-Bezieher	davon						selbständig erwerbstätige Alg II-Bezieher
			sv-pfl. Vollzeit	Teilzeit	davon				
					sv-pfl. Beschäftigte	ausschließlich geringf./ ohne Meldung Beschäftigte	davon		
							ausschließlich geringf. Beschäftigte	ohne Meldung Beschäftigte	
Insgesamt	1.368.948	1.252.413	321.914	930.501	224.609	705.892	505.055	200.837	126.054
Männer	637.642	565.219	187.715	377.505	62.682	314.823	207.475	107.348	76.856
Frauen	731.306	687.194	134.199	552.996	161.927	391.069	297.580	93.489	49.198

© Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Anmerkung: Gründe für eine fehlende Beschäftigungsmeldung von Hilfebedürftigen mit Erwerbseinkommen können sein: a) Verzögerung der Beschäftigungsmeldung: Bei fehlender oder zeitlich verzögerter Anmeldung wird für den Arbeitnehmer keine gültige Beschäftigungsmeldung gefunden, obwohl das Beschäftigungsverhältnis faktisch besteht und für den Arbeitslosengeld II-Bezieher Brutto-Einkommen erfasst wird; b) zeitlich verzögerte Lohnzahlung nach Beschäftigungsende: Das beendete Beschäftigungsverhältnis wurde fristgerecht abgemeldet, nach dem Beschäftigungsende gehen aber noch Lohnzahlungen ein; wenn Hilfebedürftigkeit besteht, findet die integrierte Auswertung dann einen erwerbsfähigen Leistungsbezieher mit Brutto-Einkommen, aber ohne Beschäftigungsmeldung.

23. Wie hat sich die Zahl der Aufstocker mit geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen in der Vergangenheit entwickelt (siehe Auswertung der Bundesagentur für Arbeit, auf die sich u. a. die Meldung „Immer mehr Hartz-IV-Aufstocker“ von Bild.de vom 12. Mai 2011 bezieht)?

Angaben zu erwerbstätigen Arbeitslosengeld-II-Beziehern in der Differenzierung nach Beschäftigungsform stehen ab 2007 zur Verfügung. Von Dezember 2007 bis Dezember 2010 hat die Zahl der geringfügig beschäftigten Arbeitslosengeld-II-Bezieher (einschließlich der Leistungsbezieher mit Erwerbseinkommen, für die keine Beschäftigungsmeldung vorliegt) von rund 634 000 auf rund 706 000 zugenommen. Leistungsbezieher mit Erwerbseinkommen, für die keine Beschäftigungsmeldung vorliegt, beziehen überwiegend Bruttoeinkommen unterhalb von 400 Euro monatlich.

Tabelle 15: Erwerbstätige Arbeitslosengeld-II-Bezieher 2007 bis 2010

	erwerbstätige Alg II-Bezieher	abhängig erwerbstätige Alg II-Bezieher	davon					
			sozial-versicherungs-pfl. Vollzeit	Teilzeit	davon			
					sv-pfl. Beschäftigte	ausschließlich geringf./ ohne Meldung Beschäftigte	davon	
							ausschließlich geringf. Beschäftigte	ohne Meldung Beschäftigte
Dezember 2007	1.289.929	1.210.469	389.340	821.129	187.435	633.694	450.343	183.351
Dezember 2008	1.316.534	1.219.247	358.262	860.984	203.520	657.465	462.259	195.206
Dezember 2009	1.367.581	1.257.002	336.743	920.259	215.542	704.717	501.993	202.724
Dezember 2010	1.368.948	1.252.414	321.913	930.501	224.609	705.892	505.055	200.836

© Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Anmerkung: siehe Tabelle 14

24. Wie viele SGB-II-Leistungsempfänger haben einen Minijob (bitte nach Geschlecht aufschlüsseln)?

Welche finanziellen „Einspareffekte“ generiert dies bezüglich der Leistungen nach dem SGB II (Regelleistung, Kosten der Unterkunft, Eingliederungsetat und Verwaltungsetat)?

Die Zahl der nach Geschlecht differenzierten Arbeitslosengeld-II-Bezieher mit einer geringfügigen Beschäftigung ist in der Tabelle 14 zu Frage 22 dargestellt. Die „Einsparungen“ von Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes können näherungsweise über die Höhe des auf die Grundsicherungsleistungen anrechenbaren Einkommens aus Erwerbstätigkeit bestimmt werden; danach waren im Berichtsmonat März 2011 insgesamt rund 57 Mio. Euro der Erwerbseinkommen von Leistungsbeziehern mit bis zu 400 Euro Erwerbseinkommen auf die Leistungsansprüche anrechenbar. Angaben über Entlastungen bei Eingliederungs- und Verwaltungsmitteln sind systematisch nicht möglich.

25. Existieren mit der geringfügigen Beschäftigung vergleichbare Beschäftigungsformen in den EU-Mitgliedstaaten?

Wie sieht die Entwicklung bei diesen im Zeitraum 1995 bis 2010 aus (bitte nach Mitgliedstaaten, Jahr und Beschäftigungsform aufschlüsseln)?

Eine mit Deutschland vergleichbare Regelung, die für geringfügige Beschäftigung auf eine Befreiung von Abgaben hinausläuft, gibt es nur noch in Österreich. Dort wird die Geringfügigkeitsgrenze jährlich angepasst und liegt derzeit bei 374,02 Euro monatlich (Stand: Januar 2011). Für die Entwicklung der geringfügigen Beschäftigung liegen nur Daten für Österreich für den Zeitraum 2000 bis 2011 vor.

Tabelle 16: Zahl der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse in Österreich, 2000 bis 2011

Jahr	Anzahl der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse
2000	196 800
2001	205 200
2002	211 900
2003	217 300
2004	222 900
2005	229 700
2006	235 800
2007	245 000
2008	273 099
2009	285 293
2010	296 469
2011 (Mai)	309 196

Quelle: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger

Die in Tabelle 16 ausgewiesene Zahl der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse ist nicht gleichzusetzen mit der Anzahl der Personen, die geringfügig beschäftigt sind. Die Zahl der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse übersteigt die Zahl der geringfügig beschäftigten Personen.

In den Niederlanden wurde eine ähnliche Regelung im Jahr 1996 abgeschafft. Gleichwohl arbeiten in den Niederlanden gut 10 Prozent aller Beschäftigen weniger als zwölf Stunden. Dieser Anteil hat sich seit 2001 kaum verändert. Rund zwei Drittel dieser „kleinen Teilzeitarbeitsverhältnisse“ werden von Frauen ausgeübt. Dieser im europäischen Vergleich außergewöhnlich hohe Anteil liegt nicht in einer abgabenrechtlichen Bevorzugung, sondern ist in der generell hohen Verbreitung von Teilzeitarbeit in den Niederlanden begründet.

In Frankreich und in Belgien gibt es spezielle Varianten der geringfügigen Beschäftigung in privaten Haushalten. Es bestehen gewisse Parallelen zum deutschen Haushaltsscheck. Das Verfahren läuft auf eine steuerliche Absetzbarkeit des gezahlten Lohns für den Arbeitgeber (Frankreich) bzw. eine Reduktion der Abgaben für Arbeitgeber und Beschäftigte (Belgien) hinaus. Wegen der Beschränkung auf den Bereich der privaten Haushalte sind diese Beschäftigungsverhältnisse aber nicht mit der geringfügigen Beschäftigung in Deutschland vergleichbar.

C. Branchenspezifische Betrachtung

26. Wie hoch sind die derzeitigen Anteile

a) der Vollzeitarbeitsverhältnisse,

b) der sozialversicherungspflichtigen Teilzeitarbeitsverhältnisse und

c) der geringfügigen Beschäftigung

in den einzelnen Gruppen der Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ) 2008?

Die Anteile der gefragten Beschäftigungsformen an den Beschäftigten in den Wirtschaftsabschnitten sind in der folgenden Tabelle 17 dargestellt.

Tabelle 17: Anteile der Beschäftigten nach Wirtschaftsabschnitten in Prozent

Stichtag 31.12.2010 Wirtschaftsabschnitte WZ 2008	Summe der sv-pfl. und der ausschl. geringf. entlohnt Beschäftigten	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte			ausschließlich geringf. entlohnt Beschäftigte
		Insgesamt	darunter		
			Vollzeit	Teilzeit	
Insgesamt	100	84,2	66,7	17,5	15,8
A Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	100	74,2	67,2	7,0	25,8
B Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	100	96,5	94,5	1,9	3,5
C Verarbeitendes Gewerbe	100	93,3	87,2	6,0	6,7
D Energieversorgung	100	97,7	88,6	9,1	2,3
E Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschm.	100	93,7	86,1	7,6	6,3
F Baugewerbe	100	88,4	83,5	4,9	11,6
G Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	100	78,5	58,4	20,0	21,5
H Verkehr und Lagerei	100	82,3	70,2	12,1	17,7
I Gastgewerbe	100	58,8	42,6	16,2	41,2
J Information und Kommunikation	100	86,5	75,7	10,5	13,5
K Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	100	95,0	74,8	20,2	5,0
L Grundstücks- und Wohnungswesen	100	58,1	48,2	9,8	41,9
M Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstl.	100	85,6	72,6	12,9	14,4
N Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	100	77,7	59,5	18,2	22,3
O Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung	100	95,3	63,7	31,6	4,7
P Erziehung und Unterricht	100	85,8	46,6	39,1	14,2
Q Gesundheits- und Sozialwesen	100	87,6	53,8	33,7	12,4
R Kunst, Unterhaltung und Erholung	100	64,8	51,3	13,3	35,2
S Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	100	74,8	51,3	23,4	25,2
T Private Haushalte mit Hauspersonal; Herstellung von Waren und Erbringung von Dienstleistungen durch private Haushalte für den Eigenbedarf ohne ausgeprägten Schwerpunkt	100	18,1	10,9	7,1	81,9
U Exterritoriale Organisationen und Körperschaften	100	99,8	87,9	11,4	0,2
9 Keine Zuordnung möglich	100	43,2	28,4	14,6	56,8

© Statistik der Bundesagentur für Arbeit

27. Wie sieht dies für die jeweiligen Jahre des Zeitraums 1995 bis 2010 in den jeweiligen WZ-Klassifikationen aus, und welche Veränderungen ergeben sich, wenn man die entsprechenden Umsteigeschlüssel zugrunde legt?

    Welche Schlüsse zieht die Bundesregierung aus dieser Entwicklung?

In der Beschäftigungsstatistik müssen bei der Darstellung von Zeitreihendaten zu Branchen Brüche in der zeitlichen Dimension in Kauf genommen werden, da in den Standardverfahren der Statistik der Bundesagentur für Arbeit die Auswertungslogik auf Basis einer bestimmten Klassifikationsgrundlage nur für einen begrenzten Zeitraum herangezogen werden kann. So gibt es lediglich für Auswertungen auf Basis der WZ 2008 und der WZ 2003 mit den Jahren 2007 und 2008 einen Überschneidungszeitraum, für den ein paralleler Ausweis nach den verschiedenen Klassifikationsgrundlagen möglich ist. Für die Zeit vor 2007 können Daten für Branchen in Standardauswertungen jeweils nur auf Basis einer Klassifikation (WZ 2003, WZ 93 bzw. WS 73) ausgewiesen werden. Für Stichtage ab dem Jahr 2009 kann in Standardauswertungen nur noch die WZ 2008 herangezogen werden.

Um außerhalb der Standardauswertungen längere Zeitreihen (2004 bis zum aktuellen Rand) darstellen zu können, hat die Statistik der Bundesagentur für Arbeit ein Verfahren zur Berechnung von WZ-2008-Reihen bzw. WZ-2003-Reihen über Index-Verkettungen entwickelt. Allerdings werden Ergebnisse dazu nur für eine Wirtschaftsabschnittsbetrachtung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung insgesamt veröffentlicht, also nicht für die o. g. Beschäftigungsgruppen.

Den Anhangtabellen zu Frage 27 sind Zeitreihen von 1995 bis 2010 (jeweils zum Stichtag 30. Juni) zur Anzahl der Beschäftigten in den o. g. Beschäftigungsgruppen differenziert nach Branchen in der jeweils gültigen Klassifikation zu entnehmen. Zeitreihen zu den geringfügig entlohnt Beschäftigten liegen erst ab dem Jahr 2003 vor. Aufgrund der klassifikationsbedingten Brüche in den Zeitreihen ist eine Bewertung der Entwicklung einzelner Beschäftigungsformen in einzelnen Branchen für den gesamten Zeitraum sinnvoll nicht möglich.

D. Privathaushalte

28. Wie erklärt sich die Bundesregierung die (verhältnismäßig kleine) Zahl der geringfügigen Beschäftigung in Privathaushalten?

Seit Einführung der Minijob-Regelungen stieg die Zahl der geringfügigen entlohnt Beschäftigten in Privathaushalten von 48 679 im Juni 2003 auf 207 794 (Stand: 30. Juni 2010) kontinuierlich an und hat sich damit in dem betrachteten Zeitraum mehr als vervierfacht. Denkbare Gründe hierfür sind unter anderem die Verbesserung der steuerlichen Abzugsmöglichkeiten von Aufwendungen für haushaltsnahe Beschäftigungsverhältnisse durch das Familienleistungsgesetz und die Verbesserungen im Haushaltsscheckverfahren. Im Verhältnis zur Gesamtbeschäftigung im Wirtschaftsabschnitt „Private Haushalte mit Hauspersonal“ hat geringfügige Beschäftigung – entgegen der Formulierung in der Frage – einen Anteil von 85 Prozent. Auf die Antwort zu Frage 29 wird verwiesen.

Die von staatlicher Seite geschaffenen Rahmenbedingungen für die Beschäftigung in Privathaushalten erzeugen somit durchaus eine positive Wirkung. Des Weiteren finden bereits zum jetzigen Zeitpunkt zahlreiche öffentlichkeitswirksame Maßnahmen statt, die darauf abzielen, dass Schwarzarbeit in Privathaushalten nicht länger gesellschaftlich akzeptiert oder als Kavaliersdelikt angesehen wird.

29. Wie viel Prozent der Minijobs sind (nach Einschätzung der Bundesregierung) haushaltsnahe Dienstleistungen?

    Wie hoch ist (nach Einschätzung der Bundesregierung) der Anteil der Minijobs an haushaltsnahen Dienstleistungen?

Ein Minijob im Privathaushalt liegt vor, wenn von einem Arbeitnehmer in einem privaten Haushalt Tätigkeiten verrichtet werden, die normalerweise durch Familienmitglieder erledigt werden. Der Gesetzgeber spricht von haushaltsnaher Dienstleistung. Damit sollen alle Tätigkeiten wie die Zubereitung von Mahlzeiten im Haushalt, die Reinigung der Wohnung, die Gartenpflege sowie die Pflege, Versorgung und Betreuung von Kindern, Kranken, alten Menschen und pflegebedürftigen Personen erfasst werden.

In dem Wirtschaftsabschnitt „Private Haushalte mit Hauspersonal“ waren im Dezember 2010 insgesamt rund 223 000 Personen geringfügig entlohnt beschäftigt. Das entspricht 3 Prozent aller geringfügig entlohnt Beschäftigten. Von den geringfügig entlohnt Beschäftigten übten rund 171 000 den Minijob ausschließlich und 52 000 zusätzlich zu einem sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnis aus. Zur gleichen Zeit waren im Wirtschaftsabschnitt „Private Haushalte mit Hauspersonal“ rund 37 000 Personen sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Damit beträgt der Anteil der ausschließlich geringfügig entlohnt Beschäftigten an der Summe von sozialversicherungspflichtig und ausschließlich geringfügig entlohnt Beschäftigten 86 Prozent.

30. Wie hoch schätzt die Bundesregierung die Zahl der „schwarz“ Beschäftigten in Privathaushalten ein?

Der Bundesregierung liegen hierzu keine Erkenntnisse vor. Da sich Schwarzarbeit und illegale Beschäftigung im Verborgenen abspielen, können valide Aussagen zum Anteil schwarz arbeitender Personen in Privathaushalten nicht getroffen werden.

31. Welche Untersuchungsergebnisse liegen der Bundesregierung zu der Frage vor, ob die Neuregelung der Minijobs im Jahr 2003 den gewünschten Effekt der Verminderung von Schwarzarbeit, insbesondere in Privathaushalten, tatsächlich erreicht hat?

Die Entwicklung der Anzahl der Minijobber in Privathaushalten verdeutlicht, dass seit der Neuregelung der Minijobs im Jahr 2003 die angemeldete Beschäftigung in Privathaushalten kontinuierlich zunimmt. Es wird im Übrigen auf die Antworten zu den Fragen 28 und 30 verwiesen.

32. Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, ordnungsgemäß gemeldete und hier insbesondere sozialversicherungspflichtige Beschäftigung in Privathaushalten zu erhöhen?

Die Bundesregierung beobachtet und analysiert die Entwicklung der geringfügigen Beschäftigung. Dabei behält sie auch die Beschäftigung in Privathaushalten im Blick, der aufgrund der demografischen Entwicklung (steigender Unterstützungsbedarf von Älteren in Privathaushalten/steigender Bedarf an unterstützenden Dienstleistungen für Familien bei erhöhter Frauenerwerbstätigkeit) künftig ein größeres Gewicht zukommen dürfte. Durch Aufklärung und Information mittels Kommunikationskampagnen zum Haushaltsscheckverfahren konnten deutliche Erfolge erzielt werden. Mit der von November 2008 bis Februar 2009 durchgeführten Kampagne, die insbesondere auf die Motivation zur

Anmeldung von Minijobs in Privathaushalten setzte und sich sowohl an Arbeitgeber als auch an Arbeitnehmer richtete, wuchs der Bestand der über das Haushaltsscheckverfahren gemeldeten Beschäftigungsverhältnisse überproportional stark an (Zuwachs in Höhe von ca. 6,9 Prozent).

E. Substitutionseffekte

33. Wie bewertet die Bundesregierung das Forschungsergebnis des gemeinsamen Gutachtens des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung e. V und des Instituts für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik GmbH („Evaluation der Umsetzung der Vorschläge der Hartz-Kommission“, Arbeitspaket 1, Modul 1f – Verbesserung der beschäftigungspolitischen Rahmenbedingungen und Makrowirkungen der aktiven Arbeitsmarktpolitik. Endbericht 2006), wonach zumindest teilweise eine Substitution erfolgt ist?

Im Bericht der Bundesregierung zur Wirksamkeit moderner Dienstleistungen am Arbeitsmarkt (Bundestagsdrucksache 16/3982) aus dem Jahr 2006 wird festgestellt, dass widerspruchsfreie Ergebnisse zu der Frage, ob und inwieweit eine Substitution sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung durch die Neuregelung der Mini-Jobs stattgefunden hat, nicht vorliegen. Auch das Jahresgutachten 2005/2006 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung kommt zum Ergebnis, dass der beobachtete Rückgang der Anzahl sozialversicherungspflichtiger Arbeitnehmer im Jahr 2005 nicht in der Struktur des Instruments „Mini-Job“ begründet ist (vgl. Jahresgutachten 2005, Nummer 283). Weiter heißt es dort: „Auch die Untersuchung der Bundesagentur für Arbeit (Bundesagentur für Arbeit, 2004) findet keine eindeutigen Belege für eine Verdrängung regulärer Beschäftigung. Zwar gibt es Branchen und Unternehmen, in denen sich die Anzahl sozialversicherungspflichtiger und die geringfügiger Beschäftigter gegenläufig entwickeln, doch in vielen Fällen ist ein paralleler Verlauf zu beobachten.“

Des Weiteren ist darauf hinzuweisen, dass bereits im Jahresgutachten 2005/2006 mit dem Kenntnisstand des Jahres 2005 darauf hingewiesen wird, dass es zwar zum damaligen Zeitpunkt einen durch die Minijob-Reform – und die damit verbundene Geringfügigkeit von Nebenbeschäftigungen – hervorgerufenen Anstieg der Minijobs kam. Ein zeitgleich zu beobachtender Rückgang der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungen wird auch dadurch relativiert, dass dieser bereits vor der Minijob-Reform einsetzte. Zudem wurde in einer Unternehmensbefragung festgestellt, dass die große Mehrzahl der Betriebe ihr Einstellungsverhalten hinsichtlich Minijobbern nicht geändert habe.

34. Warum hat die Bundesregierung in ihrer Antwort (Bundestagsdrucksache 17/5862 vom 18. Mai 2011) auf die Kleine Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Frage, in welchem Umfang sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse in geringfügige Beschäftigungsverhältnisse umgewandelt worden ist, diese Möglichkeit ausschließlich mit Bezug auf die höhere Zunahme sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse verneint, obwohl andere Forschungsergebnisse (s. o.) vorliegen?

Nach Auffassung der Bundesregierung gibt es keine eindeutigen und belastbaren Belege für Substitutions- oder Verdrängungseffekte sozialversicherungspflichtiger durch geringfügige Beschäftigung (siehe Antwort zu Frage 33). Die Entwicklung der Fallzahlen in den in der Fragestellung genannten Beschäftigungsformen gibt ebenfalls keine Hinweise auf derartige Effekte.

35. Wie bewertet die Bundesregierung insbesondere den überproportionalen Anstieg in einzelnen Branchen (so z. B. im Gaststättengewerbe und in der Gebäudereinigung, wo mittlerweile jeder zweite Arbeitsplatz ein Minijob ist; vgl. das Gutachten „Vorschläge zur künftigen Arbeitsmarktpolitik: integrativ – investiv – innovativ“ von Prof. Dr. Gerhard Bäcker, Prof. Dr. Gerhard Bosch und Dr. Claudia Weinkopf für das Thüringer Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Technologie aus dem Januar 2011), der ein starker Indikator für Substitutionseffekte ist?

Eine Substitution sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung durch die Aufspaltung sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse in geringfügige Beschäftigungen wurde empirisch nicht nachgewiesen. Die Bundesregierung sieht daher keine Belege für eine Umwandlung von sozialversicherungspflichtiger in geringfügige Beschäftigung. Vielmehr ist zu berücksichtigen, dass sich seit Juni 2004 die Zahl der geringfügigen entlohnten Beschäftigten insgesamt um etwa 0,8 Millionen auf rund 7,3 Millionen Personen im Juni 2010 erhöht hat. Im gleichen Zeitraum haben jedoch rund 1,2 Millionen eine zusätzliche reguläre sozialversicherungspflichtige Beschäftigung aufgenommen. Mit jahresdurchschnittlich über 27,7 Millionen war hier 2010 der höchste Stand seit 2002 zu verzeichnen.

36. Wie erklärt die Bundesregierung die hohe Attraktivität geringer Beschäftigungsverhältnisse für die Arbeitgeber, die eine größere Abgabenlast zu tragen haben, als dies bei regulärer sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung der Fall ist?

Über die konkreten Gründe der Nutzung von geringfügigen Beschäftigungen liegen keine Gutachten oder Studien vor.

Nach Erkenntnissen der Minijob-Zentrale zeigt die Zahl der Minijobber je Arbeitgeber jedoch, dass insbesondere kleinere Arbeitgeber das Arbeitsmarktinstrument „Minijob“ nutzen. Von den 1,8 Millionen „Minijob-Arbeitgeber“ können ca. 1,4 Millionen als kleinere Arbeitgeber bezeichnet werden, die jeweils maximal drei geringfügig entlohnt Beschäftigte im gewerblichen Bereich beschäftigen.

Die Gründe hierfür können vielschichtig sein, beispielsweise ist der anfallende Arbeitsaufwand in den Betrieben relativ gering oder die anfallende Arbeit erfordert den zeitlich parallelen Einsatz mehrerer Beschäftigter (z. B. Tageszeitungsverteiler). Darüber hinaus werden Minijobber häufig flexibel zum Ausgleich von Arbeitsspitzen eingesetzt (z. B. im Gastgewerbe am Wochenende). Weitere Gründe können die gezielte Nachfrage der Arbeitnehmer nach geringfügiger Beschäftigungen nach und/oder die – im Vergleich zu sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungen – für Arbeitgeber deutlich einfachere Abwicklung des Melde- und Beitragsverfahrens bei der Minijob-Zentrale sein.

37. In welchen Branchen hat seit der Neuregelung der geringfügigen Beschäftigung zum 1. April 2003 die Anzahl der Vollzeitbeschäftigten abgenommen?

Wie hoch war die entsprechende Abnahme?

Wegen Änderungen in der Wirtschaftszweigklassifikation kann nur der Zeitraum von 2003 bis 2008 verzerrungsfrei dargestellt werden. Die Angaben zu der absoluten und relativen Beschäftigungsveränderung nach Wirtschaftsabschnitten können der nachfolgenden Tabelle 18 entnommen werden. Ob und inwieweit die Beschäftigungsveränderung mit der Neuregelung zusammenhängen, kann aus der Entwicklung der Zahlen allein nicht beantwortet werden.

Tabelle 18: Entwicklung sozialversicherungspflichtiger Vollzeitbeschäftigung nach Wirtschaftsabschnitten (WZ 2003)

Wirtschaftsabschnitte 2003 - 2008 = WZ2003	sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigte am Stichtag ...		absolute Veränderung 2008 ggü. 2003	relative Veränderung 2008 ggü. 2003 (in %)
	30.06.2003	30.06.2008		
Insgesamt	22.657.574	22.442.697	- 214.877	-0,9
A Land- und Forstwirtschaft	295.410	293.542	- 1.868	-0,6
B Fischerei und Fischzucht	2.414	2.368	- 46	-1,9
C Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	118.750	99.428	- 19.322	-16,3
D Verarbeitendes Gewerbe	6.555.696	6.406.524	- 149.172	-2,3
E Energie- und Wasserversorgung	232.135	239.560	7.425	3,2
F Baugewerbe	1.683.464	1.464.938	- 218.526	-13,0
G Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern	3.205.554	3.093.662	- 111.892	-3,5
H Gastgewerbe	617.777	621.325	3.548	0,6
I Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1.316.095	1.376.873	60.778	4,6
J Kredit- und Versicherungsgewerbe	893.348	783.334	- 110.014	-12,3
K Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen	2.600.340	3.214.804	614.464	23,6
L Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	1.287.750	1.131.431	- 156.319	-12,1
M Erziehung und Unterricht	665.634	593.170	- 72.464	-10,9
N Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	2.171.798	2.122.135	- 49.663	-2,3
O Erbringung von sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen	961.334	939.591	- 21.743	-2,3
P Private Haushalte	22.148	21.982	- 166	-0,7
Q Exterritoriale Organisationen und Körperschaften	25.951	24.139	- 1.812	-7,0
9 Keine Zuordnung möglich	1.976	13.891	11.915	603,0

© Statistik der Bundesagentur für Arbeit

38. Teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass insbesondere die geringfügige Nebenbeschäftigung Anreize dafür schafft, Tätigkeiten nicht durch eine – zusätzliche – sozialversicherungspflichtige Beschäftigung oder durch Überstunden erbringen zu lassen?

Die Bundesregierung teilt diese Auffassung nicht.

Die geringfügige Beschäftigung trägt neben den Instrumenten der sozialversicherungspflichtigen Teilzeitbeschäftigung, der Befristung und der Zeitarbeit zu einer weiteren Flexibilisierung des Arbeitsmarktes bei. Des Weiteren stellt die geringfügige Beschäftigung im Nebenerwerb für viele Haushalte eine wichtige Hinzuverdienstmöglichkeit dar. Auswertungen aus dem Mikrozensus 2008 zeigen, dass nur 17,4 Prozent der Minijobber nach einer anderen oder nach einer weiteren Tätigkeit suchen, also den Umfang ihrer Beschäftigung erweitern möchten. Nach Fertig u. a. (2004) suchten nur ein Viertel der befragten Minijobber eine nichtgeringfügige Tätigkeit. (Fertig, M. u. a., 2004: Aspekte der Entwicklung der Minijobs, Abschlussbericht einer Untersuchung im Auftrag der Mini-Job-Zentrale, RWI Essen – insbes. Tab.27).

39. Wie hat sich seit dem 1. April 2003 die wöchentliche Arbeitszeit von Männern und Frauen verändert?

Was unternimmt die Bundesregierung, um die Substitution sozialversicherungspflichtiger Vollzeitstellen in geringfügige Beschäftigung zu verhindern?

Fragen zur Arbeitszeit geringfügig Beschäftigter können mit den Daten der Bundesagentur für Arbeit bzw. der Minijob-Zentrale nicht beantwortet werden. Es wird auf die Antworten zu den Fragen 2, 33, 35 und 38 verwiesen.

40. Was unternimmt die Bundesregierung, um zu verhindern, dass die Pauschalsteuern und die pauschalen Arbeitgeberbeiträge nicht auf die Beschäftigten zurückgewälzt werden, wie es die Minijobzentrale als gängige Praxis beschreibt, obwohl die Intention der gesetzlichen Regelung zu Minijobs eine Abgabenprivilegierung der Arbeitnehmer war?

Die Bundesregierung teilt die Auffassung nicht, dass eine Abwälzung der einheitlichen Pauschsteuer nach § 40a Absatz 2 des Einkommensteuergesetzes auf die Arbeitnehmer gängige Praxis sei. Zudem ist der Minijob-Zentrale nicht bekannt, derartige Äußerungen getätigt zu haben.

Es ist darauf hinzuweisen, dass eine Abwälzung der einheitlichen Pauschsteuer in Höhe von zwei Prozent rechtlich zulässig ist. Eine Abwälzung der Pauschalbeiträge zur Kranken- und Rentenversicherung ist nicht zulässig. Sollte die Minijob-Zentrale von einer derartigen Verfahrensweise Kenntnis nehmen, werden die Arbeitgeber auf das Fehlverhalten hingewiesen. Bei weiterem Nichtbeachten werden Ordnungswidrigkeitsverfahren eingeleitet.

F. Diskriminierungsverbot des Teilzeit- und Befristungsgesetzes

41. Welche Aktivitäten plant die Bundesregierung, um eine Gleichbehandlung geringfügig Beschäftigter, die in der (betrieblichen) Praxis durch die Arbeitgeber häufig beim Kündigungsschutz, der betrieblichen Altersversorgung und den betrieblichen Sozialleistungen schlechter gestellt werden (vgl. z. B. Keller/Seifert in „Atypische Beschäftigung – Flexibilisierung und soziale Risiken“, 2007), im Sinne des § 4 des Teilzeit- und Befristungsgesetzes (TzBfG) in gleichem Umfang wie bei der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung zu garantieren?

Wieso geht die Bundesregierung in ihrer Antwort zu Frage 11 (Bundestagsdrucksache 17/5862 vom 18. Mai 2011) nicht auf die Frage nach Schlussfolgerungen bezüglich den erwähnten Aussagen der Bertelsmann Stiftung ein?

Geringfügig Beschäftigte und Vollzeitbeschäftigte haben dieselben arbeitsrechtlichen Schutzansprüche. Ebenso sind sie bei der Durchsetzung ihrer Ansprüche gegenüber dem Arbeitgeber gleichgestellt. Nach der verfassungsmäßigen Ordnung in Deutschland haben alle Beschäftigten die Möglichkeit, gegenüber Arbeitgebern, die ihren Arbeitgeberpflichten nicht nachkommen, ihre Ansprüche geltend zu machen, ggf. vor den Gerichten für Arbeitssachen. Im Übrigen bestehen weitere Schutzmechanismen wie in der Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs bei der Bundesministerin für Arbeit und Soziales Dr. Ralf Brauksiepe auf Fragen des Abgeordneten Rolf Schwanitz (Bundestagsdrucksache 17/3256, S. 68 ff.) näher dargestellt wird. Dessen ungeachtet, beobachtet und analysiert die Bundesregierung die tatsächliche Entwicklung im Bereich der geringfügigen Beschäftigung. Dabei berücksichtigt die Bundesregierung auch die Aussagen der Bertelsmann-Stiftung.

42. Wie haben sich seit ihrer Gründung die Überschüsse in der Lohnausgleichkasse für geringfügig Beschäftigte bei der Minijobzentrale der Bundesknappschaft-Bahn-See entwickelt (aufgeschlüsselt nach Jahren)?

Durch das Zweite Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt vom 23. Dezember 2002 (BGBl. I, S. 4621) wurde § 10 Absatz 3 des Lohnfortzahlungsgesetzes (LFZG) dahingehend ergänzt, dass die damalige Bundesknappschaft die zuständige Krankenkasse für geringfügig Beschäftigte wurde. Das heißt, dass zu dem vorhandenen Bestand an Arbeitnehmern, für die das Ausgleichsverfahren durchzuführen war, ab dem Inkrafttretenszeitpunkt (1. April 2003) die geringfügig beschäftigten Arbeitnehmer hinzukamen. Sämtliche Mittel für diese Personenkreise werden in einem Sondervermögen verwaltet (vgl. § 8 Absatz 1 Satz 1 des Aufwendungsausgleichsgesetzes). Eine differenzierte Einnahmen- und Ausgabenrechnung für geringfügig Beschäftigte ist daher nicht zu ermitteln.

Die Entwicklung der Rechnungsergebnisse der Jahre 2003 bis 2010 in den Umlageverfahren U 1 und U 2 der Bundesknappschaft bzw. Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See ist den nachfolgenden Tabellen zu entnehmen:

Tabelle 19a: Umlageverfahren U 1 – Ausgleichsverfahren bei Krankheit

Umlageverfahren U 1 - Ausgleichsverfahren bei Krankheit					
Jahr	Umlagesatz (in v. H.)	Erstattungssatz (in v. H.)	Einnahmen (in 1.000 Euro)	Ausgaben (in 1.000 Euro)	Ergebnis Überschuss +/ Fehlbetrag - (in 1.000 Euro)
2003	1,20	70	59.326	13.265	+ 46.061
2004	1,20	70	90.966	18.498	+ 72.468
2005	0,10	80	18.388	25.141	- 6.753
2006	0,10	80	18.266	42.490	- 24.224
2007	0,10	80	18.053	51.184	- 33.131
2008	0,10	80	19.286	69.682	- 50.396
2009	0,60	80	91.149	86.230	+ 4.919
2010	0,60	80	97.086	91.374	+ 5.712

Tabelle 19b: Umlageverfahren U 2 – Ausgleichsverfahren bei Mutterschaft

Umlageverfahren U 2 - Ausgleichsverfahren bei Mutterschaft					
Jahr	Umlagesatz (in v. H.)	Erstattungssatz (in v. H.)	Einnahmen (in 1.000 Euro)	Ausgaben (in 1.000 Euro)	Ergebnis Überschuss +/ Fehlbetrag - (in 1.000 Euro)
2003	0,10	100	8.367	799	+ 7.568
2004	0,10	100	12.796	2.266	+ 10.530
2005	0,00	100	1.878	2.505	- 627
2006	0,00	100	439	4.751	- 4.312
2007	0,00	100	431	8.027	- 7.596
2008	0,00	100	902	13.757	- 12.855
2009	0,07	100	19.085	20.166	- 1.081
2010	0,07	100	20.354	25.404	- 5.050

43. Wie viele geringfügig Beschäftigte und wie viele sozialversicherungspflichtig Beschäftigte haben im letzten Jahr Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall bzw. Krankengeld erhalten (absolut und prozentual)?

Geringfügig Beschäftigte haben wie sozialversicherungspflichtig Beschäftigte Anspruch auf eine sechswöchige gesetzliche Entgeltfortzahlung durch den Arbeitgeber. Ein Anspruch auf Krankengeld besteht bei geringfügiger Beschäftigung jedoch nicht, so dass dazu auch keine Aussagen möglich sind. Bei der Zählung der Arbeitsunfähigkeitstage und -fälle in den amtlichen GKV-Statistiken wird zudem nicht nach geringfügig Beschäftigten oder mehr als geringfügig Beschäftigten unterschieden.

Bei der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See wurde im Jahr 2010 über 534 477 Fälle (2009: 481 798) von Anträgen auf Erstattung der Arbeitgeberaufwendungen, in denen an geringfügig Beschäftigte Arbeitsentgelt im Krankheitsfall fortgezahlt wurde, entschieden.

44. Haben Frauen in geringfügiger Beschäftigung über- oder unterproportional häufig Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall bzw. Krankengeld erhalten?

Wie sehen die entsprechenden Zahlen für die Jahre 1995 bis 2010 aus?

Eine statistische Trennung der Fallzahlen der Erstattung von Arbeitgeberaufwendungen nach Geschlecht ist der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See nur für die Jahre 2008 bis 2010 möglich. Die zuvor eingesetzten Datenverarbeitungsprogramme ermöglichten eine derartige Auswertung nicht.

Die Zahl der bearbeiteten Erstattungsfälle im Umlageverfahren U 1 für geringfügig Beschäftigte verteilt sich auf Männer und Frauen wie nachstehend in der Tabelle dargestellt.

Tabelle 20: Erstattungsfälle im Umlageverfahren U 1 für Minijobber nach Geschlecht

Umlageverfahren U 1 - Ausgleichsverfahren bei Krankheit				
Jahr	Fallzahlen geringfügig Beschäftigte			
	Männlich		Weiblich	
	absolut	in v. H.	absolut	in v. H.
2008	67.726	17,60	317.015	82,40
2009	85.403	17,73	396.395	82,27
2010	100.272	18,76	434.205	81,24

Quelle: Minijob-Zentrale

Im Übrigen wird auf die Antwort zu Frage 43 verwiesen.

45. Welche Aktivitäten plant die Bundesregierung, um zu verhindern, dass geringfügig Beschäftigten häufig Ansprüche auf bezahlten Urlaub, Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall, Krankengeld und Entgeltfortzahlung an Feiertagen „vorenthalten“ wird, da der gesetzliche Schutz durch § 4 TzBfG in der Praxis oft unterlaufen wird?

Wie kommt die Bundesregierung zu der Einschätzung, dass die staatlichen Schutzmechanismen effektiv faire Arbeitsbedingungen und die Einhaltung von Schutzvorschriften sichern, wenn diese in der Praxis nachweislich oft unterlaufen werden (Bundestagsdrucksache 17/5862 vom 18. Mai 2011, Antwort zu Frage 9)?

Die geringfügig Beschäftigten sind nicht ausgenommen von gesetzlichen Schutzvorschriften über Urlaub, Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall und an

Feiertagen. Im Übrigen ist eine Ungleichbehandlung von geringfügig Beschäftigten gegenüber anderen Teilzeit- und Vollzeitbeschäftigten nach § 4 des Teilzeit- und Befristungsgesetzes verboten. Hinsichtlich der staatlichen Schutzmechanismen und zur Einhaltung dieser Ansprüche wird auf die Antwort zu Frage 41 verwiesen.

46. Welche Art von Verstößen hat es seit 1999 bei den in der Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs bei der Bundesministerin für Arbeit und Soziales Dr. Ralf Brauksiepe vom 7. Oktober 2010 auf die Schriftlichen Fragen 80 bis 83 des Abgeordneten Rolf Schwanitz (Bundestagsdrucksache 17/3256 S. 68 ff.) erwähnten Kontrollinstanzen bzw. Kontrollmechanismen gegeben (bitte nach Jahren und Rechtskreisen aufschlüsseln)?

Wie oft kam es in diesem Rahmen zu entsprechenden Verstößen (bitte nach Jahren und Rechtskreisen aufschlüsseln)?

Welche Rechtsfolgen hatte dies, und wie oft traten diese auf (bitte nach Jahren und Rechtskreisen aufschlüsseln)?

Die Zulieferung von statistischen Daten für den Arbeitsbereich Finanzkontrolle Schwarzarbeit der Zollverwaltung ab dem Jahr 1999 ist nicht möglich. Der Arbeitsbereich Finanzkontrolle Schwarzarbeit der Zollverwaltung wurde zum 1. Januar 2004 eingerichtet. Geeignetes statistisches Datenmaterial liegt erst seit dem Jahr 2008 vor.

Im Folgenden werden die jeweils fünf von der Finanzkontrolle Schwarzarbeit der Zollverwaltung vorwiegend festgestellten straf- und ordnungswidrigkeitenrechtlichen Verstöße mit Rechtsfolgen dargestellt. Bei diesen Daten handelt es sich um eine Gesamtdarstellung. Verstöße, die im Zusammenhang mit einer geringfügigen Beschäftigung stehen, werden nicht gesondert erfasst und können daher nicht ausgewiesen werden.

Tabelle 21: Straf- und Ordnungswidrigkeitentatbestände 2008 bis 2010

Straftatbestände 2008	**Anzahl der eingeleiteten Verfahren**	**Geldstrafen in Euro**	**Freiheitsstrafen in Jahren**
Betrug – § 263 StGB	90 644	22 211 243	956
Beitragsvorenthaltung Arbeitnehmerbeiträge – § 266a Absatz 1 StGB	6 878	5 739 890	188
Beitragsvorenthaltung Arbeitgeberbeiträge – § 266a Absatz 2 StGB	2 495	2 239 530	50
Illegaler Aufenthalt ohne Aufenthaltstitel – § 95 Absatz 1 Nummer 2 AufenthG	915	121 700	14
Einschleusen von Ausländern – § 96 AufenthG	422	192 695	19
Sonstige	3 213	3 283 509	329

Straftatbestände 2009	**Anzahl der eingeleiteten Verfahren**	**Geldstrafen in Euro**	**Freiheitsstrafen in Jahren**
Betrug – § 263 StGB	89 487	21 346 983	1 059
Beitragsvorenthaltung Arbeitnehmerbeiträge – § 266a Absatz 1 StGB	7 345	4 154 565	341
Beitragsvorenthaltung Arbeitgeberbeiträge – § 266a Absatz 2 StGB	2 270	5 263 305	68
Illegaler Aufenthalt ohne Aufenthaltstitel – § 95 Absatz 1 Nummer 2 AufenthG	954	60 355	8
Einschleusen von Ausländern – § 96 AufenthG	325	182 505	7
Sonstige	3 566	2 643 775	330

Straftatbestände 2010	**Anzahl der eingeleiteten Verfahren**	**Geldstrafen in Euro**	**Freiheitsstrafen in Jahren**
Betrug – § 263 StGB	101 053	21 137 639	1 082
Beitragsvorenthaltung Arbeitnehmerbeiträge – § 266a Absatz 1 StGB	8 715	5 079 665	423
Beitragsvorenthaltung Arbeitgeberbeiträge – § 266a Absatz 2 StGB	2 485	685 885	85
Illegaler Aufenthalt ohne Aufenthaltstitel – § 95 Absatz 1 Nummer 2 AufenthG	1 081	63 235	13
Einschleusen von Ausländern – § 96 AufenthG	316	176 590	10
Sonstige	3 803	2 648 435	368

Ordnungswidrigkeitentatbestände 2008	**Anzahl der eingeleiteten Verfahren**	**Anzahl der Verwarnungen, Bußgeldentscheidungen, Verfallbescheide**	**Summe der festgesetzten Verwarnungsgelder, Bußgelder, Verfallbeträge in Euro**
Mitteilungspflichtverletzung Alg II – § 63 Absatz 1 Nummer 6 SGB II	12 428	13 777	1 018 651
Mitteilungspflichtverletzung – § 404 Absatz 2 Nummer 26 SGB III	15 600	19 188	1 402 629
Arbeitnehmer ohne ArG – § 404 Absatz 2 Nummer 4 SGB III	10 927	8 521	1 508 527
Beschäftigung durch Arbeitgeber/AN ohne ArG – § 404 Absatz 2 Nummer 3 SGB III	7 933	6 582	16 708 813
Mindestlohn/Arbeitsbedingungen § 5 Absatz 1 Nummer 1 AEntG (bis 30.04.2009)	2 284	1 560	35 612 629
Sonstige	7 345	5 405	8 813 757

Ordnungswidrigkeitentatbestände 2009	Anzahl der eingeleiteten Verfahren	Anzahl der Verwarnungen, Bußgeldentscheidungen, Verfallbescheide	Summe der festgesetzten Verwarnungsgelder, Bußgelder, Verfallbeträge in Euro
Mitteilungspflichtverletzung Alg II – § 63 Absatz 1 Nummer 6 SGB II	11 087	14 462	1 192 089
Mitteilungspflichtverletzung – § 404 Absatz 2 Nummer 26 SGB III	10 800	14 779	1 163 861
Arbeitnehmer ohne ArG – § 404 Absatz 2 Nummer 4 SGB III	9 851	7 919	1 509 324
Beschäftigung durch Arbeitgeber/AN ohne ArG – § 404 Absatz 2 Nummer 3 SGB III	7 071	5 783	15 125 161
Mindestlohn/Arbeitsbedingungen § 5 Absatz 1 Nummer 1 AEntG (bis 30.04.2009) und § 23 Absatz 1 Nummer 1 AEntG (ab 01.05.2009)	1 822	1 294	26 331 925
Sonstige	12 401	8 988	9 983 040

Ordnungswidrigkeitentatbestände 2010	Anzahl der eingeleiteten Verfahren	Anzahl der Verwarnungen, Bußgeldentscheidungen, Verfallbescheide	Summe der festgesetzten Verwarnungsgelder, Bußgelder, Verfallbeträge in Euro
Mitteilungspflichtverletzung Alg II – § 63 Absatz 1 Nummer 6 SGB II	8 368	13 327	1 188 004
Mitteilungspflichtverletzung – § 404 Absatz 2 Nummer 26 SGB III	8 337	14 159	1 167 655
Arbeitnehmer ohne ArG – § 404 Absatz 2 Nummer 4 SGB III	10 105	8 045	1 307 700
Beschäftigung durch Arbeitgeber/AN ohne ArG – § 404 Absatz 2 Nummer 3 SGB III	6 888	5 575	13 957 368
Mindestlohn/Arbeitsbedingungen § 5 Absatz 1 Nummer 1 AEntG (bis 30.04.2009) und § 23 Absatz 1 Nummer 1 AEntG (ab 01.05.2009)	1 560	1 049	14 784 389
Sonstige	24 612	18 790	11 578 967

47. In welcher Form werden geringfügig Beschäftigte durch die Minijobzentrale über ihre Rechte informiert?

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales hat mit der Einführung der geringfügigen Beschäftigung eine Broschüre erstellt, die Informationen zum Sozialversicherungs-, Arbeits- und Steuerrecht beinhaltet. Diese Broschüre wurde im Jahr 2003 aufgrund der Neuregelungen umfassend überarbeitet und wird seither regelmäßig aktualisiert.

Die Minijob-Zentrale selbst klärt über die bestehenden Arbeitsrechte wie folgt auf:

- Informationen in diversen Broschüren und Flyern der Minijob-Zentrale (z. B. im Merkblatt zum Arbeitsrecht),

- Verschiedene Merkblätter als Anhang zum Begrüßungsschreiben für neue Arbeitgeber bzw. Minijobber,
- Merkblatt für gewerblichen Arbeitgeber zum Thema „Aufstockung in der Rentenversicherung (RV-Aufstockung)“,
- Merkblatt für Privathaushalte zu den Themen „RV-Aufstockung“ und „Arbeitsrecht“,
- Merkblatt für erstmalig angemeldete Arbeitnehmer im gewerblichen Bereich zu den Themen „RV-Aufstockung“ und „Arbeitsrecht“,
- Bereitstellung ausführlicher Informationen für Arbeitgeber und Arbeitnehmer auf der Homepage der Minijob-Zentrale (im Download-Center wird unter anderem eine Checkliste für geringfügig Beschäftigte zur Verfügung gestellt),
- Regelmäßiger Versand von Newslettern bei gesetzlichen Änderungen und zu verschiedenen Themen wie z. B. Aufstockung der Rentenversicherungsbeiträge, Arbeitnehmerfreizügigkeit, Ausgleichsverfahren für Arbeitgeber etc.,
- Persönliche Beratung an Informationsständen auf verschiedenen Großveranstaltungen.

48. Wie bewertet die Bundesregierung die Effektivität des Schutzes von geringfügig Beschäftigten durch das Diskriminierungsverbot des § 4 TzBfG, und beabsichtigt die Bundesregierung, das Schutzniveau beispielsweise durch die Einführung eines entsprechenden Verbandsklagerechts, durch Ordnungsgelder oder andere Initiativen zu erhöhen?

    Falls nein, aus welchen Gründen beabsichtig die Bundesregierung dies nicht?

Wie bereits in der Antwort zu Frage 41 dargelegt, beobachtet und analysiert die Bundesregierung die Entwicklung im Bereich der geringfügigen Beschäftigung. Dies geschieht auch im Hinblick auf die Effektivität staatlicher Schutzmechanismen.

49. Welche Informationen liegen der Bundesregierung darüber vor, in welchem Umfang geringfügig Beschäftigte an betrieblichen Weiterbildungen teilnehmen?

Im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung wird regelmäßig eine Erhebungen zur Weiterbildungsbeteiligung der Bevölkerung durchgeführt (Berichtssystem Weiterbildung). Im Jahr 2007 wurde die Erhebung inhaltlich auf das europäische Berichtskonzept des „Adult Education Survey“ (AES) umgestellt, um auch international vergleichbare Ergebnisse zu erhalten. Die letzte Erhebung zum Weiterbildungsverhalten zur Trendbeobachtung auf nationaler Ebene erfolgte im Jahr 2010, bezeichnet als „AES 2010“. Grundlage ist eine repräsentative Befragung von 7 035 Personen der Bevölkerung im Alter von 18 bis 64 Jahren.

Der größte Teil der erfassten Weiterbildungsaktivitäten entfällt mit knapp 60 Prozent auf die betriebliche Weiterbildung. Der kleinere Teil entfällt auf die individuelle Weiterbildung, wobei diese etwa zur Hälfte auch aus beruflichen Gründen erfolgt (individuelle berufsbezogene Weiterbildung) und zur anderen Hälfte aus anderen Gründen bzw. aus persönlichem Interesse (nicht-berufsbezogene Weiterbildung).

Erfahrungen Erwachsener mit organisiertem Lernen finden damit in erster Linie im arbeitsplatznahen, betrieblichen Umfeld statt. Bevölkerungsgruppen

ohne den Zugang zur betrieblichen Weiterbildung, also Arbeitslose und Nichterwerbstätige, haben dementsprechend niedrigere Quoten der Weiterbildungsbeteiligung. Den Daten ist zu entnehmen, dass die Beteiligung von Erwerbstätigen an betrieblicher Weiterbildung bei einem Bruttoeinkommen aus der beruflichen Tätigkeit von bis zu 400 Euro mit nur 11 Prozent weitaus geringer ist als bei allen anderen Einkommensgruppen ist. Bei denjenigen mit einem Bruttoeinkommen von 401 bis 1 000 Euro ist die Beteiligung doppelt so hoch (22 Prozent) und in den Einkommensgruppen ab 3 001 Euro sind weit mehr als die Hälfte der Erwerbstätigen an betrieblicher Weiterbildung beteiligt.

Diese Trendaussage wird durch Analysen von Daten des SOEP aus mehreren Jahrgängen und Ergebnissen der Erwerbstätigenbefragung 2006 des Bundesinstituts für Berufsbildung bestätigt. Danach hatten weniger als ein Viertel der geringfügig Beschäftigten in den zurückliegenden zwei Jahren Kurse oder Lehrgänge besucht, die ihrer beruflichen Weiterbildung dienen, selbst wenn man nur diejenigen geringfügig Beschäftigten betrachtet, die mindestens 10 Stunden pro Woche arbeiten. Bei den Teilzeitbeschäftigten nahmen dagegen mehr als die Hälfte, bei den Vollzeitbeschäftigten sogar über 60 Prozent an Weiterbildungen teil.

50. Wie plant die Bundesregierung ihre Datenlage bezüglich der Wahrung der Arbeitnehmerrechte von geringfügig Beschäftigten zu verbessern, um die Diskriminierungsproblematik besser einschätzen zu können?

Die Bundesregierung hat derzeit keine Anhaltspunkte für eine generelle Diskriminierung geringfügig Beschäftigter. In der Praxis werden allerdings geringfügig Beschäftigte und andere Beschäftigte nicht immer gleich behandelt; Ansprüche werden von Arbeitgebern nicht gewährt und von Beschäftigten nicht eingefordert. Die Bundesregierung missbilligt die darin liegende Vorenthaltung von Arbeitnehmerrechten. Wie bereits in den Antworten zu den Fragen 41 und 48 dargelegt, beobachtet und analysiert die Bundesregierung die Entwicklung im Bereich der geringfügigen Beschäftigung im Rahmen einer Gesamtschau. Dabei werden auch die Erhebungsmethoden überprüft.

G. Genderaspekte

51. Hat die Bundesregierung Kenntnis über Datenauswertungen oder andere Forschungsergebnisse, die Aussagen über den durchschnittlichen Stundenlohn von weiblichen und männlichen geringfügig Beschäftigten und die Höhe ihrer durchschnittlichen wöchentlichen Arbeitszeit treffen?

Wie lauten diese Zahlen für ausschließlich mit einem Minijob Beschäftigte (bitte nach Geschlecht aufschlüsseln)?

Aktuelle Daten zu den Stundenlöhnen von geringfügig Beschäftigten liegen der Bundesregierung nicht vor. Aus der amtlichen Statistik liefert ausschließlich die Verdienststrukturerhebung diesbezügliche Werte. Mit ihr wird alle vier Jahre durch das Statistische Bundesamt eine umfangreiche Erhebung individueller Verdienste und Arbeitszeiten durchgeführt. Die aktuell verfügbaren Daten stammen aus der Erhebung des Jahres 2006. Danach haben geringfügig Beschäftigte einen durchschnittlichen Bruttostundenverdienst von 8,99 Euro erzielt. Der Stundenlohn von Frauen lag mit 9,08 Euro dabei etwas über dem von geringfügig beschäftigten Männern (8,79 Euro). Zu den Arbeitszeiten wird auf die Antwort zu Frage 2 mit den dort gemachten Einschränkungen verwiesen.

Weitere Daten oder Auswertungen sind der Bundesregierung nicht bekannt.

52. In welchen Haushaltskontexten leben geringfügig beschäftigte Frauen und Männer, welcher Beschäftigungsart (Vollzeit, sozialversicherungspflichtige Teilzeit, geringfügige Beschäftigung) gehen ggf. andere im Haushalt lebende Erwachsene nach?

Als Merkmale zur Beschreibung des Haushaltskontexts wurden die Haushaltsgröße und der Haushaltstyp an Hand des Mikrozensus 2010 ausgewertet. Die Ergebnisse sind in den beiden folgenden Tabellen dokumentiert.

Tabelle 22a: Geringfügig Beschäftigte nach Haushaltsgröße (Anteile in Prozent)

	Geschlecht		
Haushalte mit … Personen	**Insgesamt**	**Männer**	**Frauen**
Insgesamt	**100,0**	**100,0**	**100,0**
1	18,3	30,0	13,5
2	29,0	30,8	28,3
3	21,2	16,5	23,1
4 oder mehr	31,1	22,0	34,8
Gemeinschaftsunterkunft	0,4	0,8	0,3

Quelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus 2010

Tabelle 22b: Geringfügig Beschäftigte nach Familien-/Haushaltstyp (Anteile in Prozent)

	Geschlecht		
Geringfügig Beschäftigter ist …	**Insgesamt**	**Männer**	**Frauen**
Insgesamt	**100,0**	**100,0**	**100,0**
Alleinstehend	22,0	33,7	17,2
(Ehe-)Partner/-in ohne minderj. Kinder	32,9	30,5	34,0
Alleinerziehend mit minderj. Kindern	4,0	0,6	5,5
(Ehe-)Partner/-in mit minderj. Kindern	28,2	12,1	34,9
lediges Kind	12,4	22,4	8,3

Quelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus 2010

Zur Frage nach dem Zusammentreffen von geringfügiger Beschäftigung mit weiteren Beschäftigungsarten von Haushaltsmitgliedern wurden Haushalte untersucht, in denen ein geringfügig Beschäftigter mit mindestens einer weiteren volljährigen Person lebt. Für diese Haushalte wurde ausgewertet, welcher Art von Erwerbstätigkeit die weitere Person nachgeht. Dabei wurden Doppelzählungen vermieden, indem bei mehreren weiteren Erwerbstätigkeiten im Haushalt nur die umfangreichste berücksichtigt wurde. Lebt beispielsweise eine geringfügig beschäftigte Person mit einer vollzeiterwerbstätigen und einer weiteren geringfügig beschäftigten Person zusammen, wird diese Person nur im Haushaltskontext „Geringfügig beschäftigte Person lebt mit mindestens einer weiteren vollzeiterwerbstätigen Person zusammen“ nachgewiesen. So zeigt sich etwa, dass bei rund 58,4 Prozent der geringfügig Beschäftigten, die mit mindestens einer volljährigen weiteren Person zusammenleben, mindestens eine weitere Person vollzeiterwerbstätig ist. Bei weiblichen geringfügig Beschäftigten liegt dieser Anteil bei 65,8 Prozent.

Tabelle 22c: Geringfügig Beschäftigte in Haushalten mit mindestens einer weiteren Person im Alter von 18 Jahren oder älter: Erwerbsbeteiligung der weiteren Person (Anteile in Prozent)

	Geschlecht		
Weitere Person ist …	**Insgesamt**	**Männer**	**Frauen**
Insgesamt	**100,0**	**100,0**	**100,0**
nicht erwerbstätig	17,4	27,0	14,0
geringfügig beschäftigt	9,5	17,5	6,7
teilzeitbeschäftigt	4,4	9,8	2,5
vollzeiterwerbstätig	58,4	37,5	65,8
anderweitig erwerbstätig[1)]	10,3	8,2	11,1

1) Person ist selbstständig, mithelfende/-r Familienangehörige/-r, Auszubildende/-r, Zeit-/Berufssoldat/-in oder Grundwehr- bzw. Zivildienstleistender

Quelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus 2010

53. In wie vielen Mehrpersonenhaushalten stellt die geringfügige Beschäftigung die einzige Erwerbseinkommensquelle dar?

Hat die Bundesregierung Kenntnis über Datenauswertungen oder andere Forschungsergebnisse, die Aussagen darüber zulassen, und wenn ja, wie lauten diese?

Nach Ergebnissen des Mikrozensus 2010 ist in 2,5 Prozent aller Mehrpersonenhaushalte der Haupteinkommensbezieher oder die Haupteinkommensbezieherin geringfügig beschäftigt. Hierunter fallen auch Haushalte, in denen mehrere geringfügige Beschäftigungen vorliegen oder in denen eine weitere Person neben dem Haupteinkommensbezieher oder der Haupteinkommensbezieherin Erwerbseinkommen aus nicht geringfügiger Tätigkeit erzielt, das dann jedoch geringer als das Haupteinkommen ausfällt. Der Wert von 2,5 Prozent entspricht somit dem Anteil der Mehrpersonenhaushalte, in dem zwar unter Umständen mehrere Erwerbseinkommen erzielt werden, von denen jedoch keines die Geringfügigkeitsschwelle überschreitet.

54. Wie viele Frauen und Männer, die einen Minijob annehmen, scheiden deshalb aus dem SGB-II-Bezug aus?

Wie viele Personen davon werden von der Bundesagentur für Arbeit ausschließlich in Minijobs vermittelt?

Die Überwindung des Leistungsbezugs durch Aufnahme einer geringfügig entlohnten Beschäftigung setzt i. d. R. andere Einkünfte voraus, weil auch mit 400 Euro ein bedarfsdeckendes Einkommen (Regelsatz + Wohnkosten) nicht erreicht werden kann. Wenn z. B. der Partner Erwerbseinkommen erzielt und nach Anrechnung noch in geringem Umfang Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes nach dem SGB II gezahlt werden, kann durch die Aufnahme einer geringfügig entlohnten Beschäftigung die Bedürftigkeit ggf. beendet werden. Im Jahre 2008 haben ca. 585 000 Leistungsbezieher in der Grundsicherung eine geringfügig entlohnte Beschäftigung aufgenommen. 11,2 Prozent der Männer und 12,6 Prozent der Frauen, die 2008 einen Minijob aus der Grundsicherung heraus aufnahmen, beendeten innerhalb eines Zwei-Monatszeitraumes den Leistungsbezug. Ob mit der geringfügig entlohnten Beschäftigung der Restbedarf gedeckt wurde, zeitgleich eine Arbeitsaufnahme durch ein weiteres Haushaltsmitglied erfolgte oder die Schwelle für die Inanspruchnahme von vorrangigem Wohngeld und Kinderzuschlag erreicht wurde, kann nicht unterschieden werden. Zur gezielten Vermittlung in geringfügige Beschäftigung

durch die Bundesagentur für Arbeit ist in diesem Zusammenhang nichts bekannt.

55. Wie hoch ist der Anteil von Frauen aus Bedarfsgemeinschaften mit Kindern unter 15 Jahren, die ein geringfügiges Beschäftigungsverhältnis annehmen und aus diesem Grund aus dem Leistungsbezug nach dem SGB II ausscheiden?

    Hat die Bundesregierung Kenntnis über Datenauswertungen oder andere Forschungsergebnisse, die Aussagen darüber zulassen, und wenn ja, wie lauten diese?

Es wird auf die Antwort zu Frage 54 verwiesen.

Eine Aufgliederung nach Geschlecht der Leistungsbezieher bei Alter der Kinder unter 15 Jahren liegt nicht vor. Die folgende Tabelle 23 zeigt auf Grundlage einer Analyse des IAB die Anteile der geringfügig entlohnten Beschäftigten, für die 2008 der Leistungsbezug innerhalb eines Zweimonatszeitraums nach Aufnahme der Beschäftigung endete nach Geschlecht, Typ der Bedarfsgemeinschaft und Altersklasse des Beschäftigten.

Tabelle 23: Anteil geringfügig entlohnt Beschäftigter mit Ende des Leistungsbezug in 2008 in Prozent

Merkmal	Anteil	Merkmal	Anteil
Gesamt	11,9	Nach Altersklassen	
männlich	11,2	unter 15 Jahre	0,0
weiblich	12,6	15 – 24 Jahre	17,1
BG-Typ	11,9	25 – 34 Jahre	12,4
Alleinstehend	11,2	35 – 44 Jahre	9,8
Allein erziehend	9,0	45 – 54 Jahre	9,6
Paar ohne Kind	15,1	55 – 64 Jahre	10,4
Paar mit Kind	13,5		
Sonstige	17,4		

Quelle: IAB

56. Ist aus der Sicht der Bundesregierung die Vermittlung von Frauen in geringfügige Beschäftigung eine sinnvolle beschäftigungspolitische Maßnahme?

    Auf welchen wissenschaftlichen Untersuchungen beruht ggf. diese Einschätzung?

Für erwerbsfähige Leistungsberechtigte kann eine Vermittlung in geringfügige Beschäftigung im Einzelfall der Heranführung an den Arbeitsmarkt dienen. Ziel der Integrationsarbeit muss aber immer die Aufnahme einer vollständig bedarfsdeckenden Erwerbstätigkeit sein. Es ist in jedem Einzelfall zu prüfen, welche konkreten Aktivitäten und Leistungen die arbeitsmarktliche Integration am besten erreichen.

57. Wie hoch ist der Anteil von Müttern und Vätern (mit Kindern unter 15 Jahren) an der Gesamtzahl der geringfügig Beschäftigten, wie hoch ist ihr Anteil an sozialversicherungspflichtigen Vollzeitstellen oder vollzeitnahen Stellen?

Wie erklärt sich die Bundesregierung die großen Unterschiede in den jeweiligen Anteilsverhältnissen?

Zur Beantwortung der Frage wird auf Ergebnisse des Mikrozensus 2010 zurückgegriffen, die sich auf die Bevölkerung im Alter von 15 bis 64 Jahren beziehen: Von rund 53,6 Millionen Menschen im Alter zwischen 15 und 64 Jahren waren etwa 14,4 Millionen Mütter und Väter von mindestens einem im Haushalt lebenden Kind im Alter von unter 15 Jahren. Der Anteil der Mütter und Väter an der gleichaltrigen Bevölkerung entspricht hiernach 26,8 Prozent. Der Anteil der Mütter und Väter an etwa 38,2 Millionen Erwerbstätigen liegt ebenfalls bei 26,8 Prozent. Mütter und Väter sind hiernach folglich genau so häufig erwerbstätig wie Nicht-Eltern im Altersbereich von 15 bis 64 Jahren. Unterschiede zwischen Eltern und Nicht-Eltern zeigen sich hingegen, wie in der Fragestellung anklingt, bei der Verteilung der Erwerbstätigkeit auf die einzelnen Erwerbsformen. Bei geringfügig Beschäftigten sind Mütter und Väter mit einem Anteil von 32,5 Prozent überrepräsentiert, bei den anderen Erwerbstätigen mit einem Anteil von 26,3 Prozent geringfügig unterrepräsentiert. Eine geschlechterdifferenzierte Betrachtung offenbart, dass diese Unterschiede größtenteils auf geringere Erwerbsumfänge von Müttern zurückzuführen sind. Väter sind im Vergleich zu kinderlosen Männern sogar häufiger erwerbstätig und häufiger vollzeiterwerbstätig, was vor allem Folge ihrer abweichenden Altersstruktur ist. Mütter hingegen sind wesentlich öfter geringfügig beschäftigt und wesentlich seltener vollzeit- oder vollzeitnahbeschäftigt als kinderlose Frauen.

In den vergangenen Jahren konnte Deutschland einen erfreulich deutlichen Anstieg der Erwerbsbeteiligung von Frauen verzeichnen. Befunde wie die aufgeführten Mikrozensus-Werte zeigen jedoch auf, dass weiterhin Verbesserungen erforderlich sind, um zunehmend auch Müttern Erwerbsperspektiven in mehr als geringfügigem Umfang zu eröffnen.

58. Wie hoch ist die voraussichtliche Rentenanwartschaft einer Mutter von zwei Kindern, die 40 Jahre lang mit maximalem Gehalt geringfügig beschäftigt war, wenn sie

    a) nur Anwartschaften aufgrund der Arbeitgeberbeiträge erwirbt oder

    b) auf die Versicherungsfreiheit in der Rentenversicherung verzichtet und die pauschalen Beiträge durch individuelle Beiträge aufstockt?

Für die genannte Fallkonstellation wird davon ausgegangen, dass eine Frau zwei Kinder im Abstand von drei Jahren bekommt, für die ihr Erziehungszeiten zugeordnet werden. Außerhalb der sechs Jahre, die sie ausschließlich der Erziehung widmet, ist sie 40 Jahre lang geringfügig entlohnt beschäftigt. Um die Entgeltpunkte (EP) für eine spätere Rente aus der Beschäftigung bei Ausschöpfung des maximalen Betrages ermitteln zu können, wird das aktuellste verfügbare endgültige Durchschnittsentgelt (2009) in Höhe von 30 506 Euro, ein monatlicher Verdienst von 400 Euro und ein Beitragssatz von 19,9 Prozent zugrunde gelegt. Als Beitragsanteil des Arbeitgebers bei versicherungsfreier geringfügiger Beschäftigung werden 15 Prozent angesetzt. Die Rentenhöhe wird auf Basis des derzeitigen aktuellen Rentenwerts von 27,47 Euro ermittelt.

Für die unter Frage 58a beschriebene Konstellation ergibt sich, basierend auf 4,7440 Zuschlägen an EP für die geringfügige Beschäftigung und 5,9976 EP aus Kindererziehungszeiten, eine Monatsrente von rund 295 Euro.

Für die unter Frage 58b beschriebene Konstellation ergibt sich basierend auf 6,2920 EP aus versicherungspflichtiger Beschäftigung, 5,9976 EP aus Zeiten der Kindererziehung sowie zusätzlich 1,5705 EP für Berücksichtigungszeiten wegen Kindererziehung, eine Monatsrente von derzeit rund 380 Euro.

An dieser Stelle sei darauf hingewiesen, dass die Renten der gesetzlichen Rentenversicherung grundsätzlich die Funktion haben, zusammen mit der ergänzenden Altersvorsorge den Lebensstandard von Versicherten nach deren Ausscheiden aus dem Erwerbsleben aufrechtzuerhalten. Hierzu ersetzt die gesetzliche Rentenversicherung das während des Erwerbslebens versicherte Einkommen in einem gewissem Umfang. Damit stellt die gesetzliche Rente im Wesentlichen einen Spiegel der Lebensarbeitsleistung dar. Da geringfügige entlohnte Beschäftigungsverhältnisse mit einem maximalen Entgelt in Höhe von 400 Euro monatlich dem Wesen nach nicht darauf ausgerichtet sind, den Lebensunterhalt eines Arbeitnehmers vollständig zu sichern, ist hieraus auch keine ausreichende Absicherung in der gesetzlichen Rentenversicherung gegeben.

59. Wie hoch muss bei einem/einer sozialversicherungspflichtigen Arbeitnehmer/Arbeitnehmerin der Bruttoverdienst (ohne Berücksichtigung von Abzugsmerkmalen über die Vorsorgepauschale hinaus) in Steuerklasse V sein, um nach Abzug der Lohnsteuer netto 400 Euro zu verdienen?

Ein Bruttoverdienst von 440,33 Euro monatlich im Jahr 2011 eines sozialversicherungspflichtigen Arbeitnehmers in Steuerklasse V führt zu einem Lohnsteuerabzug von 40,33 Euro. Der Solidaritätszuschlag beträgt Null. Nach Abzug der Lohnsteuer erzielt der Arbeitnehmer demnach einen Zufluss von 400 Euro. Für einen Nettoverdienst von 400 Euro nach Abzug der Sozialversicherungsbeiträge und Steuern ist bei sonst gleichen Bedingungen ein Bruttoverdienst von 576,71 Euro erforderlich.

Nach § 20 Absatz 2 SGB IV gilt unter bestimmten Bedingungen in dieser Einkommensgruppe für Sozialversicherungsbeiträge die sogenannte Gleitzone, die verhindern soll, dass der Arbeitnehmer beim Überschreiten der 400-Euro-Grenze sofort mit dem vollen Beitragsanteil von etwa 21 Prozent belastet wird. Deshalb steigt der Beitragssatz in dieser Zone nur „gleitend“ an.

Eine Gleitzone im Sinne des SGB liegt bei einem Beschäftigungsverhältnis vor, wenn das daraus erzielte Arbeitsentgelt zwischen 400,01 Euro und 800 Euro im Monat liegt und die Grenze von 800 Euro im Monat regelmäßig nicht überschritten wird; bei mehreren Beschäftigungsverhältnissen ist das insgesamt erzielte Arbeitsentgelt maßgebend. Unter Berücksichtigung dieser Besonderheit in der Sozialversicherung erzielt ein Arbeitnehmer in Steuerklasse V mit einem Bruttoverdienst von 535,83 Euro nach Abzug von Steuern (51,50 Euro Lohnsteuer) und Sozialversicherungsbeiträgen (84,33 Euro einschließlich Zuschlag zur Pflegeversicherung für Kinderlose) einen Nettolohn von 400 Euro.

Die Bundesregierung weist in diesem Zusammenhang auf die Möglichkeit hin, bei der Lohnsteuer das Faktorverfahren auf der Basis der Lohnsteuerklasse IV anstelle der Lohnsteuerklassen III und V zu wählen, welches eine gerechtere Aufteilung der Steuerschuld während des Jahres ermöglicht und Belastungen eines geringer verdienenden Ehepartner mindert.

60. Stellt diese sogenannte Sprungstellenproblematik einen negativen Beschäftigungsanreiz für eine sozialversicherungspflichtige Teilzeitbeschäftigung mit einem Verdienst oberhalb von 400 Euro dar?

    Was sind die Überlegungen der Bundesregierung, um diesen negativen Beschäftigungsanreiz zu beseitigen?

Die Gründe für die Ausübung einer geringfügigen Beschäftigung sind vielfältig. Unter anderem ist belegt, dass die Beschäftigten diesen Zustand überwiegend nicht ändern wollen (siehe Antwort zu Frage 38). Hierauf deuten auch die

Erfahrungen der Niederlande. Dort arbeiten gut 10 Prozent aller Beschäftigen weniger als zwölf Stunden. Dieser Anteil hat sich seit 2001 trotz der erfolgten Streichung der Regelungen zur geringfügigen Beschäftigung kaum verändert.

61. Betrachtet die Bundesregierung die Gleitzonenregelung, d. h. die Midijobs, als wirksames Instrument, um den Arbeitsumfang von geringfügig Beschäftigten zu erhöhen?

Die hohe Zahl der Beschäftigten in Midijobs belegt die Wirksamkeit des Instrumentes der Gleitzonenregelung. So gingen im Jahr 2010 1,3 Millionen Beschäftigte einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung in Form eines Midijobs nach, davon 950 000 Frauen. Im Übrigen wird auf die Antwort zu Frage 60 verwiesen.

62. Welche Initiativen bzw. Vorhaben plant die Bundesregierung, um zu ermöglichen, dass viele geringfügig Beschäftigte den Umfang ihrer Beschäftigung ausdehnen bzw. existenzsichernde Löhne und Alterssicherung erwirtschaften?

Es trifft zu, dass ein Teil der geringfügig Beschäftigten in Befragungen angibt, die Arbeitszeit ausdehnen zu wollen: Die konkreten Angaben zur Höhe dieses Anteils schwanken je nach Datengrundlage und Erhebungsmethodik. Bei der Interpretation der statistischen Befunde ist zudem zu beachten, dass die Wahl der Beschäftigungsform nicht nur in arbeitsmarktpolitischen Gegebenheiten begründet liegt, sondern auch die Beschäftigungsstruktur und das zeitliche Muster der Alltagsorganisation des privaten Haushaltes eine Rolle spielen.

63. Wie plant die Bundesregierung ihre Datenlage bezüglich der unterschiedlichen Situation von Männern und Frauen in geringfügiger Beschäftigung zu verbessern, und so möglicherweise ihre Geschlechterbilder tradierende und soziale Benachteiligungen verfestigende Wirkungsweise besser einschätzen zu können?

Die Bundesregierung beabsichtigt keine Änderungen in der Beschäftigungsstatistik. Es wird auf die Antwort zu Frage 14 verwiesen.

H. Brückenfunktion in den Arbeitsmarkt

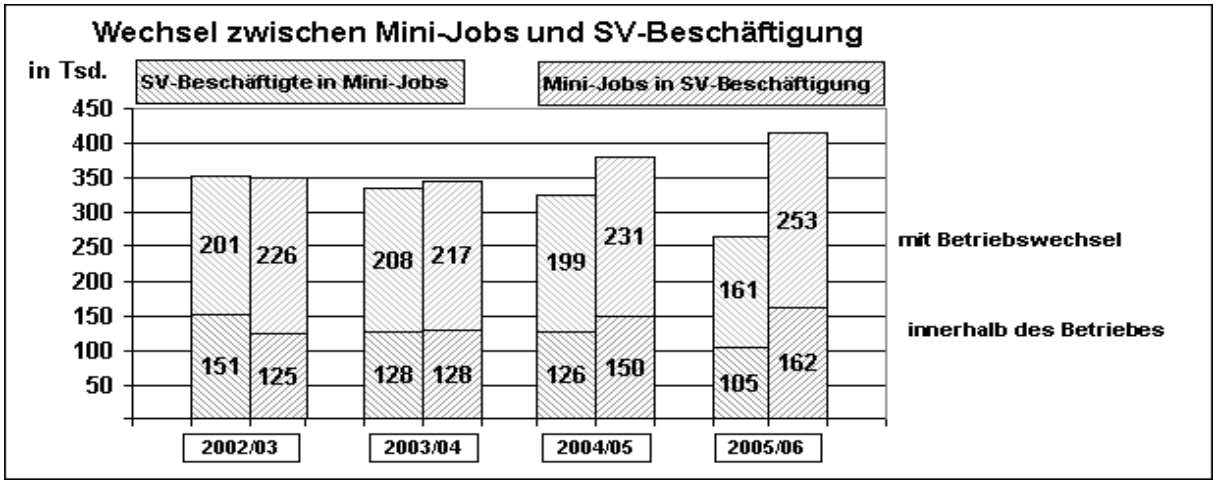
64. Wie viel Prozent der geringfügig Beschäftigten (bitte nach Geschlecht und Altersgruppen aufschlüsseln) wechseln innerhalb eines Jahres in eine reguläre, sozialversicherungspflichtige Beschäftigung (Teilzeit und Vollzeit), bzw. liegen der Bundesregierung Hinweise darauf/diesbezügliche Untersuchungsergebnisse vor?

Wie vielen geringfügig Beschäftigten gelingt dies beim gleichen Arbeitgeber?

Wechsel zwischen Minijobs und sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung und umgekehrt finden in unterschiedlichen Erwerbsphasen statt, z. B. bei Renteneintritt, Berufsrückkehrende, Studierende nach dem Studium oder im Zusammenhang mit Arbeitslosigkeit. Nach Fertig u. a. (2004) übte ein Viertel der Befragten den aktuellen Minijob mit der Hoffnung auf eine nichtgeringfügige Beschäftigung aus, weil keine andere Beschäftigung gefunden wurde. Der Vergleich der Beschäftigungssituation im Jahresabstand zeigt, dass der Wechsel zwischen Minijob und sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung überwie-

gend mit einem Betriebswechsel verbunden ist und Wechsel in die Gegenrichtung in vergleichbarer Höhe stattfanden (vgl. Abbildung 1).

Abbildung 1: Wechsel zwischen geringfügig entlohnter und versicherungspflichtiger Beschäftigung (jeweils zum 30. Juni des angegebenen Jahres)



Quelle: IAB /FG Dyn. Auswertung aus Beschäftigtenhistorik zum 30.6.d.J.

65. Wie viele der in einem Minijob arbeitenden Bezieher von Leistungen nach dem SGB III bzw. dem SGB II nehmen innerhalb eines Jahres eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung auf (in Prozent, aufgeschlüsselt nach Geschlecht und Altersgruppen), bzw. liegen der Bundesregierung Hinweise darauf/diesbezügliche Untersuchungsergebnisse vor?

    Wie viele Personen davon sind anschließend nicht bedürftig?

Daten zu erwerbstätigen Beziehern von Leistungen nach dem SGB III sind nicht bekannt. Im Jahre 2008 haben SGB-II-Leistungsempfänger in ca. 171 000 Fällen eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung nach einer geringfügig entlohnten Beschäftigung aufgenommen (Koller/Rudolph, 2011).

66. Können nach Meinung der Bundesregierung Minijobs generell als wirksame Brücke in den ersten Arbeitsmarkt dienen oder stellen sie eine berufliche Sackgasse dar?

    Wie ist diese Brückenfunktion bzw. berufliche Sackgasse nach Einschätzung der Bundesregierung insbesondere für Frauen (mit Kindern unter 15 Jahren) zu beurteilen?

    Wie beurteilt die Bundesregierung in diesem Zusammenhang die Forschungsergebnisse, die belegen, dass vormals Teilzeit- und geringfügig Beschäftigte bei einem Wiedereintritt in die Erwerbstätigkeit ganz besonders selten einem Normalarbeitsverhältnis nachgehen (in: „Atypische Beschäftigungsverhältnisse. Stand und Lücken der aktuellen Diskussion“, WSI-Mitteilungen 03/2011)?

Mit der Brückenfunktion der geringfügigen Beschäftigung wird der Übergang aus einer geringfügigen Beschäftigung in eine versicherungspflichtige Beschäftigung bezeichnet. Laut Koalitionsvertrag soll die Brückenfunktion von Mini- und Midijobs gestärkt werden. Bisherige Evaluationsergebnisse zeigen, dass geringfügige Beschäftigungen den Arbeitsmarkt flexibilisieren und in einigen Segmenten (z. B. Dienstleistung) neue Beschäftigungspotentiale erschlossen werden konnten. Ergebnisse der Minijob-Zentrale enthalten darüber hinaus Hinweise auf eine Brückenfunktion. Die Analyse des Versichertenkontenbe-

standes der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See hat ergeben, dass jeder dritte Beschäftigte nach Beendigung seiner geringfügig entlohnten Beschäftigung eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung aufnimmt, davon mehr als 40 Prozent beim selben Arbeitgeber (Hardebusch/Vennebusch: Minijobs sind eine Brücke in den Arbeitsmarkt, Kompass März/April 2010, S. 3 ff.).

Die in der Frage 66 genannte Publikation erläutert unter anderem, warum vormals Teilzeit- und geringfügig Beschäftigte keinem Normalarbeitsverhältnis nachgehen. Dies habe im Wesentlichen damit zu tun hat, dass die überwiegende Mehrheit nicht an einem Wechsel in ein Normalarbeitsverhältnis interessiert sei.

Im Übrigen wird auf die Antworten zu den Fragen 62 und 64 verwiesen.

67. In welcher Form will die Bundesregierung diese Brückenfunktion sachgerecht beurteilen, wenn ihr die angefragten Daten zu den Fragen 4b bis 4d auf Bundestagsdrucksache 17/5862 nicht zur Verfügung stehen?

    Wie plant die Bundesregierung ihre Datenlage diesbezüglich zu verbessern, um die arbeitsmarktpolitischen Chancen geringfügiger Beschäftigung besser einschätzen zu können?

Hinsichtlich der Frage der Datenverfügbarkeit ist grundsätzlich zwischen kurzfristigen Auswertungsmöglichkeiten der amtlichen Statistik und der Gewinnung von Forschungserkenntnissen zu unterscheiden. Gerade letztere erfordern einen weitaus größeren zeitlichen Aufwand, sind aber notwendig, wenn z. B. eine Analyse von Erwerbsbiografien auf Individualdatenebene oder eine Verknüpfung unterschiedlicher Datensätze erforderlich ist. Verfügbare Erkenntnisse hängen in solchen Fällen weniger vom eigentlichen Umfang der Datenlage ab, als vielmehr vom Vorliegen entsprechender, auf Basis dieser Daten gewonnener, Evaluationsergebnisse der Forschung.

I. Konsequenzen für die Sozialversicherung

68. Wie hoch sind die Einnahmeverluste, die dadurch entstehen, dass geringfügig Beschäftigte im Vergleich zu sozialversicherungspflichtig Beschäftigten keine Sozialabgaben zahlen müssen, im Bereich

    a) der Rentenversicherung,

    b) der Arbeitslosenversicherung,

    c) der gesetzlichen Krankenversicherung?

    Wie haben sich diese Einnahmeverluste in den Jahren 1995 bis 2010 jeweils entwickelt?

Bei geringfügig entlohnter Beschäftigung fällt im Vergleich zur regulären sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung, bei der sich Arbeitnehmer- und Arbeitgeberbeiträge für die drei in der Fragestellung angesprochenen Sicherungszweige typischerweise auf 38,4 Prozent des Bruttolohns summieren (40,35 Prozent bei zusätzlichem Einschluss der Pflegeversicherung), ein reduzierter Beitragssatz an. Diese Beitragssatzermäßigung ist jedoch nicht automatisch mit Einnahmeverlusten gleichzusetzen. Dies wäre nur dann der Fall, wenn sozialversicherungspflichtige Beschäftigung durch geringfügige Beschäftigung substituiert oder verdrängt würde. Dafür sieht die Bundesregierung jedoch keine Belege. Auf die Antwort zu Frage 34 wird verwiesen.

69. Wie hoch sind die Einnahmeverluste für die Sozialversicherungssysteme, die durch die sogenannten Midijobs in der Gleitzone zwischen 400 Euro und 800 Euro entstehen, im Bereich

a) der Rentenversicherung,

b) der Arbeitslosenversicherung,

c) der gesetzlichen Krankenversicherung?

Wie haben sich die Einnahmeverluste in den Jahren 1995 bis 2010 entwickelt?

Für die sogenannten Midijobs gelten vergleichbare Grundüberlegungen wie für geringfügige Beschäftigungen (siehe oben). Auch bei dieser Gruppe kann nicht von ermäßigten Beitragssätzen auf Einnahmeverluste geschlussfolgert werden.

70. Wie hoch sind die Einnahmeausfälle insgesamt, die durch die steuerliche Privilegierung der geringfügigen Beschäftigung entstehen?

Der Bundesregierung stehen hierzu keine Informationen zur Verfügung.

71. Welche Gründe sprechen nach Meinung der Bundesregierung dafür, Nebenbeschäftigungen wieder in die volle Steuer- und Sozialabgabenpflicht einzubeziehen, welche Gründe sprechen dagegen?

Die pauschale Lohnsteuer nach § 40a des Einkommensteuergesetzes bietet die Möglichkeit, auf schnelle und einfache Art eine zutreffende Besteuerung für eine geringfügige Beschäftigung vorzunehmen und erleichtert damit insgesamt die Aufnahme solcher Beschäftigungsverhältnisse. Die Regelung beruht auf dem Zweiten Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt, in das die Erfahrungen mit den früheren Regelungen zu den geringfügigen Beschäftigungen und insbesondere die Ergebnisse der Hartz-Kommission aus dem Jahr 2002 eingeflossen sind. Mit der Neuordnung der geringfügigen Beschäftigung sollte diese Beschäftigungsform zukunftsfähig und attraktiv gestaltet werden, so dass die Arbeitgeber wieder flexible Gestaltungsmöglichkeiten für Beschäftigungen im Niedriglohnbereich erhalten und gleichzeitig auch die Beschäftigten in die gesetzliche Rentenversicherung einbezogen werden können. Zugleich sollte eine wichtige Weiche für mehr Beschäftigung gestellt werden. Diese Ziele rechtfertigen auch steuerliche Sonderregelungen, wobei der Arbeitgeber nicht gezwungen ist, die Lohnsteuerpauschalierung zu wählen. Gegenwärtig sprechen keine Gründe gegen diese Pauschalierungsregelung. Alternativ kann der Arbeitgeber die Lohnsteuer im Regelverfahren erheben. Dann richtet sich die Höhe der einzubehaltenden Lohnsteuer nach den persönlichen Lohnsteuerabzugsmerkmalen der beschäftigten Person.

72. Wie bewertet die Bundesregierung den Beschluss des 68. Deutschen Juristentages aus dem September 2010, wonach die abgabenrechtliche Privilegierung der geringfügigen Beschäftigung zu beenden sei?

73. Wieso ist die Bundesregierung gemäß ihrer Antwort (Bundestagsdrucksache 17/5862 vom 18. Mai 2011, Antwort zu Frage 11) nicht in der Lage zu erkennen, dass die geringfügige Beschäftigung abgabenrechtlich privilegiert ist, da der Gesamtbeitrag von Arbeitnehmern und Arbeitgebern bei sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen deutlich über der Abgabenlast liegt, die Arbeitgeber (und Arbeitnehmer – bei Ver-

zicht auf die Rentenversicherungsfreiheit) für geringfügige Beschäftigungsverhältnisse zu zahlen haben?

Im Rahmen einer Gesamtschau im Bereich geringfügiger Beschäftigung beobachtet und analysiert die Bundesregierung laufend die Entwicklung, um zeitgerecht notwendige sozialpolitische Schlussfolgerungen ziehen zu können. Es wird zudem auf die Antworten zu den Fragen 35, 38, 62, 66 und 73 verwiesen.

J. Sonstiges

74. Welche Gründe sprechen nach Meinung der Bundesregierung dafür oder dagegen, den Minijob als Beschäftigungsform (deutlich) einzuschränken bzw. weiter zu fördern?

Auf die Antwort zu Frage 71 wird verwiesen.

75. Welche von Verbänden und der Wissenschaft vertretenen Vorschläge zur Neuregelung der geringfügigen Beschäftigung sind der Bundesregierung bekannt, und wie bewertet sie diese, auch bezüglich deren finanziellen Auswirkungen?

Der Bundesregierung sind eine Reihe von Vorschlägen zur Neuregelung der geringfügigen Beschäftigung bekannt. Diese Vorschläge und insbesondere ihre möglichen Auswirkungen fließen in die Beobachtung und Analyse der Bundesregierung der Entwicklung im Bereich der geringfügigen Beschäftigung ein. Es wird u. a. auf die Antwort zu Frage 41 verwiesen.

76. Welche der in der Antwort zu Frage 12 (Bundestagsdrucksache 17/5862 vom 18. Mai 2011) erwähnten Entwicklungen hat die Bundesregierung in der Vergangenheit beobachtet und analysiert?

Ist die Bundesregierung zum jetzigen Zeitpunkt in der Lage, entsprechende Schlussfolgerungen daraus zu ziehen?

Falls nein, welche fachlichen Gründe sprechen zum jetzigen Zeitpunkt dagegen?

Es wird auf die Antwort zu Frage 71 sowie auf die Antworten zu den Fragen 2, 6 und 7 der Kleinen Anfrage von Mai 2011 (Bundestagsdrucksache 17/5697) verwiesen.

77. Wie soll die in der Antwort zu Frage 12 (Bundestagsdrucksache 17/5862 vom 18. Mai 2011) erwähnte Beobachtung und Analyse der Entwicklung von Minijobs durch die Bundesregierung aussehen, wie ist ihr Untersuchungsdesign und ihr Zeitplan?

Wie und wann möchte die Bundesregierung die erwähnten, daraus zu entwickelnden beschäftigungs- und sozialpolitischen Schlussfolgerungen umsetzten, und welche könnten dies sein?

Es wird auf die Antwort der Bundesregierung zu den Fragen 2, 6 und 7 sowie auf die Vorbemerkung der Kleinen Anfrage auf Bundestagsdrucksache 17/5862 verwiesen.

78. In welchem Umfang hat eine missbräuchliche Anwendung der Regelungen für eine steuer- und sozialversicherungsfreie Aufwandsentschädi-

gung nach § 3 Nummer 26 des Einkommensteuergesetzes (EStG) (Übungsleiterpauschale) im Zusammenspiel mit einer geringfügigen Beschäftigung stattgefunden?

In § 3 Nummer 26 EStG wird ein Freibetrag in Höhe von 2 100 Euro pro Jahr für Einnahmen aus bestimmten ehrenamtlichen Tätigkeiten gewährt. Dieser Freibetrag wird umgangssprachlich „Übungsleiterpauschale“ genannt. Voraussetzung für die Gewährung dieses Freibetrag ist, dass es sich um Einnahmen aus einer nebenberuflichen Tätigkeit zur Förderung gemeinnütziger, mildtätiger oder kirchlicher Zwecke im Sinne der §§ 52 bis 54 der Abgabenverordnung (AO) als Übungsleiter, Ausbilder, Erzieher, Betreuer oder vergleichbaren nebenberuflichen Tätigkeit, aus einer nebenberuflichen künstlerischen Tätigkeit oder der nebenberuflichen Pflege alter, kranker oder behinderter Menschen im Dienst oder im Auftrag einer juristischen Person des öffentlichen Rechts oder einer von der Körperschaftsteuer befreiten gemeinnützigen Einrichtung handelt. Eine Anfrage an die obersten Finanzbehörden der Länder hat ergeben, dass nur einzelne Fälle bekannt sind, in denen eine missbräuchliche Gestaltung vorlag. Der Bundesregierung liegen keine Kenntnisse darüber vor, dass es in großem Umfang zu einer missbräuchlichen Anwendung dieser Regelung gekommen ist.

79. Welche Initiativen hat die Bundesregierung ergriffen, seitdem im Juli 2010 in verschiedenen Medienberichten aufgedeckt worden ist, dass bei einzelnen Wohlfahrtsverbänden eine entsprechende Zweckentfremdung der „Übungsleiterpauschale“ stattgefunden hat, und welche Konsequenzen sind aus dieser missbräuchlichen Anwendung für die Betroffenen gezogen worden?

Die bestehenden gesetzlichen Regelungen in § 3 Nummer 26 EStG und § 3 Nummer 26a EStG und die dazu ergangenen Verwaltungsvorschriften regeln die Voraussetzungen, unter denen diese Freibeträge gewährt werden können, in ausreichendem Maße. Es besteht kein weiterer abstrakter Regelungs- oder Klärungsbedarf. In ihnen ist festgelegt, dass die sozialversicherungsrechtlichen und steuerlichen Vergünstigungen nur für „echte“ nebenberufliche Tätigkeiten gelten. Da es nicht ausgeschlossen ist, dass es in einigen Fällen zu einem Gestaltungsmissbrauch kommen kann, wird die Gestaltung dieser Beschäftigungsverhältnisse durch die Rentenversicherung im Rahmen der Betriebsprüfung geprüft. Auf die Antwort zu Frage 76 wird verwiesen.

Tabelle 4a: Geringfügig Beschäftigte nach Geschlecht

Stichtag	Region (Arbeitsort)	Geschlecht	geringfügig Beschäftigte (GB)			davon					
						geringf. entlohnte Beschäftigte (GeB)			Kurzfristig Beschäftigte (KfB)		
			insgesamt	davon		insgesamt	davon		insgesamt	davon	
				ausschließl. GB	im Nebenjob GB		ausschließl. GeB	im Nebenjob GeB		ausschließl. KfB	im Nebenjob KfB
			1	2	3	4	5	6	7	8	9
30.06.2005	Deutschland	Insgesamt	6.887.459	5.095.541	1.791.918	6.491.964	4.746.883	1.745.081	395.495	348.658	46.837
		Männer	2.515.053	1.737.001	778.052	2.312.831	1.559.473	753.358	202.222	177.528	24.694
		Frauen	4.372.406	3.358.540	1.013.866	4.179.133	3.187.410	991.723	193.273	171.130	22.143
	Alte Länder (ohne Berlin)	Insgesamt	5.973.819	4.372.072	1.601.747	5.658.337	4.096.025	1.562.312	315.482	276.047	39.435
		Männer	2.125.051	1.424.219	700.832	1.962.781	1.282.866	679.915	162.270	141.353	20.917
		Frauen	3.848.768	2.947.853	900.915	3.695.556	2.813.159	882.397	153.212	134.694	18.518
	Neue Länder (inkl. Berlin)	Insgesamt	913.640	723.469	190.171	833.627	650.858	182.769	80.013	72.611	7.402
		Männer	390.002	312.782	77.220	350.050	276.607	73.443	39.952	36.175	3.777
		Frauen	523.638	410.687	112.951	483.577	374.251	109.326	40.061	36.436	3.625
30.06.2006	Deutschland	Insgesamt	7.138.644	5.195.692	1.942.952	6.750.892	4.853.596	1.897.296	387.752	342.096	45.656
		Männer	2.603.816	1.760.906	842.710	2.409.011	1.590.142	818.869	194.805	170.764	23.841
		Frauen	4.535.028	3.434.786	1.100.242	4.341.881	3.263.454	1.078.427	193.147	171.332	21.815
	Alte Länder (ohne Berlin)	Insgesamt	6.190.113	4.449.568	1.740.545	5.876.477	4.174.248	1.702.229	313.636	275.320	38.316
		Männer	2.203.288	1.443.052	760.236	2.044.762	1.304.636	740.126	158.526	138.416	20.110
		Frauen	3.986.825	3.006.516	980.309	3.831.715	2.869.612	962.103	155.110	136.904	18.206
	Neue Länder (inkl. Berlin)	Insgesamt	948.531	746.124	202.407	874.415	679.348	195.067	74.116	66.776	7.340
		Männer	400.328	317.854	82.474	364.249	285.506	78.743	36.079	32.348	3.731
		Frauen	548.203	428.270	119.933	510.166	393.842	116.324	38.037	34.428	3.609
30.06.2007	Deutschland	Insgesamt	7.313.479	5.226.393	2.087.086	6.917.770	4.881.535	2.036.235	395.709	344.858	50.851
		Männer	2.667.421	1.755.226	912.195	2.471.500	1.585.326	886.174	195.921	169.900	26.021
		Frauen	4.646.058	3.471.167	1.174.891	4.446.270	3.296.209	1.150.061	199.788	174.958	24.830
	Alte Länder (ohne Berlin)	Insgesamt	6.356.895	4.482.950	1.874.045	6.034.729	4.203.543	1.831.186	322.166	279.307	42.859
		Männer	2.268.032	1.442.296	825.736	2.107.492	1.303.877	803.615	160.540	138.419	22.121
		Frauen	4.088.863	3.040.554	1.048.309	3.927.237	2.899.666	1.027.571	161.626	140.888	20.738
	Neue Länder (inkl. Berlin)	Insgesamt	956.584	743.543	213.041	883.041	677.992	205.049	73.543	65.551	7.992
		Männer	399.389	312.930	86.459	364.008	281.449	82.559	35.381	31.481	3.900
		Frauen	557.195	430.613	126.582	519.033	396.543	122.490	38.162	34.070	4.092
30.06.2008	Deutschland	Insgesamt	7.472.017	5.227.187	2.244.830	7.078.025	4.882.173	2.195.852	393.992	345.014	48.978
		Männer	2.740.394	1.759.498	980.896	2.544.728	1.589.296	955.432	195.666	170.202	25.464
		Frauen	4.731.623	3.467.689	1.263.934	4.533.297	3.292.877	1.240.420	198.326	174.812	23.514
	Alte Länder (ohne Berlin)	Insgesamt	6.510.172	4.494.406	2.015.766	6.185.874	4.210.849	1.975.025	324.298	283.557	40.741
		Männer	2.339.409	1.451.288	888.123	2.177.440	1.310.668	866.772	161.969	140.618	21.351
		Frauen	4.170.763	3.043.120	1.127.643	4.008.434	2.900.181	1.108.253	162.329	142.939	19.390
	Neue Länder (inkl. Berlin)	Insgesamt	961.845	732.781	229.064	892.151	671.324	220.827	69.694	61.457	8.237
		Männer	400.985	308.212	92.773	367.288	278.628	88.660	33.697	29.584	4.113
		Frauen	560.860	424.569	136.291	524.863	392.696	132.167	35.997	31.873	4.124
30.06.2009	Deutschland	Insgesamt	7.590.383	5.275.805	2.314.578	7.191.748	4.931.783	2.259.965	398.635	344.022	54.613
		Männer	2.784.367	1.801.817	982.550	2.593.049	1.637.616	955.433	191.318	164.201	27.117
		Frauen	4.806.016	3.473.988	1.332.028	4.598.699	3.294.167	1.304.532	207.317	179.821	27.496
	Alte Länder (ohne Berlin)	Insgesamt	6.600.702	4.529.984	2.070.718	6.279.255	4.253.362	2.025.893	321.447	276.622	44.825
		Männer	2.368.288	1.462.937	885.351	2.213.572	1.350.687	862.885	154.716	132.250	22.466
		Frauen	4.232.414	3.047.047	1.185.367	4.065.683	2.902.675	1.163.008	166.731	144.372	22.359
	Neue Länder (inkl. Berlin)	Insgesamt	989.681	745.821	243.860	912.493	678.421	234.072	77.188	67.400	9.788
		Männer	416.079	318.880	97.199	379.477	288.928	92.548	36.602	31.951	4.651
		Frauen	573.602	426.941	146.661	533.016	391.492	141.524	40.586	35.449	5.137
30.06.2010	Deutschland	Insgesamt	7.683.964	5.271.189	2.412.775	7.274.398	4.916.487	2.357.911	409.566	354.702	54.864
		Männer	2.857.537	1.827.515	1.030.022	2.658.658	1.656.334	1.002.324	198.879	171.181	27.698
		Frauen	4.826.427	3.443.674	1.382.753	4.615.740	3.260.153	1.355.587	210.687	183.521	27.166
	Alte Länder (ohne Berlin)	Insgesamt	6.680.714	4.524.742	2.155.972	6.349.219	4.238.509	2.110.710	331.495	286.233	45.262
		Männer	2.432.149	1.506.089	926.060	2.271.709	1.368.582	903.127	160.440	137.507	22.933
		Frauen	4.248.565	3.018.653	1.229.912	4.077.510	2.869.927	1.207.583	171.055	148.726	22.329
	Neue Länder (inkl. Berlin)	Insgesamt	1.003.250	746.447	256.803	925.179	677.978	247.201	78.071	68.469	9.602
		Männer	425.388	321.426	103.962	386.949	287.752	99.197	38.439	33.674	4.765
		Frauen	577.862	425.021	152.841	538.230	390.226	148.004	39.632	34.795	4.837

© Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Tabelle 4b: Geringfügig Beschäftigte nach Geschlecht; Veränderung zum Vorjahr (in Prozent)

Stichtag	Region (Arbeitsort)	Geschlecht	geringfügig Beschäftigte (GB)			davon					
						geringf. entlohnte Beschäftigte (GeB)			Kurzfristig Beschäftigte (KfB)		
			Insgesamt	davon		Insgesamt	davon		Insgesamt	davon	
				ausschließl. GB	im Nebenjob GB		ausschließl. GeB	im Nebenjob GeB		ausschließl. KfB	im Nebenjob KfB
			1	2	3	4	5	6	7	8	9
30.06.2005	Deutschland	Insgesamt	0,1	-1,3	4,4	0,4	-1,2	4,9	-3,9	-2,5	-13,4
		Männer	0,1	-1,0	2,9	0,6	-0,7	3,6	-5,2	-3,7	-14,3
		Frauen	0,2	-1,4	5,5	0,3	-1,4	6,0	-2,6	-1,2	-12,4
	Alte Länder (ohne Berlin)	Insgesamt	1,0	-0,3	4,8	1,2	-0,3	5,4	-2,7	-1,0	-12,9
		Männer	1,4	0,4	3,5	2,0	0,8	4,2	-4,5	-2,8	-14,3
		Frauen	0,7	-0,7	5,8	0,8	-0,8	6,3	-0,7	0,9	-11,4
	Neue Länder (inkl. Berlin)	Insgesamt	-5,0	-6,5	0,8	-4,7	-6,3	1,6	-8,6	-7,7	-15,9
		Männer	-6,4	-7,2	-2,8	-6,2	-7,2	-2,1	-8,0	-7,2	-14,3
		Frauen	-4,0	-5,9	3,4	-3,6	-5,6	4,3	-9,2	-8,2	-17,4
30.06.2006	Deutschland	Insgesamt	3,6	2,0	8,4	4,0	2,2	8,7	-2,0	-1,9	-2,5
		Männer	3,5	1,4	8,3	4,2	2,0	8,7	-3,8	-3,8	-3,5
		Frauen	3,7	2,3	8,5	3,9	2,4	8,7	-0,1	0,1	-1,5
	Alte Länder (ohne Berlin)	Insgesamt	3,6	1,8	8,7	3,9	1,9	9,0	-0,6	-0,3	-2,8
		Männer	3,7	1,3	8,5	4,2	1,7	8,9	-2,3	-2,1	-3,9
		Frauen	3,6	2,0	8,8	3,7	2,0	9,0	1,2	1,6	-1,7
	Neue Länder (inkl. Berlin)	Insgesamt	3,8	3,1	6,4	4,9	4,4	6,7	-7,4	-8,0	-0,8
		Männer	2,6	1,6	6,8	4,1	3,2	7,2	-9,7	-10,6	-1,2
		Frauen	4,7	4,3	6,2	5,5	5,2	6,4	-5,1	-5,5	-0,4
30.06.2007	Deutschland	Insgesamt	2,4	0,6	7,4	2,5	0,6	7,3	2,1	0,8	11,4
		Männer	2,5	-0,3	8,2	2,6	-0,3	8,2	0,7	-0,5	9,1
		Frauen	2,4	1,1	6,8	2,4	1,0	6,6	3,4	2,1	13,8
	Alte Länder (ohne Berlin)	Insgesamt	2,7	0,7	7,7	2,7	0,7	7,6	2,7	1,4	11,9
		Männer	2,9	-0,1	8,6	3,1	-0,1	8,6	1,3	0,0	10,0
		Frauen	2,6	1,1	6,9	2,5	1,0	6,8	4,2	2,9	13,9
	Neue Länder (inkl. Berlin)	Insgesamt	0,8	-0,3	5,3	1,0	-0,2	5,1	-0,8	-1,8	8,9
		Männer	-0,2	-1,5	4,8	-0,1	-1,4	4,8	-1,9	-2,7	4,5
		Frauen	1,6	0,5	5,5	1,7	0,7	5,3	0,3	-1,0	13,4
30.06.2008	Deutschland	Insgesamt	2,2	0,0	7,6	2,3	0,0	7,8	-0,4	0,0	-3,7
		Männer	2,7	0,2	7,5	3,0	0,3	7,8	-0,1	0,2	-2,1
		Frauen	1,8	-0,1	7,6	2,0	-0,1	7,9	-0,7	-0,1	-5,3
	Alte Länder (ohne Berlin)	Insgesamt	2,4	0,3	7,6	2,5	0,2	7,9	0,7	1,5	-4,9
		Männer	3,1	0,6	7,6	3,3	0,5	7,9	0,9	1,6	-3,5
		Frauen	2,0	0,1	7,6	2,1	0,0	7,9	0,4	1,5	-6,5
	Neue Länder (inkl. Berlin)	Insgesamt	0,5	-1,4	7,5	1,0	-1,0	7,7	-5,2	-6,2	3,1
		Männer	0,4	-1,5	7,3	0,9	-1,0	7,4	-4,8	-6,0	5,5
		Frauen	0,7	-1,4	7,7	1,1	-1,0	7,9	-5,7	-6,4	0,8
30.06.2009	Deutschland	Insgesamt	1,6	0,9	3,1	1,8	1,0	2,9	1,2	-0,3	11,5
		Männer	1,6	2,4	0,2	1,9	3,0	0,0	-2,2	-3,5	6,5
		Frauen	1,6	0,2	5,4	1,4	0,0	5,2	4,5	2,9	16,9
	Alte Länder (ohne Berlin)	Insgesamt	1,4	0,8	2,7	1,5	1,0	2,6	-0,9	-2,4	10,0
		Männer	1,2	2,2	-0,3	1,7	3,1	-0,4	-4,5	-6,0	5,2
		Frauen	1,5	0,1	5,1	1,4	0,1	4,9	2,7	1,0	15,3
	Neue Länder (inkl. Berlin)	Insgesamt	2,9	1,8	6,5	2,3	1,1	6,0	10,8	9,7	18,8
		Männer	3,8	3,5	4,8	3,3	3,0	4,4	8,6	8,0	13,1
		Frauen	2,3	0,6	7,6	1,6	-0,3	7,1	12,7	11,2	24,6
30.06.2010	Deutschland	Insgesamt	1,2	-0,1	4,2	1,1	-0,3	4,3	2,7	3,1	0,5
		Männer	2,6	1,4	4,8	2,5	1,1	4,9	4,0	4,3	2,1
		Frauen	0,4	-0,9	3,8	0,4	-1,0	3,9	1,6	2,1	-1,2
	Alte Länder (ohne Berlin)	Insgesamt	1,2	-0,1	4,1	1,1	-0,3	4,2	3,1	3,5	1,0
		Männer	2,7	1,6	4,6	2,6	1,3	4,7	3,7	4,0	2,1
		Frauen	0,4	-0,9	3,8	0,3	-1,1	3,8	2,6	3,0	-0,1
	Neue Länder (inkl. Berlin)	Insgesamt	1,4	0,1	5,3	1,4	-0,1	5,6	1,1	1,6	-1,9
		Männer	2,2	0,8	7,0	2,0	0,3	7,2	5,0	5,4	2,5
		Frauen	0,7	-0,4	4,2	1,0	-0,3	4,6	-2,4	-1,8	-5,8

© Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Tabelle 6: Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Midijobber nach Geschlecht und Ausbildung

Stichtag	Region (Arbeitsort)	Geschlecht	Midijobber					davon									
								Gleitzone					Mischfall				
				davon				davon					davon				
			Insgesamt	mit Berufsausbildung	ohne Berufsausbildung	Fach- und Hochschulabschluss	ohne Angabe / keine Zuord.mögl.	Insgesamt	mit Berufsausbildung	ohne Berufsausbildung	Fach- und Hochschulabschluss	ohne Angabe / keine Zuord.mögl.	Insgesamt	mit Berufsausbildung	ohne Berufsausbildung	Fach- und Hochschulabschluss	ohne Angabe / keine Zuord.mögl.
			1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
30.06.2004	Deutschland	Insgesamt	733.875	295.255	138.763	18.579	281.278	373.732	141.762	61.812	8.714	161.344	360.143	153.493	76.851	9.865	119.934
		Männer	174.091	44.164	43.929	6.667	79.331	101.297	26.348	22.015	3.193	49.741	72.794	17.816	21.914	3.474	29.590
		Frauen	559.784	251.091	94.834	11.912	201.947	272.435	115.414	39.797	5.521	111.603	287.349	135.677	54.937	6.391	90.344
	Alte Länder (ohne Berlin)	Insgesamt	577.338	219.293	119.279	15.619	223.147	281.731	98.371	50.675	7.085	125.600	295.607	120.922	68.604	8.534	97.547
		Männer	132.795	30.262	36.008	5.536	60.989	73.955	17.152	17.049	2.565	37.189	58.840	13.110	18.959	2.971	23.800
		Frauen	444.543	189.031	83.271	10.083	162.158	207.776	81.219	33.626	4.520	88.411	236.767	107.812	49.645	5.563	73.747
	Neue Länder (inkl. Berlin)	Insgesamt	156.537	75.962	19.484	2.960	58.131	92.001	43.391	11.237	1.629	35.744	64.536	32.571	8.247	1.331	22.387
		Männer	41.296	13.902	7.921	1.131	18.342	27.342	9.196	4.966	628	12.552	13.954	4.706	2.955	503	5.790
		Frauen	115.241	62.060	11.563	1.829	39.789	64.659	34.195	6.271	1.001	23.192	50.582	27.865	5.292	828	16.597
30.06.2005	Deutschland	Insgesamt	946.208	386.128	165.325	24.419	370.336	524.595	205.361	78.585	13.091	227.558	421.613	180.767	86.740	11.328	142.778
		Männer	234.507	63.803	52.717	8.434	109.553	143.582	40.067	27.487	4.650	71.378	90.925	23.736	25.230	3.784	38.175
		Frauen	711.701	322.325	112.608	15.985	260.783	381.013	165.294	51.098	8.441	156.180	330.688	157.031	61.510	7.544	104.603
	Alte Länder (ohne Berlin)	Insgesamt	734.627	283.991	142.173	19.987	288.476	394.266	144.951	64.910	10.227	174.178	340.361	139.040	77.263	9.760	114.298
		Männer	175.347	43.498	43.236	6.785	81.828	103.214	26.557	21.417	3.564	51.676	72.133	16.941	21.819	3.221	30.152
		Frauen	559.280	240.493	98.937	13.202	206.648	291.052	118.394	43.493	6.663	122.502	268.228	122.099	55.444	6.539	84.146
	Neue Länder (inkl. Berlin)	Insgesamt	211.581	102.137	23.152	4.432	81.860	130.329	60.410	13.675	2.864	53.380	81.252	41.727	9.477	1.568	28.480
		Männer	59.160	20.305	9.481	1.649	27.725	40.368	13.510	6.070	1.086	19.702	18.792	6.795	3.411	563	8.023
		Frauen	152.421	81.832	13.671	2.783	54.135	89.961	46.900	7.605	1.778	33.678	62.460	34.932	6.066	1.005	20.457
30.06.2006	Deutschland	Insgesamt	1.087.537	441.384	180.103	28.922	437.128	625.132	242.414	88.611	16.147	277.960	462.405	198.970	91.492	12.775	159.168
		Männer	271.846	72.566	58.622	9.550	131.108	170.347	45.777	31.240	5.487	87.843	101.499	26.789	27.382	4.063	43.265
		Frauen	815.691	368.818	121.481	19.372	306.020	454.785	196.637	57.371	10.660	190.117	360.906	172.181	64.110	8.712	115.903
	Alte Länder (ohne Berlin)	Insgesamt	845.285	328.700	154.156	23.172	341.257	473.029	173.896	73.166	12.351	213.616	372.256	152.804	80.990	10.821	127.641
		Männer	202.769	49.863	47.859	7.456	97.591	123.324	31.100	24.429	4.045	63.750	79.445	18.763	23.430	3.411	33.841
		Frauen	642.516	278.837	106.297	15.716	243.666	349.705	142.796	48.737	8.306	149.866	292.811	134.041	57.560	7.410	93.800
	Neue Länder (inkl. Berlin)	Insgesamt	242.252	114.684	25.947	5.750	95.871	152.103	68.518	15.445	3.796	64.344	90.149	46.166	10.502	1.954	31.527
		Männer	69.077	22.703	10.763	2.094	33.517	47.023	14.677	6.811	1.442	24.093	22.054	8.026	3.952	652	9.424
		Frauen	173.175	91.981	15.184	3.656	62.354	105.080	53.841	8.634	2.354	40.251	68.095	38.140	6.550	1.302	22.103
30.06.2007	Deutschland	Insgesamt	1.184.932	471.923	194.713	32.293	486.003	681.704	257.629	94.545	17.902	311.628	513.228	214.294	100.168	14.391	184.375
		Männer	296.365	75.858	82.925	10.578	147.004	184.249	47.322	33.461	5.999	97.467	112.116	28.536	29.464	4.579	49.537
		Frauen	888.567	396.065	131.788	21.715	348.999	497.455	210.307	61.084	11.903	214.161	401.112	185.758	70.704	9.812	134.838
	Alte Länder (ohne Berlin)	Insgesamt	929.388	350.452	166.353	25.923	386.660	517.197	185.608	78.281	13.703	239.605	412.191	164.844	88.072	12.220	147.055
		Männer	220.198	52.084	51.373	8.294	108.447	133.262	31.940	26.278	4.449	70.595	86.936	20.144	25.095	3.845	37.852
		Frauen	709.190	298.368	114.980	17.629	278.213	383.935	153.668	52.003	9.254	169.010	325.255	144.700	62.977	8.375	109.203
	Neue Länder (inkl. Berlin)	Insgesamt	265.544	121.471	28.360	6.370	109.343	164.507	72.021	16.264	4.199	72.023	101.037	49.450	12.096	2.171	37.320
		Männer	76.167	23.774	11.552	2.284	38.557	50.987	15.382	7.183	1.550	26.872	25.180	8.392	4.369	734	11.685
		Frauen	189.377	97.697	16.808	4.086	70.786	113.520	56.639	9.081	2.649	45.151	75.857	41.058	7.727	1.437	25.635

Tabelle 6: Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Midijobber nach Geschlecht und Ausbildung

Stichtag	Region (Arbeitsort)	Geschlecht	Midijobber					davon									
								Gleitzone					Mischfall				
				davon					davon					davon			
			Insgesamt	mit Berufsausbildung	ohne Berufsausbildung	Fach- und Hochschulabschluss	ohne Angabe / keine Zuord.mögl.	Insgesamt	mit Berufsausbildung	ohne Berufsausbildung	Fach- und Hochschulabschluss	ohne Angabe / keine Zuord.mögl.	Insgesamt	mit Berufsausbildung	ohne Berufsausbildung	Fach- und Hochschulabschluss	ohne Angabe / keine Zuord.mögl.
			1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
30.06.2008	Deutschland	Insgesamt	1.241.435	481.649	199.024	34.140	526.622	712.286	282.989	98.123	18.649	332.525	529.149	218.660	100.901	15.491	194.097
		Männer	308.950	78.087	64.491	11.227	155.165	194.634	48.902	35.869	6.190	103.673	114.316	29.185	28.622	5.037	51.492
		Frauen	932.485	403.562	134.533	22.913	371.457	517.652	214.087	62.254	12.459	228.852	414.833	189.485	72.279	10.454	142.605
	Alte Länder (ohne Berlin)	Insgesamt	961.621	356.442	168.648	27.198	409.333	536.470	187.614	80.328	14.209	254.319	425.151	168.828	88.320	12.989	155.014
		Männer	226.536	52.158	52.141	8.716	113.521	138.606	31.746	27.945	4.579	74.336	87.930	20.412	24.196	4.137	39.185
		Frauen	735.085	304.284	116.507	18.482	295.812	397.864	155.868	52.383	9.630	179.983	337.221	148.416	64.124	8.852	115.829
	Neue Länder (inkl. Berlin)	Insgesamt	279.814	125.207	30.376	6.942	117.289	175.816	75.375	17.795	4.440	78.206	103.998	49.832	12.581	2.502	39.083
		Männer	82.414	25.929	12.350	2.511	41.644	56.028	17.156	7.924	1.611	29.337	26.388	8.753	4.426	900	12.307
		Frauen	197.400	99.298	18.026	4.431	75.645	119.788	58.219	9.871	2.829	48.869	77.612	41.079	8.155	1.602	26.776
30.06.2009	Deutschland	Insgesamt	1.280.369	484.414	200.466	36.949	558.540	741.823	266.610	100.736	20.380	354.097	538.546	217.804	99.730	16.569	204.443
		Männer	324.184	79.837	66.025	12.280	166.252	204.857	48.869	37.412	6.922	111.654	119.337	30.768	28.613	5.358	54.598
		Frauen	956.175	404.777	134.441	24.669	392.288	536.966	217.741	63.324	13.458	242.443	419.209	187.036	71.117	11.211	149.845
	Alte Länder (ohne Berlin)	Insgesamt	988.662	355.932	169.737	29.021	433.972	559.865	190.494	82.841	15.400	271.130	428.797	165.438	86.896	13.621	162.842
		Männer	237.552	52.940	53.506	9.402	121.704	148.870	31.978	29.398	5.085	80.409	90.682	20.962	24.108	4.317	41.295
		Frauen	751.110	302.992	116.231	19.619	312.268	412.995	158.516	53.443	10.315	190.721	338.115	144.476	62.788	9.304	121.547
	Neue Länder (inkl. Berlin)	Insgesamt	291.707	128.482	30.729	7.928	124.568	181.958	76.116	17.895	4.980	82.967	109.749	52.368	12.834	2.948	41.601
		Männer	86.642	26.897	12.519	2.878	44.548	57.987	16.891	8.014	1.837	31.245	28.655	9.806	4.505	1.041	13.303
		Frauen	205.065	101.785	18.210	5.050	80.020	123.971	59.225	9.881	3.143	51.722	81.094	42.560	8.329	1.907	28.298
30.06.2010	Deutschland	Insgesamt	1.318.823	485.515	203.077	40.791	589.540	762.494	265.244	101.557	22.645	373.048	556.429	220.271	101.520	18.146	216.492
		Männer	338.731	80.800	67.508	13.884	176.739	213.751	49.151	38.162	7.775	118.663	124.980	31.449	29.346	6.109	58.076
		Frauen	980.192	404.915	135.569	26.907	412.801	548.743	216.093	63.395	14.870	254.385	431.449	188.822	72.174	12.037	158.416
	Alte Länder (ohne Berlin)	Insgesamt	1.019.906	357.900	171.030	31.736	459.240	579.011	191.783	83.648	17.078	286.502	440.895	166.117	87.382	14.658	172.738
		Männer	247.351	53.173	54.326	10.478	129.374	153.713	32.410	30.166	5.682	85.455	93.638	20.763	24.160	4.796	43.919
		Frauen	772.555	304.727	116.704	21.258	329.866	425.298	159.373	53.482	11.396	201.047	347.257	145.354	63.222	9.862	128.819
	Neue Länder (inkl. Berlin)	Insgesamt	299.017	127.615	32.047	9.055	130.300	183.483	73.461	17.909	5.567	86.546	115.534	54.154	14.138	3.488	43.754
		Männer	91.380	27.427	13.182	3.406	47.365	60.038	16.741	7.996	2.093	33.208	31.342	10.686	5.186	1.313	14.157
		Frauen	207.637	100.188	18.865	5.649	82.935	123.445	56.720	9.913	3.474	53.338	84.192	43.468	8.952	2.175	29.597

Bis zum Ablauf von drei Jahren nach Auswertungsstichtag bzw. -zeitraum haben Ergebnisse aus der Beschäftigungsstatistik den Status "vorläufig"

© Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Deutschland, alte Länder (ohne Berlin) u. neue Länder (inkl. Berlin) - Arbeitsort

Tabelle 11: Sozialversicherungspflichtig und geringfügig Beschäftigte nach Ländern und Kreisen (Arbeitsort)

Region (Arbeitsort) Stichtag 31.12.2010	Siedlungsstruktureller Kreistyp	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	geringfügig Beschäftigte (GB)			Anteil ausschl. GB an sv-pfl. BS + ausschl. GB	Anteil GB im Nebenjob an sv-pfl. BS
			Insgesamt	davon			
				ausschließl. GB	im Nebenjob GB		
		1	2	3	4	5	6
Deutschland		**26.033.420**	**7.679.775**	**5.170.410**	**2.509.365**	**15,6**	**9,0**
Westdeutschland		**22.716.291**	**6.691.758**	**4.448.808**	**2.242.950**	**16,4**	**9,9**
Ostdeutschland		**5.316.129**	**988.017**	**721.602**	**266.415**	**11,9**	**5,0**
davon nach Ländern							
01 Schleswig-Holstein		829.257	268.318	183.505	84.811	18,1	10,2
07 Rheinland-Pfalz		1.231.530	398.184	270.891	127.293	18,0	10,3
05 Nordrhein-Westfalen		5.922.760	1.862.735	1.301.708	561.027	18,0	9,5
03 Niedersachsen		2.491.517	783.657	531.500	252.157	17,6	9,3
10 Saarland		355.999	101.279	72.007	29.272	16,8	8,2
08 Baden-Württemberg		3.939.207	1.191.394	745.331	446.063	15,9	11,3
09 Bayern		4.604.812	1.273.324	803.049	470.275	14,8	10,2
06 Hessen		2.217.159	589.054	386.043	203.011	14,8	9,2
04 Bremen		280.334	74.959	50.170	24.789	14,7	8,5
12 Brandenburg		750.916	146.648	109.189	37.459	12,7	5,0
13 Mecklenburg-Vorpommern		513.150	96.613	72.920	23.693	12,4	4,6
14 Sachsen		1.418.782	265.358	196.096	69.262	12,1	4,9
11 Berlin		1.142.302	222.075	153.195	68.880	11,8	6,0
16 Thüringen		741.351	132.204	95.565	36.639	11,4	4,9
15 Sachsen-Anhalt		751.618	125.119	94.637	30.482	11,2	4,1
02 Hamburg		832.716	168.856	104.604	64.252	11,2	7,7
davon nach siedlungsstrukturellen Kreistypen [1]							
Typ 1 Kernstädte im Regionstyp I (Agglomerationsraum)		6.207.495	1.870.751	1.236.845	633.906	13,1	7,7
Typ 2 Hochverdichtete Kreise im Regionstyp I (Agglomerationsraum)		4.416.834	1.388.047	921.920	466.127	17,3	10,6
Typ 3 Verdichtete Kreise im Regionstyp I (Agglomerationsraum)		1.716.395	536.934	362.220	174.714	17,4	10,2
Typ 4 Ländliche Kreise im Regionstyp I (Agglomerationsraum)		795.218	208.093	145.621	62.472	15,5	7,9
Typ 5 Kernstädte im Regionstyp II (Verstädterter Raum)		2.414.620	591.075	403.664	187.411	14,3	7,8
Typ 6 Verdichtete Kreise im Regionstyp II (Verstädterter Raum)		4.853.685	1.535.329	1.031.935	503.394	17,5	10,4
Typ 7 Ländliche Kreise im Regionstyp II (Verstädterter Raum)		2.373.795	683.489	472.785	210.704	16,6	8,9
Typ 8 Ländliche Kreise höherer Dichte im Regionstyp III (Ländlicher Raum)		2.223.034	603.673	408.451	195.222	15,5	8,8
Typ 9 Ländliche Kreise geringerer Dichte im Regionstyp III (Ländlicher Raum)		1.032.384	282.384	186.969	75.415	15,3	7,3
davon nach Landkreisen							
01001 Flensburg, Stadt	5	37.245	11.035	7.577	3.458	16,9	9,3
01002 Kiel, Landeshauptstadt	5	105.999	28.291	19.381	8.910	15,5	8,4
01003 Lübeck, Hansestadt	5	84.882	23.375	15.980	7.395	15,8	8,7
01004 Neumünster, Stadt	6	32.147	8.893	6.117	2.776	16,0	8,6
01051 Dithmarschen	9	34.449	12.015	8.799	3.216	20,3	9,3
01053 Herzogtum Lauenburg	4	40.637	14.209	9.673	4.536	19,2	11,2
01054 Nordfriesland	9	48.299	16.814	11.222	5.592	18,9	11,2
01055 Ostholstein	7	48.283	17.097	12.175	4.922	20,1	10,2
01056 Pinneberg	2	79.603	25.774	16.774	9.000	17,4	11,3
01057 Plön	7	23.159	10.002	7.036	2.966	23,3	12,8
01058 Rendsburg-Eckernförde	6	86.383	23.750	16.564	7.186	20,0	10,8
01059 Schleswig-Flensburg	8	45.382	16.745	11.743	5.002	20,8	11,0
01060 Segeberg	3	76.381	23.951	15.181	8.770	16,8	11,5
01061 Steinburg	8	33.757	11.722	8.101	3.621	19,4	10,7
01062 Stormarn	3	72.671	24.843	17.182	7.661	19,1	10,5
02000 Hamburg, Freie und Hansestadt	1	832.716	168.856	104.604	64.252	11,2	7,7
03101 Braunschweig, Stadt	5	111.721	25.900	17.521	8.379	13,6	7,5
03102 Salzgitter, Stadt	5	44.458	6.978	4.961	2.017	10,0	4,5
03103 Wolfsburg, Stadt	5	101.263	10.093	7.032	3.061	6,5	3,0
03151 Gifhorn	7	34.245	12.000	8.694	3.306	20,2	9,7
03152 Göttingen	8	92.545	25.612	17.188	8.424	15,7	9,1
03153 Goslar	8	41.837	11.972	8.485	3.487	16,9	8,3
03154 Helmstedt	7	19.068	5.818	4.316	1.502	18,5	7,9
03155 Northeim	7	39.648	11.233	8.078	3.155	16,9	8,0
03156 Osterode am Harz	7	23.829	6.025	4.424	1.601	15,7	6,7
03157 Peine	6	28.230	10.283	7.057	3.226	20,0	11,4
03158 Wolfenbüttel	6	21.336	8.069	5.775	2.294	21,3	10,8
03241 Region Hannover	2	438.777	107.151	70.665	36.486	13,9	8,3
03251 Diepholz	4	57.435	22.963	15.433	7.530	21,2	13,1
03252 Hameln-Pyrmont	8	47.252	13.181	9.174	4.007	16,3	8,5

Tabelle 11: Sozialversicherungspflichtig und geringfügig Beschäftigte nach Ländern und Kreisen (Arbeitsort)

Region (Arbeitsort) Stichtag 31.12.2010	Siedlungsstruktureller Kreistyp	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	geringfügig Beschäftigte (GB)			Anteil ausschl GB an sv-pfl BS + ausschl. GB	Anteil GB im Nebenjob an sv-pfl BS
			insgesamt	davon ausschließl GB	davon im Nebenjob GB		
		1	2	3	4	5	6
03254 Hildesheim	6	81 301	25 046	17 820	7 226	18,0	8,9
03255 Holzminden	7	19 736	5.840	4 287	1 553	17,8	7,9
03256 Nienburg (Weser)	4	32 555	10.558	7 448	3 110	18,6	9,6
03257 Schaumburg	3	37 292	14.031	10 160	3 871	21,4	10,4
03351 Celle	6	49.228	14 406	9.976	4 430	16,9	9,0
03352 Cuxhaven	7	39.917	16.296	11 726	4.568	22,7	11,4
03353 Harburg	3	48.795	19.485	13.231	6 254	21,3	12,8
03354 Lüchow-Dannenberg	9	12.214	3 753	2.666	1 087	17,8	8,9
03355 Lüneburg	8	49 019	15.005	10.022	4.983	17,0	10,2
03356 Osterholz	3	22.029	9 549	6 680	2 869	23,3	13,0
03357 Rotenburg (Wümme)	4	46.102	17 658	12.109	5 549	20,8	12,0
03358 Soltau-Fallingbostel	9	40 899	13 827	9.630	4 197	19,1	10,3
03359 Stade	3	53.589	18 528	13 288	5 240	18,9	9,8
03360 Uelzen	9	25 415	7 763	5.428	2 335	17,8	9,2
03361 Verden	3	40.400	12 485	8.218	4 247	18,9	10,5
03401 Delmenhorst, Stadt	4	18.254	10.274	7 152	3 122	28,2	17,1
03402 Emden, Stadt	6	29.044	6.317	4 816	1.501	14,2	5,2
03403 Oldenburg (Oldenburg), Stadt	5	72.465	21 729	14.725	7 004	18,9	9,7
03404 Osnabrück, Stadt	5	82.505	25.652	17 047	8.605	17,1	10,4
03405 Wilhelmshaven, Stadt	6	26 885	8 239	6 087	2 152	18,5	8,0
03451 Ammerland	6	33.867	11 557	7.909	3 648	18,9	10,8
03452 Aurich	6	45.663	17.922	13 857	4.065	23,3	8,9
03453 Cloppenburg	7	48.296	17 194	12.233	4 961	20,2	10,3
03454 Emsland	6	108 683	37.687	27 653	10.034	20,7	9,4
03455 Friesland	6	23 999	8.797	6.472	2 325	21,2	9,7
03456 Grafschaft Bentheim	5	39.243	18 206	13 166	5 040	25,1	12,8
03457 Leer	6	36 873	17 454	13 549	3 905	25,9	10,1
03458 Oldenburg	7	29.435	11.051	7.256	3.795	19,8	12,9
03459 Osnabrück	6	102 736	37 124	25.293	11 831	19,8	11,5
03460 Vechta	6	55.283	19.958	13.183	6 775	19,3	12,3
03461 Wesermarsch	7	25.701	7 430	5 319	2 111	17,1	8,2
03462 Wittmund	7	12 448	5 377	4.088	1 289	24,7	10,4
04011 Bremen, Stadt	1	243.301	83.211	42 084	21.127	14,7	8,7
04012 Bremerhaven, Stadt	5	47.033	11 748	8.086	3 662	14,7	7,8
05111 Düsseldorf, Stadt	1	364 788	78.876	49 916	27.060	12,0	7,4
05112 Duisburg, Stadt	1	157 412	40 002	29 163	10 839	15,6	6,9
05113 Essen, Stadt	1	221 810	60 994	43 167	17 827	16,3	8,0
05114 Krefeld, Stadt	1	81.796	22.221	15.238	6.983	15,7	8,5
05116 Mönchengladbach, Stadt	1	84 593	27.660	19.373	8.287	18,6	9,8
05117 Mülheim an der Ruhr, Stadt	1	55.146	16.888	12.055	4 833	17,9	8,8
05118 Oberhausen, Stadt	1	59 835	21.767	15 878	5 889	21,0	9,8
05120 Remscheid, Stadt	1	40 478	12.392	8.374	4.018	17,1	9,9
05122 Solingen, Stadt	1	45.556	14 350	9.616	4 734	17,4	10,4
05124 Wuppertal, Stadt	1	113 679	33.446	22.686	10 760	16,6	9,4
05154 Kleve	3	78 530	35 318	25 527	9 791	24,5	12,5
05158 Mettmann	2	167 057	47 882	31.702	16.180	15,9	9,7
05162 Rhein-Kreis Neuss	2	128 885	37.723	25.778	11 945	16,7	9,3
05166 Viersen	2	79.658	29.485	20 282	9.213	20,3	11,6
05170 Wesel	2	117 739	46.142	35 991	12.151	23,4	10,3
05314 Bonn, Stadt	1	157 517	37 037	24.234	12 803	13,3	8,1
05315 Köln, Stadt	1	473.261	120 943	80.081	40.862	14,5	8,6
05316 Leverkusen, Stadt	1	60.955	13.366	9.293	4 073	13,2	6,7
05334 Städteregion Aachen	2	185.408	66.715	47 327	19 388	20,3	10,5
05358 Düren	3	72 410	27 130	19.266	7 864	21,0	10,9
05362 Rhein-Erft-Kreis	2	121 145	43 669	29 192	14 477	19,4	12,0
05366 Euskirchen	3	48.256	18.062	12 626	5 436	20,7	11,3
05370 Heinsberg	2	55.138	25 958	18 425	8 533	26,1	11,8
05374 Oberbergischer Kreis	2	88 159	28 612	19 548	9 063	18,1	10,3
05378 Rheinisch-Bergischer Kreis	2	68 818	26.396	17.891	8 505	21,1	12,7
05382 Rhein-Sieg-Kreis	2	132.325	58 190	39 545	18 645	23,0	14,1
05512 Bottrop, Stadt	1	31 308	10 458	7.993	2 465	20,3	7,9

Tabelle 11: Sozialversicherungspflichtig und geringfügig Beschäftigte nach Ländern und Kreisen (Arbeitsort)

Region (Arbeitsort) Stichtag 31.12.2010	Siedlungsstruktureller Kreistyp	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	geringfügig Beschäftigte (GB)			Anteil ausschl GB an sv-pfl BS + ausschl GB	Anteil GB im Nebenjob an sv-pfl BS
			insgesamt	davon ausschließl GB	davon im Nebenjob GB		
		1	2	3	4	5	6
05513 Gelsenkirchen, Stadt	1	73.357	24.611	18.676	5.935	20,3	8,1
05515 Münster, Stadt	5	142.881	39.959	26.847	13.112	15,8	9,2
05554 Borken	6	118.252	48.894	35.079	13.815	22,9	11,7
05558 Coesfeld	6	55.532	22.274	15.905	6.369	22,3	11,5
05562 Recklinghausen	2	147.280	54.462	41.555	12.907	22,0	8,8
05566 Steinfurt	6	129.678	50.066	35.759	14.307	21,6	11,0
05570 Warendorf	6	79.072	28.735	20.305	8.430	20,4	10,7
05711 Bielefeld, Stadt	1	130.536	34.868	22.477	12.391	14,7	9,5
05754 Gütersloh	2	141.196	40.276	26.090	14.186	15,6	10,0
05758 Herford	2	84.529	23.431	15.346	8.085	15,4	9,6
05762 Höxter	7	39.167	13.193	9.791	3.402	20,0	8,7
05766 Lippe	3	100.935	28.904	20.193	8.711	16,7	8,6
05770 Minden-Lübbecke	3	111.693	30.081	20.260	9.821	15,4	8,8
05774 Paderborn	6	103.523	34.886	24.048	10.839	18,8	10,5
05911 Bochum, Stadt	1	122.880	37.154	26.599	10.555	17,8	8,6
05913 Dortmund, Stadt	1	203.945	68.753	52.499	16.254	20,5	8,0
05914 Hagen, Stadt	1	66.752	19.712	13.869	5.843	17,2	8,8
05915 Hamm, Stadt	1	50.905	17.685	12.880	4.775	20,2	9,4
05916 Herne, Stadt	1	44.883	11.184	8.388	2.796	15,7	6,2
05954 Ennepe-Ruhr-Kreis	2	95.472	26.574	20.078	6.496	17,4	8,9
05958 Hochsauerlandkreis	7	90.012	34.654	24.025	10.629	21,1	11,8
05962 Märkischer Kreis	2	144.875	43.421	30.175	13.246	17,2	9,1
05966 Olpe	6	49.798	17.414	12.076	5.338	19,5	10,7
05970 Siegen-Wittgenstein	6	103.051	34.956	24.137	10.819	19,0	10,5
05974 Soest	6	96.597	33.252	23.608	9.644	19,6	10,0
05978 Unna	2	108.518	39.582	29.884	9.698	21,9	9,1
06411 Darmstadt, Wissenschaftsstadt	1	88.371	20.347	12.967	7.380	12,8	8,4
06412 Frankfurt am Main, Stadt	1	495.366	75.911	44.952	30.959	8,3	6,2
06413 Offenbach am Main, Stadt	1	45.380	10.716	6.729	3.987	12,9	8,8
06414 Wiesbaden, Landeshauptstadt	1	122.957	26.369	16.059	10.310	11,6	8,4
06431 Bergstraße	2	63.223	24.454	16.573	7.881	20,8	12,5
06432 Darmstadt-Dieburg	2	93.072	24.575	15.851	8.724	20,1	13,8
06433 Groß-Gerau	2	88.227	21.908	13.071	8.837	12,8	9,9
06434 Hochtaunuskreis	2	78.443	20.973	12.998	7.975	14,2	10,2
06435 Main-Kinzig-Kreis	3	113.573	35.321	23.517	11.804	17,2	10,4
06436 Main-Taunus-Kreis	2	83.705	18.933	11.631	7.302	12,2	8,7
06437 Odenwaldkreis	3	23.525	8.392	5.154	3.238	20,7	13,8
06438 Offenbach	2	102.557	33.669	22.072	11.597	17,7	11,3
06439 Rheingau-Taunus-Kreis	3	37.794	15.831	10.306	5.525	21,4	14,6
06440 Wetteraukreis	3	73.690	25.458	17.148	8.310	18,8	11,2
06531 Gießen	6	88.218	30.036	20.231	9.805	19,0	11,4
06532 Lahn-Dill-Kreis	6	83.082	27.615	18.891	8.724	18,5	10,5
06533 Limburg-Weilburg	6	45.794	17.872	12.588	5.288	21,6	11,5
06534 Marburg-Biedenkopf	6	80.985	24.731	16.897	7.834	17,3	9,7
06535 Vogelsbergkreis	7	27.163	9.947	7.005	2.942	20,5	10,8
06611 Kassel, documenta-Stadt	5	98.553	24.982	17.051	7.931	14,7	8,0
06631 Fulda	6	76.909	23.732	16.699	7.033	17,5	8,9
06632 Hersfeld-Rotenburg	6	43.746	10.249	7.238	3.011	14,2	6,9
06633 Kassel	6	85.403	18.413	12.934	5.479	16,5	8,4
06634 Schwalm-Eder-Kreis	7	46.406	14.670	10.626	4.244	18,6	9,1
06635 Waldeck-Frankenberg	7	54.047	14.897	10.089	4.808	15,7	8,9
06636 Werra-Meißner-Kreis	7	25.788	7.853	5.768	2.085	18,3	8,1
07111 Koblenz, kreisfreie Stadt	5	65.476	14.642	9.499	5.143	12,7	7,9
07131 Ahrweiler	6	28.647	12.772	8.827	3.945	23,6	13,8
07132 Altenkirchen (Westerwald)	6	32.956	14.214	10.121	4.093	23,5	12,4
07133 Bad Kreuznach	6	46.568	16.062	11.068	4.994	19,2	10,7
07134 Birkenfeld	7	24.701	7.752	5.312	2.440	17,7	9,9
07135 Cochem-Zell	7	16.811	6.238	4.306	1.930	20,4	11,5
07137 Mayen-Koblenz	6	55.191	23.333	16.580	6.753	23,1	12,2
07138 Neuwied	6	53.665	16.115	10.718	5.397	16,6	10,0
07140 Rhein-Hunsrück-Kreis	7	30.818	11.042	7.392	3.650	19,3	11,8

Tabelle 11: Sozialversicherungspflichtig und geringfügig Beschäftigte nach Ländern und Kreisen (Arbeitsort)

Region (Arbeitsort) Stichtag 31.12.2010	Siedlungsstruktureller Kreistyp	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	geringfügig Beschäftigte (GB)			Anteil ausschl GB an sv-pfl BS + ausschl GB	Anteil GB im Nebenjob an sv-pfl BS
			Insgesamt	davon ausschließl GB	davon im Nebenjob GB		
		1	2	3	4	5	6
07141 Rhein-Lahn-Kreis	6	27.975	11.224	7.567	3.657	21,3	13,1
07143 Westerwaldkreis	6	59.321	22.134	14.902	7.232	20,1	12,2
07211 Trier, kreisfreie Stadt	5	52.235	16.448	11.505	4.943	18,0	9,5
07231 Bernkastel-Wittlich	7	34.622	11.636	8.018	3.618	18,8	10,5
07232 Eifelkreis Bitburg-Prüm	7	24.936	9.410	6.482	2.928	20,6	11,7
07233 Vulkaneifel	7	16.695	6.719	4.671	2.048	21,8	12,3
07235 Trier-Saarburg	7	24.602	16.471	12.168	4.303	33,1	17,5
07311 Frankenthal (Pfalz), kr f. St.	2	15.629	3.983	2.691	1.292	14,7	8,3
07312 Kaiserslautern, kreisfr. Stadt	6	50.394	13.696	9.196	4.500	15,4	8,9
07313 Landau in der Pfalz, kr f. St.	3	19.331	5.248	3.420	1.828	15,0	9,5
07314 Ludwigshafen am Rhein, Stadt	1	91.136	14.578	9.684	4.894	9,6	5,4
07315 Mainz, kreisfreie Stadt	5	102.958	24.524	15.453	9.071	13,1	8,8
07316 Neustadt an der Weinstraße,St	3	15.532	5.268	3.580	1.688	18,7	10,9
07317 Pirmasens, kreisfreie Stadt	6	19.174	4.446	3.133	1.313	14,0	6,8
07318 Speyer, kreisfreie Stadt	2	24.400	5.760	3.739	2.021	13,3	8,3
07319 Worms, kreisfreie Stadt	6	29.007	7.973	5.332	2.641	15,5	9,1
07320 Zweibrücken, kreisfreie Stadt	6	14.291	3.630	2.539	1.091	15,1	7,6
07331 Alzey-Worms	6	26.843	10.385	6.857	3.528	20,5	13,2
07332 Bad Dürkheim	3	27.214	10.879	7.309	3.570	21,2	13,1
07333 Donnersbergkreis	7	19.279	5.942	4.068	1.874	17,4	9,7
07334 Germersheim	3	39.791	10.085	6.677	3.408	14,4	8,6
07335 Kaiserslautern	6	21.621	7.784	5.375	2.409	19,9	11,1
07336 Kusel	7	12.264	5.523	3.992	1.531	24,6	12,5
07337 Südliche Weinstraße	3	24.176	9.326	6.248	3.078	20,5	12,7
07338 Rhein-Pfalz-Kreis	2	23.576	11.171	7.901	3.270	25,1	13,9
07339 Mainz-Bingen	6	45.756	15.953	10.364	5.589	18,5	12,2
07340 Südwestpfalz	6	13.939	5.820	4.197	1.623	23,1	11,6
08111 Stuttgart, Landeshauptstadt	1	347.390	69.414	40.804	28.610	10,5	8,2
08115 Böblingen	2	154.875	40.392	24.912	15.480	13,9	10,0
08116 Esslingen	2	179.619	51.911	31.291	20.620	14,8	11,5
08117 Göppingen	2	77.594	23.513	14.765	8.748	16,0	11,3
08118 Ludwigsburg	2	168.028	50.125	29.827	20.298	15,1	12,1
08119 Rems-Murr-Kreis	2	125.787	43.905	26.955	16.950	17,6	13,5
08121 Heilbronn, Stadt	5	61.781	34.128	25.386	8.742	29,1	14,1
08125 Heilbronn	6	109.737	30.400	18.541	11.859	14,5	10,8
08126 Hohenlohekreis	7	47.135	11.369	6.878	4.491	12,7	9,5
08127 Schwäbisch Hall	7	68.648	21.018	13.262	7.756	16,2	11,3
08128 Main-Tauber-Kreis	7	47.558	14.569	9.741	4.828	17,0	10,2
08135 Heidenheim	6	46.243	13.182	8.075	5.087	14,9	11,0
08136 Ostalbkreis	6	108.532	31.280	20.172	11.108	15,8	10,4
08211 Baden-Baden, Stadt	2	30.502	7.619	4.650	2.969	13,2	9,7
08212 Karlsruhe, Stadt	1	160.545	38.340	23.986	14.354	13,0	8,9
08215 Karlsruhe	2	130.769	50.020	29.863	20.157	18,6	15,4
08216 Rastatt	2	78.489	21.400	13.200	8.200	14,4	10,4
08221 Heidelberg, Stadt	1	80.555	20.105	13.306	6.799	14,2	8,4
08222 Mannheim, Universitätsstadt	1	166.911	38.551	24.381	14.170	12,7	8,5
08225 Neckar-Odenwald-Kreis	4	40.685	12.842	8.545	4.397	17,4	10,8
08226 Rhein-Neckar-Kreis	2	144.178	51.014	33.668	17.346	18,9	12,0
08231 Pforzheim, Stadt	5	50.269	13.845	8.516	5.329	14,5	10,6
08235 Calw	6	40.608	14.165	8.606	5.559	17,5	13,7
08236 Enzkreis	6	51.781	16.534	10.069	6.465	16,3	12,5
08237 Freudenstadt	7	41.528	13.070	8.237	4.833	16,6	11,6
08311 Freiburg im Breisgau, Stadt	5	105.436	32.340	20.760	11.580	16,5	11,0
08315 Breisgau-Hochschwarzwald	6	67.586	25.411	15.944	9.467	18,1	14,0
08316 Emmendingen	6	43.331	16.538	10.125	6.413	18,9	14,8
08317 Ortenaukreis	6	152.687	46.900	29.679	17.221	16,3	11,3
08325 Rottweil	6	48.380	16.538	10.014	6.524	16,9	13,2
08326 Schwarzwald-Baar-Kreis	6	76.452	25.089	15.177	9.912	16,6	13,0
08327 Tuttlingen	6	53.932	16.445	10.286	6.159	16,0	11,4
08335 Konstanz	6	85.012	32.277	21.109	11.168	19,9	13,1
08336 Lörrach	6	67.682	22.199	14.705	7.494	17,6	11,1

Tabelle 11: Sozialversicherungspflichtig und geringfügig Beschäftigte nach Ländern und Kreisen (Arbeitsort)

Region (Arbeitsort) Stichtag 31.12.2010	Siedlungsstruktureller Kreistyp	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	geringfügig Beschäftigte (GB)			Anteil ausschl GB an sv-pfl BS + ausschl GB	Anteil GB im Nebenjob an sv-pfl. BS
			Insgesamt	davon ausschließl GB	davon im Nebenjob GB		
		1	2	3	4	5	6
08337 Waldshut	7	46.317	17.226	12.000	5.226	20,6	11,3
08415 Reutlingen	6	96.222	30.545	18.248	12.297	15,9	12,8
08416 Tübingen	6	65.776	23.686	15.284	8.602	18,9	13,1
08417 Zollernalbkreis	6	59.602	19.474	11.517	7.957	16,1	13,3
08421 Ulm, Universitätsstadt	5	82.822	24.791	15.732	9.059	15,9	10,9
08425 Alb-Donau-Kreis	7	47.915	17.337	10.423	6.914	17,9	14,4
08426 Biberach	7	68.301	20.458	12.545	7.913	15,5	11,6
08435 Bodenseekreis	6	75.343	22.165	13.628	8.537	15,3	11,3
08436 Ravensburg	6	96.287	35.228	21.938	13.290	18,6	13,8
08437 Sigmaringen	7	41.105	13.756	8.581	5.175	17,3	12,6
09161 Ingolstadt, Stadt	5	81.401	14.819	9.236	5.383	10,2	6,6
09162 München, Stadt	1	698.572	149.831	84.301	65.330	10,8	9,4
09163 Rosenheim, Stadt	5	30.153	9.640	6.127	3.513	16,9	11,7
09171 Altötting	5	41.046	10.573	6.799	3.774	14,2	9,2
09172 Berchtesgadener Land	5	29.975	10.282	6.843	3.439	18,8	11,5
09173 Bad Tölz-Wolfratshausen	5	31.452	12.758	7.624	5.134	19,5	16,3
09174 Dachau	3	31.604	14.707	8.421	6.286	21,0	19,9
09175 Ebersberg	3	31.706	11.219	6.693	4.526	17,4	14,3
09176 Eichstätt	7	30.894	10.117	6.744	3.373	18,0	11,0
09177 Erding	4	30.443	12.753	7.430	5.323	19,6	17,5
09178 Freising	3	75.617	16.700	9.464	7.236	11,1	9,6
09179 Fürstenfeldbruck	2	40.357	17.634	10.488	7.146	20,6	17,7
09180 Garmisch-Partenkirchen	9	24.070	9.918	6.212	3.706	20,5	15,4
09181 Landsberg am Lech	4	29.980	10.581	6.667	3.914	18,2	13,1
09182 Miesbach	5	28.584	9.998	5.992	4.006	17,3	14,0
09183 Mühldorf a. Inn	5	31.944	11.441	6.879	4.562	17,7	14,3
09184 München	2	178.550	38.030	22.276	15.754	11,1	8,8
09185 Neuburg-Schrobenhausen	7	27.863	8.976	5.702	3.274	17,0	11,8
09186 Pfaffenhofen a. d. Ilm	6	31.945	9.856	6.230	3.426	16,3	10,7
09187 Rosenheim	5	68.339	23.715	14.683	9.032	18,1	13,6
09188 Starnberg	3	39.628	12.695	7.705	4.990	16,3	12,6
09189 Traunstein	5	55.229	17.279	10.906	6.373	16,5	11,5
09190 Weilheim-Schongau	5	40.702	12.725	8.006	4.719	16,4	11,6
09261 Landshut, Stadt	5	32.295	12.058	8.566	3.492	21,0	10,8
09262 Passau, Stadt	5	33.453	9.144	6.405	2.739	16,1	8,2
09263 Straubing, Stadt	5	26.031	6.887	4.421	2.466	14,5	9,5
09271 Deggendorf	5	41.241	11.101	7.361	3.740	15,1	9,1
09272 Freyung-Grafenau	9	19.159	7.085	5.212	1.873	21,4	9,8
09273 Kelheim	7	32.258	10.967	7.301	3.666	18,5	11,4
09274 Landshut	5	37.476	13.898	8.893	5.005	19,2	13,4
09275 Passau	5	47.458	15.920	11.028	4.892	18,9	10,3
09276 Regen	9	21.652	6.734	4.978	1.756	18,7	8,1
09277 Rottal-Inn	9	33.082	11.184	7.411	3.773	18,3	11,4
09278 Straubing-Bogen	5	19.480	6.734	4.485	2.249	18,7	11,5
09279 Dingolfing-Landau	5	42.334	10.006	6.503	3.503	13,3	8,3
09361 Amberg, Stadt	5	23.182	5.234	3.614	1.620	13,5	7,0
09362 Regensburg, Stadt	5	100.739	24.337	15.953	8.384	13,7	8,3
09363 Weiden i. d. OPf., Stadt	9	25.039	8.893	6.250	2.643	20,0	10,6
09371 Amberg-Sulzbach	5	23.952	7.175	4.781	2.394	16,6	10,0
09372 Cham	7	42.727	11.873	8.367	3.506	16,4	8,2
09373 Neumarkt i. d. OPf.	7	39.771	11.162	7.597	3.565	16,0	9,0
09374 Neustadt a. d. Waldnaab	9	25.105	6.260	4.214	2.046	14,4	8,1
09375 Regensburg	7	36.489	12.431	8.179	4.252	18,3	11,7
09376 Schwandorf	9	46.330	12.219	8.323	3.896	15,2	8,4
09377 Tirschenreuth	9	20.664	5.604	3.994	1.610	16,2	7,8
09461 Bamberg, Stadt	6	48.315	11.713	7.919	3.794	14,1	7,9
09462 Bayreuth, Stadt	5	41.573	10.054	6.582	3.472	13,7	8,4
09463 Coburg, Stadt	6	30.870	4.581	2.928	1.653	8,7	5,4
09464 Hof, Stadt	5	22.825	6.129	4.077	2.052	15,2	9,0
09471 Bamberg	6	30.551	10.867	7.178	3.689	19,0	12,1
09472 Bayreuth	5	21.270	6.536	4.339	2.197	16,8	10,3

Tabelle 11: Sozialversicherungspflichtig und geringfügig Beschäftigte nach Ländern und Kreisen (Arbeitsort)

Region (Arbeitsort) Stichtag 31.12.2010	Siedlungsstruktureller Kreistyp	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	geringfügig Beschäftigte (GB)			Anteil ausschl GB an sv-pfl BS + ausschl GB	Anteil GB im Nebenjob an sv-pfl BS
			Insgesamt	davon ausschließl GB	davon im Nebenjob GB		
		1	2	3	4	5	6
09473 Coburg	6	26 028	5 269	3 374	1 895	11,5	7,3
09474 Forchheim	6	24 041	7 786	5 029	2 757	17,3	11,5
09475 Hof	6	32 271	8 071	3 956	2 115	10,9	6,6
09476 Kronach	7	24 360	5 492	3.629	1.863	13,0	7,6
09477 Kulmbach	6	24 982	6 741	4 552	2.189	15,4	8,8
09478 Lichtenfels	7	26 030	6 342	4 110	2.232	13,6	8,6
09479 Wunsiedel i Fichtelgebirge	6	25.807	5 297	3.558	1 739	12,1	6,7
09561 Ansbach, Stadt	6	24.773	5 784	3 619	2 175	12,7	8,8
09562 Erlangen, Stadt	1	83 918	13 430	8 756	4 674	9,4	5,6
09563 Fürth, Stadt	1	39 136	9 358	5 639	3 719	12,6	9,5
09564 Nürnberg, Stadt	1	267.487	58.348	35 453	23 893	11,7	8,9
09565 Schwabach, Stadt	3	13 407	3 622	2 241	1.381	14,3	10,3
09571 Ansbach	6	51 741	14 381	9 274	5 107	15,2	9,9
09572 Erlangen-Höchstadt	3	39.687	9 556	6 005	3 551	13,1	9,0
09573 Fürth	2	21.146	7 199	4 475	2.724	17,5	12,9
09574 Nürnberger Land	3	46.088	14.165	9 980	5 185	16,3	11,3
09575 Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsh	6	27 100	9 040	5.699	3 341	17,4	12,3
09576 Roth	3	30.887	9 521	6 106	3 415	16,5	11,1
09577 Weißenburg-Gunzenhausen	6	27 381	8 304	5 325	2 979	16,3	10,9
09661 Aschaffenburg, Stadt	6	44 966	12 517	8.104	4 413	15,3	9,8
09662 Schweinfurt, Stadt	6	50.812	7 821	5 310	2.511	9,5	4,9
09663 Würzburg, Stadt	5	76 835	19.922	13 360	6 562	14,5	8,3
09671 Aschaffenburg	6	45.341	17.296	11 127	6 169	19,7	13,6
09672 Bad Kissingen	9	30 102	11 384	8 150	3.234	21,3	10,7
09673 Rhön-Grabfeld	9	28 203	7 050	4 874	2 176	14,7	7,7
09674 Haßberge	9	23.505	9 968	6 972	2.996	22,9	12,7
09675 Kitzingen	7	26 736	9 115	6.041	3 074	18,4	11,5
09676 Miltenberg	6	36.673	13.555	8 885	4 670	19,5	12,7
09677 Main-Spessart	7	41 993	11 791	8.048	3 742	16,1	8,9
09678 Schweinfurt	6	20 971	7.945	5.328	2.617	20,3	12,5
09679 Würzburg	6	32 744	12 689	8.235	4 454	20,1	13,6
09761 Augsburg, Stadt	5	127 474	32 894	20 383	12.511	13,6	9,8
09762 Kaufbeuren, Stadt	6	15.201	4.936	3 096	1.840	16,9	12,1
09763 Kempten (Allgäu), Stadt	6	34 177	10.561	6.490	4 071	16,0	11,9
09764 Memmingen, Stadt	7	27.009	7.589	4 810	2.759	15,1	10,2
09771 Aichach-Friedberg	6	29 142	11 926	7 461	4 465	20,4	15,3
09772 Augsburg	6	58 310	21 670	13 098	8 572	18,3	14,7
09773 Dillingen a d Donau	7	27.488	8.710	5 397	3 313	16,4	12,1
09774 Günzburg	6	42 710	12 130	7.372	4 758	14,7	11,1
09775 Neu-Ulm	6	54 171	16.627	10 169	6.458	15,8	11,9
09776 Lindau (Bodensee)	6	26.040	7 706	4 803	2.903	15,6	11,1
09777 Ostallgäu	6	38 994	12 370	7.763	4 607	16,6	11,8
09778 Unterallgäu	7	40 313	13 182	8 470	4 712	17,4	11,7
09779 Donau-Ries	7	51 673	17.184	11 762	5.432	18,5	10,5
09780 Oberallgäu	6	42.029	15.647	9 471	6.176	18,4	14,7
10041 Regionalverband Saarbrücken	1	141 909	39.678	27 781	11 897	16,4	8,4
10042 Merzig-Wadern	3	26 017	8 975	6 477	2 498	18,8	8,9
10043 Neunkirchen	2	33 993	11.478	8.414	3 065	19,8	9,0
10044 Saarlouis	2	68.006	19.094	13 687	5 407	18,8	8,0
10045 Saarpfalz-Kreis	2	60 725	13 833	9 673	4 160	13,7	6,9
10046 St. Wendel	3	23.348	8 220	5 975	2 245	20,4	9,6
11000 Berlin, Stadt	1	1 142 302	222 075	153 195	68 880	11,8	6,0
12051 Brandenburg an der Havel, St	4	26.707	4.078	3 090	988	10,4	3,7
12052 Cottbus, Stadt	5	47 301	9 742	7 340	2 402	13,4	5,1
12053 Frankfurt (Oder), Stadt	4	28.787	5 248	3 899	1 348	11,9	4,7
12054 Potsdam, Stadt	1	75.202	19 834	14 316	5 518	16,0	7,3
12060 Barnim	4	43 154	8.640	6 243	2 397	12,8	5,6
12061 Dahme-Spreewald	4	51 668	7 553	5.452	2 101	9,5	4,1
12062 Elbe-Elster	7	29.810	5 419	4 242	1 177	12,4	3,9
12063 Havelland	4	37 100	13 216	10 540	2 676	22,1	7,2
12064 Märkisch-Oderland	4	42 968	8 925	6 571	2 354	13,3	5,5

Tabelle 11: Sozialversicherungspflichtig und geringfügig Beschäftigte nach Ländern und Kreisen (Arbeitsort)

Region (Arbeitsort) Stichtag 31.12.2010	Siedlungsstruktureller Kreistyp	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	geringfügig Beschäftigte (GB)			Anteil ausschl. GB an sv-pfl. BS + ausschl. GB	Anteil GB im Nebenjob an sv-pfl. BS
			insgesamt	davon ausschließl. GB	davon im Nebenjob GB		
		1	2	3	4	5	6
12065 Oberhavel	4	49 003	9 797	7 012	2 785	12,5	5,7
12066 Oberspreewald-Lausitz	7	34 978	6 242	4 937	1 305	12,4	3,7
12067 Oder-Spree	4	48 392	8 679	6 502	2 177	11,6	4,4
12068 Ostprignitz-Ruppin	8	32 047	5 359	4 015	1 344	11,1	4,2
12069 Potsdam-Mittelmark	4	53 217	9 696	6 934	2 762	11,5	5,2
12070 Prignitz	8	25 999	3 776	2 781	995	9,7	3,8
12071 Spree-Neiße	7	34 997	5 851	4 456	1 395	11,3	4,0
12072 Teltow-Fläming	4	52 501	7 962	5 657	2 305	9,7	4,4
12073 Uckermark	8	35 977	6 630	5 202	1 428	12,6	4,0
13001 Greifswald, Hansestadt	9	24 605	4 423	3 280	1 143	11,8	4,6
13002 Neubrandenburg, Stadt	9	32 770	4 966	3 552	1 414	9,8	4,3
13003 Rostock, Hansestadt	5	78 246	13 518	10 218	3 300	11,6	4,2
13004 Schwerin, Landeshauptstadt	5	47 125	7 921	5 775	2 146	10,9	4,6
13005 Stralsund, Hansestadt	9	22 684	4 014	3 104	910	12,0	4,0
13006 Wismar, Hansestadt	8	16 082	2 733	2 097	636	11,5	4,0
13051 Bad Doberan	7	31 615	7 342	5 569	1 773	15,0	5,6
13052 Demmin	9	19 890	3 443	2 717	726	12,0	3,7
13053 Güstrow	7	27 804	5 145	3 952	1 193	12,4	4,3
13054 Ludwigslust	9	35 342	5 993	4 281	1 712	10,8	4,8
13055 Mecklenburg-Strelitz	8	16 693	3 896	2 990	906	15,2	5,4
13056 Müritz	9	20 003	3 120	2 385	735	10,7	3,7
13057 Nordvorpommern	8	23 710	4 752	3 623	1 129	13,3	4,8
13058 Nordwestmecklenburg	8	25 827	5 255	3 856	1 399	13,1	5,5
13059 Ostvorpommern	9	27 402	5 252	3 996	1 256	12,7	4,6
13060 Parchim	9	24 625	7 851	6 362	1 489	20,5	6,0
13061 Rügen	9	20 082	3 752	2 704	1 048	11,9	5,2
13062 Uecker-Randow	9	18 845	3 237	2 459	778	11,5	4,1
14511 Chemnitz, Stadt	5	107 835	22 781	17 126	5 653	13,7	5,2
14521 Erzgebirgskreis	6	107 406	18 094	13 881	5 213	11,4	4,8
14522 Mittelsachsen	6	104 850	17 528	12 972	4 556	11,0	4,3
14523 Vogtlandkreis	6	76 003	13 386	9 440	3 826	11,0	5,2
14524 Zwickau	6	118 402	19 987	14 588	5 399	11,0	4,6
14612 Dresden, Stadt	1	226 760	37 996	27 247	10 749	10,7	4,7
14625 Bautzen	8	100 738	18 489	14 921	4 568	12,9	4,5
14626 Görlitz	8	77 365	13 781	10 518	3 263	12,0	4,2
14627 Meißen	3	80 801	12 812	9 411	3 401	10,4	4,2
14628 Sächs. Schweiz-Osterzgebirge	3	69 142	13 298	9 495	3 803	12,1	5,5
14713 Leipzig, Stadt	1	216 189	50 576	38 156	12 422	15,0	5,7
14729 Leipzig	3	68 678	12 288	9 076	3 213	11,7	4,7
14730 Nordsachsen	4	64 622	12 359	9 263	3 096	12,5	4,8
15001 Dessau-Roßlau, Stadt	8	34 122	4 218	3 160	1 059	8,5	3,1
15002 Halle (Saale), Stadt	5	81 986	18 666	14 217	4 449	13,4	4,8
15003 Magdeburg, Landeshauptstadt	5	104 026	17 122	12 332	4 790	10,8	4,6
15081 Altmarkkreis Salzwedel	9	26 656	5 640	4 104	1 536	13,3	5,8
15082 Anhalt-Bitterfeld	8	55 467	7 938	6 003	1 935	9,5	3,5
15083 Börde	7	54 278	7 932	5 845	2 087	9,7	3,8
15084 Burgenlandkreis	7	52 628	9 348	7 261	2 087	12,2	3,9
15085 Harz	7	66 652	12 443	9 394	3 049	12,0	4,4
15086 Jerichower Land	7	26 896	4 444	3 391	1 053	11,2	3,9
15087 Mansfeld-Südharz	7	39 145	6 062	4 798	1 264	10,9	3,2
15088 Saalekreis	7	64 267	9 541	7 266	2 275	10,2	3,5
15089 Salzlandkreis	6	59 384	9 516	7 391	2 127	11,1	3,6
15090 Stendal	9	34 751	6 126	4 709	1 419	11,9	4,1
15091 Wittenberg	9	38 318	6 118	4 746	1 372	10,8	3,5
16051 Erfurt, Stadt	5	99 130	21 282	15 339	5 943	13,4	6,0
16052 Gera, Stadt	5	35 752	7 462	5 607	1 855	13,6	5,2
16053 Jena, Stadt	5	48 266	9 305	7 068	2 236	12,5	4,5
16054 Suhl, Stadt	8	15 712	2 746	1 938	808	11,0	5,1
16055 Weimar, Stadt	6	22 627	4 453	3 222	1 231	12,4	5,4
16056 Eisenach, Stadt	8	22 309	2 938	2 035	903	8,4	4,0
16061 Eichsfeld	8	31 555	5 688	4 033	1 656	11,3	5,2

Tabelle 11: Sozialversicherungspflichtig und geringfügig Beschäftigte nach Ländern und Kreisen (Arbeitsort)

Region (Arbeitsort) Stichtag 31 12 2010	Siedlungs-struktureller Kreistyp	Sozialver-sicherungs-pflichtig Beschäftigte	geringfügig Beschäftigte (GB)			Anteil ausschl GB an sv-pfl BS + ausschl GB	Anteil GB im Nebenjob an sv-pfl. BS
			Insgesamt	davon			
				ausschließl GB	im Nebenjob GB		
		1	2	3	4	5	6
16062 Nordhausen	6	27 071	4 441	3.354	1 087	11,0	4,0
16063 Wartburgkreis	6	37.884	5.864	4.153	1.711	9,9	4,5
16064 Unstrut-Hainich-Kreis	6	31 535	5.288	3.840	1 448	10,9	4,6
16065 Kyffhäuserkreis	6	19 162	3.332	2.506	826	11,6	4,3
16066 Schmalkalden-Meiningen	6	41 152	8 321	5 956	2.365	12,6	5,7
16067 Gotha	6	45 351	7.282	5 154	2 128	10,2	4,7
16068 Sömmerda	7	20 446	3 169	2.358	811	10,3	4,0
16069 Hildburghausen	6	19 105	3 087	2.094	993	9,9	5,2
16070 Ilm-Kreis	7	35 532	6 139	4.488	1 651	11,2	4,6
16071 Weimarer Land	6	23.323	3.916	2 815	1.101	10,8	4,7
16072 Sonneberg	6	19 981	3 504	2.301	1 203	10,3	6,0
16073 Saalfeld-Rudolstadt	7	34 960	5 929	4 173	1 756	10,7	5,0
16074 Saale-Holzland-Kreis	7	25 327	4 077	2.957	1 120	10,5	4,4
16075 Saale-Orla-Kreis	7	29 463	4 509	3 143	1 366	9,6	4,6
16076 Greiz	7	27 923	4 685	3 383	1 302	10,7	4,7
16077 Altenburger Land	6	26 475	4 806	3 667	1 139	12,2	4,3

1) Siedlungsstrukturelle Kreistypen des Bundesinstituts für Bau, Stadt- und Raumforschung (BBSR)

© Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Tabelle 27a: Sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigte nach Wirtschaftszweigen 1995-1998

Wirtschaftszweige - WS 73	Geschlecht	sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigte am Stichtag...			
		30.06.1995	30.06.1996	30.06.1997	30.06.1998
Insgesamt	Insgesamt	24.658.344	24.164.701	23.658.427	23.421.766
	Männer	15.552.081	15.239.286	14.945.736	14.814.494
	Frauen	9.106.263	8.925.415	8.712.691	8.607.272
00-03 Land-u.Forstw.,Tierh.u.Fischer	Insgesamt	368.524	351.349	349.306	344.382
	Männer	258.232	247.887	246.912	245.690
	Frauen	110.292	103.462	102.394	98.692
04-08 Energiew.u.Wasservers., Bergb.	Insgesamt	492.622	464.925	439.753	421.904
	Männer	420.199	396.675	374.921	359.295
	Frauen	72.423	68.250	64.832	62.609
09-58 Verarbeitendes Gewerbe	Insgesamt	8.167.776	7.917.410	7.721.975	7.698.293
	Männer	6.176.584	6.017.104	5.896.416	5.896.740
	Frauen	1.991.192	1.900.306	1.825.559	1.802.553
59-61 Baugewerbe	Insgesamt	2.360.658	2.244.062	2.122.361	1.989.205
	Männer	2.157.047	2.048.306	1.935.282	1.813.095
	Frauen	203.611	195.756	187.079	176.110
62 Handel	Insgesamt	3.093.375	3.046.259	2.988.395	2.951.832
	Männer	1.694.504	1.686.721	1.660.735	1.645.409
	Frauen	1.398.871	1.359.538	1.327.660	1.306.423
63-68 Verkehr u.Nachrichtenübermitt.	Insgesamt	1.352.097	1.269.059	1.279.420	1.276.344
	Männer	1.031.038	976.804	977.082	977.226
	Frauen	321.059	292.255	302.338	299.118
69 Kredit- u.Versicherungsgewerbe	Insgesamt	934.591	920.942	907.998	902.198
	Männer	466.903	464.486	461.890	459.040
	Frauen	467.688	456.456	446.108	443.158
70-86 Dienstleist., soweit n.genannt	Insgesamt	5.644.670	5.740.645	5.743.463	5.823.608
	Männer	2.288.977	2.354.588	2.382.403	2.445.394
	Frauen	3.355.693	3.386.057	3.361.060	3.378.214
87-90 Org.o.Erwerbschar.u. priv. H.	Insgesamt	568.779	581.749	573.827	570.892
	Männer	237.382	245.003	244.279	246.514
	Frauen	331.397	336.746	329.548	324.378
91-94 Gebietskörper.u.Sozialvers.	Insgesamt	1.673.404	1.626.080	1.529.960	1.440.898
	Männer	820.360	800.654	764.924	725.559
	Frauen	853.044	825.426	765.036	715.339
Keine Zuordnung möglich	Insgesamt	1.848	2.221	1.969	1.210
	Männer	855	1.058	892	532
	Frauen	993	1.163	1.077	678

© Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Tabelle 27b: Sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigte nach Wirtschaftsabschnitten 1999-2002

Wirtschaftsabschnitte 1999 - 2002 = WZ93	Geschlecht	sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigte am Stichtag ... nach Wirtschaftsabschnitten der WZ93			
		30.06.1999	30.06.2000	30.06.2001	30.06.2002
Insgesamt	Insgesamt	23.800.647	23.890.002	23.688.614	23.307.945
	Männer	14.951.789	14.988.705	14.828.758	14.534.508
	Frauen	8.848.858	8.901.297	8.859.856	8.773.437
A Land- und Forstwirtschaft	Insgesamt	331.841	322.294	309.135	304.918
	Männer	239.710	233.982	224.782	222.822
	Frauen	92.131	88.312	84.353	82.096
B Fischerei und Fischzucht	Insgesamt	2.865	2.608	2.560	2.430
	Männer	2.356	2.140	2.099	1.976
	Frauen	509	468	461	454
C Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	Insgesamt	157.974	147.770	134.658	127.299
	Männer	144.954	135.240	122.975	116.034
	Frauen	13.020	12.530	11.683	11.265
D Verarbeitendes Gewerbe	Insgesamt	6.890.197	6.918.340	6.930.962	6.777.741
	Männer	5.196.960	5.221.743	5.239.337	5.141.509
	Frauen	1.693.237	1.696.597	1.691.625	1.636.232
E Energie- und Wasserversorgung	Insgesamt	274.842	264.968	245.423	237.910
	Männer	223.958	214.754	197.608	190.406
	Frauen	50.884	50.214	47.815	47.504
F Baugewerbe	Insgesamt	2.294.646	2.155.959	1.961.437	1.813.747
	Männer	2.071.486	1.946.342	1.767.655	1.632.616
	Frauen	223.160	209.617	193.782	181.131
G Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern	Insgesamt	3.408.197	3.425.974	3.379.645	3.330.558
	Männer	1.992.234	2.005.713	1.977.278	1.946.517
	Frauen	1.415.963	1.420.261	1.402.367	1.384.041
H Gastgewerbe	Insgesamt	623.150	635.026	638.451	644.094
	Männer	272.712	279.822	284.110	288.456
	Frauen	350.438	355.204	354.341	355.638
I Verkehr und Nachrichtenübermittlung	Insgesamt	1.314.180	1.345.645	1.370.926	1.349.418
	Männer	1.002.074	1.022.722	1.037.050	1.022.205
	Frauen	312.106	322.923	333.876	327.214
J Kredit- und Versicherungsgewerbe	Insgesamt	922.639	931.229	927.647	923.117
	Männer	466.005	469.645	467.400	466.384
	Frauen	456.834	461.584	460.247	456.733
K Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen	Insgesamt	2.315.304	2.507.236	2.607.054	2.610.357
	Männer	1.347.235	1.467.877	1.534.788	1.531.744
	Frauen	968.069	1.039.359	1.072.266	1.078.613
L Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	Insgesamt	1.387.992	1.357.128	1.323.645	1.301.822
	Männer	694.436	679.958	663.020	653.612
	Frauen	693.556	677.170	660.625	648.210
M Erziehung und Unterricht	Insgesamt	677.013	678.880	675.503	680.035
	Männer	275.444	279.557	284.117	289.704
	Frauen	401.569	399.323	391.386	390.331
N Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	Insgesamt	2.157.595	2.151.739	2.143.325	2.170.745
	Männer	520.468	524.470	524.685	532.038
	Frauen	1.637.127	1.627.269	1.618.640	1.638.707
O Erbringung von sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen	Insgesamt	979.698	986.327	980.284	983.568
	Männer	473.927	478.396	475.790	476.082
	Frauen	505.771	507.931	504.494	507.486
P Private Haushalte	Insgesamt	26.146	26.121	25.741	23.189
	Männer	4.177	4.304	4.271	3.835
	Frauen	21.969	21.817	21.470	19.354

Tabelle 27b: Sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigte nach Wirtschaftsabschnitten 1999-2002

Wirtschaftsabschnitte 1999 - 2002 = WZ93	Geschlecht	sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigte am Stichtag ... nach Wirtschaftsabschnitten der WZ93			
		30.06.1999	30.06.2000	30.06.2001	30.06.2002
Q Exterritoriale Organisationen und Körperschaften	Insgesamt	27.465	25.874	25.273	25.412
	Männer	19.108	17.979	17.593	17.574
	Frauen	8.357	7.895	7.680	7.838
9 Keine Zuordnung möglich	Insgesamt	8.703	6.884	6.945	1.584
	Männer	4.545	4.061	4.200	994
	Frauen	4.158	2.823	2.745	590

© Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Tabelle 27c: Sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigte nach Wirtschaftsabschnitten 2003-2008

Wirtschaftsabschnitte 2003 - 2008 = WZ2003	Geschlecht	sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigte am Stichtag . . nach Wirtschaftsabschnitten der WZ2003					
		30.06.2003	30.06.2004	30.06.2005	30.06.2006	30.06.2007	30.06.2008
Insgesamt	Insgesamt	22 657 574	22 201 871	21 802 121	21 814 511	22 070 081	22 442 897
	Männer	14 116 383	13 677 188	13 622 758	13 696 820	13 866 382	14 234 381
	Frauen	8 541 191	8 524 683	8 179 363	8 117 691	8 083 719	8 208 516
A Land- und Forstwirtschaft	Insgesamt	295 410	288 057	281 758	284 513	289 809	293 542
	Männer	217 096	211 467	207 957	210 955	215 602	217 402
	Frauen	78 314	76 590	73 801	73 558	74 207	76 140
B Fischerei und Fischzucht	Insgesamt	2 414	2 351	2 350	2 284	2 274	2 368
	Männer	1 955	1 891	1 895	1 820	1 815	1 901
	Frauen	459	460	455	464	459	467
C Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	Insgesamt	118 750	112 324	106 086	103 421	101 286	98 428
	Männer	108 256	102 662	96 961	94 558	92 959	91 017
	Frauen	10 494	9 662	9 125	8 863	8 339	8 411
D Verarbeitendes Gewerbe	Insgesamt	6 555 696	6 402 627	6 276 764	6 202 314	6 287 325	6 408 524
	Männer	4 988 144	4 895 084	4 812 427	4 788 148	4 856 919	4 958 977
	Frauen	1 567 552	1 507 543	1 464 337	1 433 166	1 430 406	1 449 547
E Energie- und Wasserversorgung	Insgesamt	232 135	229 508	227 784	226 699	235 619	238 560
	Männer	184 816	183 334	181 321	180 189	188 491	190 863
	Frauen	47 319	46 174	46 443	46 510	47 128	48 697
F Baugewerbe	Insgesamt	1 883 464	1 583 587	1 482 684	1 470 561	1 476 490	1 484 938
	Männer	1 515 467	1 425 427	1 332 788	1 325 423	1 332 240	1 320 592
	Frauen	167 997	158 160	149 895	145 138	144 250	144 346
G Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern	Insgesamt	3 205 554	3 125 887	3 083 342	3 058 954	3 067 251	3 093 662
	Männer	1 881 418	1 846 732	1 824 781	1 819 290	1 842 237	1 857 197
	Frauen	1 324 136	1 279 155	1 258 561	1 237 664	1 225 014	1 236 465
H Gastgewerbe	Insgesamt	617 777	607 023	602 451	602 583	614 716	621 325
	Männer	277 738	275 472	276 024	277 017	282 864	285 507
	Frauen	340 039	331 551	326 427	325 566	331 852	335 818
I Verkehr und Nachrichtenübermittlung	Insgesamt	1 318 095	1 296 592	1 294 802	1 314 638	1 351 462	1 378 673
	Männer	1 001 922	993 923	994 230	1 011 853	1 047 024	1 067 401
	Frauen	314 173	304 668	300 572	302 785	304 438	309 472
J Kredit- und Versicherungsgewerbe	Insgesamt	893 348	863 187	848 880	822 315	798 772	783 334
	Männer	452 124	436 925	429 830	419 493	413 966	408 772
	Frauen	441 224	424 242	417 050	402 822	382 806	374 562
K Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen	Insgesamt	2 600 340	2 643 142	2 687 249	2 867 448	3 048 798	3 214 804
	Männer	1 532 286	1 573 803	1 608 524	1 745 337	1 874 969	1 978 952
	Frauen	1 068 054	1 069 339	1 078 725	1 122 112	1 171 829	1 235 852
L Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	Insgesamt	1 287 750	1 242 382	1 207 440	1 180 704	1 146 961	1 131 431
	Männer	646 010	627 127	604 021	590 142	577 660	570 108
	Frauen	641 740	615 255	603 419	590 562	569 301	561 323
M Erziehung und Unterricht	Insgesamt	685 634	656 339	609 360	596 948	587 406	593 170
	Männer	288 345	266 613	263 017	254 646	256 045	257 588
	Frauen	377 289	371 726	346 383	342 302	331 361	335 582
N Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	Insgesamt	2 171 798	2 149 660	2 127 957	2 109 501	2 090 557	2 122 135
	Männer	532 213	532 030	522 921	523 410	529 130	538 110
	Frauen	1 639 585	1 617 630	1 605 036	1 586 091	1 561 427	1 584 025
O Erbringung von sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen	Insgesamt	961 334	944 510	915 061	918 299	925 305	938 591
	Männer	485 716	459 041	442 427	446 234	451 524	459 274
	Frauen	495 618	485 469	472 634	472 065	473 781	480 317
P Private Haushalte	Insgesamt	22 148	21 339	20 815	24 141	21 491	21 982
	Männer	3 823	3 650	3 656	5 531	3 403	3 393
	Frauen	18 325	17 688	17 159	18 610	18 088	18 589
Q Exterritoriale Organisationen und Körperschaften	Insgesamt	25 951	26 191	26 232	25 957	24 552	24 139
	Männer	17 863	18 072	18 053	17 743	17 086	16 618
	Frauen	8 088	8 119	8 179	8 214	7 796	7 521
9 Keine Zuordnung möglich	Insgesamt	1 976	3 185	3 106	3 230	3 665	13 891
	Männer	1 191	1 935	1 944	2 031	2 426	9 709
	Frauen	785	1 250	1 162	1 199	1 237	4 182

© Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Tabelle 27d: Sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigte nach Wirtschaftsabschnitten 2007-2010

Wirtschaftsabschnitte WZ 2008	Geschlecht	sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigte am Stichtag ... nach Wirtschaftsabschnitten der WZ2008			
		30.06.2007	30.06.2008	30.06.2009	30.06.2010
Insgesamt	Insgesamt	22.070.081	22.442.697	22.165.271	22.306.043
	Männer	13.986.362	14.234.381	13.959.646	14.052.339
	Frauen	8.083.719	8.208.316	8.205.625	8.253.704
A Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Insgesamt	197.417	200.645	201.656	203.010
	Männer	139.111	140.532	141.784	143.401
	Frauen	58.306	60.113	59.872	59.609
B Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	Insgesamt	96.005	93.999	91.537	88.385
	Männer	88.344	86.323	83.844	80.718
	Frauen	7.661	7.676	7.693	7.667
C Verarbeitendes Gewerbe	Insgesamt	6.030.125	6.148.068	5.990.358	5.873.799
	Männer	4.697.740	4.798.852	4.682.815	4.589.772
	Frauen	1.332.385	1.349.216	1.307.543	1.284.027
D Energieversorgung	Insgesamt	209.561	212.590	218.584	220.200
	Männer	168.439	170.037	174.387	174.633
	Frauen	41.142	42.553	44.197	45.567
E Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen	Insgesamt	200.894	202.749	203.746	205.453
	Männer	170.541	172.196	173.171	174.671
	Frauen	30.353	30.553	30.575	30.782
F Baugewerbe	Insgesamt	1.509.914	1.501.370	1.497.534	1.525.868
	Männer	1.357.403	1.348.305	1.345.430	1.373.195
	Frauen	152.511	153.065	152.104	152.693
G Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	Insgesamt	3.085.583	3.118.041	3.093.001	3.068.296
	Männer	1.842.865	1.862.709	1.836.423	1.820.830
	Frauen	1.242.718	1.255.332	1.256.578	1.247.466
H Verkehr und Lagerei	Insgesamt	1.198.458	1.225.702	1.204.108	1.207.778
	Männer	963.940	985.099	967.407	975.034
	Frauen	234.518	240.603	236.701	232.744
I Gastgewerbe	Insgesamt	619.218	626.760	635.056	639.165
	Männer	284.979	287.788	292.684	296.332
	Frauen	334.239	338.972	342.372	342.833
J Information und Kommunikation	Insgesamt	717.347	739.270	729.662	724.645
	Männer	487.151	501.241	499.847	498.279
	Frauen	230.196	238.029	229.815	225.366
K Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	Insgesamt	809.800	799.369	805.495	797.223
	Männer	420.559	416.793	420.081	416.979
	Frauen	389.241	382.576	385.414	380.244
L Grundstücks- und Wohnungswesen	Insgesamt	182.622	186.421	174.729	174.664
	Männer	100.957	102.233	93.500	93.461
	Frauen	81.665	84.188	81.229	81.203
M Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	Insgesamt	1.242.296	1.309.088	1.329.461	1.349.559
	Männer	635.322	673.938	683.132	695.711
	Frauen	606.974	635.160	646.329	653.848
N Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	Insgesamt	1.344.153	1.419.936	1.241.491	1.417.770
	Männer	913.663	964.195	820.273	963.269
	Frauen	430.490	455.741	421.218	454.501
O Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung	Insgesamt	1.151.293	1.133.406	1.138.158	1.140.708
	Männer	579.141	569.818	568.935	565.063
	Frauen	572.152	563.588	569.223	575.645
P Erziehung und Unterricht	Insgesamt	597.141	604.673	625.158	632.238
	Männer	257.101	259.468	266.897	267.271
	Frauen	340.040	345.185	358.261	364.967
Q Gesundheits- und Sozialwesen	Insgesamt	2.076.137	2.105.783	2.165.454	2.216.627
	Männer	529.176	537.942	554.545	569.289
	Frauen	1.546.961	1.567.841	1.610 909	1.647.338
R Kunst, Unterhaltung und Erholung	Insgesamt	175.233	179.053	182.482	186.237
	Männer	94.076	95.557	96.973	98.658
	Frauen	81.157	83.496	85.509	87.579

Tabelle 27d: Sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigte nach Wirtschaftsabschnitten 2007-2010

Wirtschaftsabschnitte WZ 2008	Geschlecht	sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigte am Stichtag ... nach Wirtschaftsabschnitten der WZ2008			
		30.06.2007	30.06.2008	30.06.2009	30.06.2010
S Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	Insgesamt	576.530	583.304	589.000	585.123
	Männer	232.831	237.193	236.323	233.381
	Frauen	343.699	346.111	352.677	351.742
T Private Haushalte mit Hauspersonal; Herstellung von Waren und Erbringung von Dienstleistungen durch private Haushalte für den Eigenbedarf ohne ausgeprägten Schwerpunkt	Insgesamt	21.395	21.942	22.386	23.010
	Männer	3.275	3.350	3.407	3.638
	Frauen	18.120	18.592	18.979	19.372
U Exterritoriale Organisationen und Körperschaften	Insgesamt	25.043	24.277	23.373	23.098
	Männer	17.144	16.667	15.955	15.710
	Frauen	7.899	7.610	7.418	7.388
9 Keine Zuordnung möglich	Insgesamt	3.896	6.241	2.842	3.167
	Männer	2.604	4.125	1.833	2.044
	Frauen	1.292	2.116	1.009	1.123

© Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Tabelle 27e: Sozialversicherungspflichtig Teilzeitbeschäftigte nach Wirtschaftszweigen 1995-1998

Wirtschaftszweige - WS 73	Geschlecht	sozialversicherungspflichtig Teilzeitbeschäftigte am Stichtag...			
		30.06.1995	30.06.1996	30.06.1997	30.06.1998
Insgesamt	Insgesamt	3.459.793	3.574.295	3.621.150	3.786.038
	Männer	324.853	352.078	378.935	446.193
	Frauen	3.134.940	3.222.217	3.242.215	3.339.845
00-03 Land-u.Forstw.,Tierh.u.Fischer	Insgesamt	24.611	21.138	22.603	27.436
	Männer	6.138	4.999	5.898	8.220
	Frauen	18.473	16.139	16.705	19.216
04-08 Energiew.u.Wasservers., Bergb.	Insgesamt	15.667	15.658	16.259	17.917
	Männer	2.131	1.972	2.336	3.701
	Frauen	13.536	13.686	13.923	14.216
09-58 Verarbeitendes Gewerbe	Insgesamt	378.947	371.010	370.734	379.684
	Männer	38.512	34.461	41.799	52.153
	Frauen	340.435	336.549	328.935	327.531
59-61 Baugewerbe	Insgesamt	63.920	62.534	59.101	60.245
	Männer	10.733	10.226	9.868	12.082
	Frauen	53.187	52.308	49.233	48.163
62 Handel	Insgesamt	723.732	739.996	760.522	775.357
	Männer	34.976	36.507	42.996	48.941
	Frauen	688.756	703.489	717.526	726.416
63-68 Verkehr u.Nachrichtenübermitt.	Insgesamt	158.509	199.954	155.965	153.959
	Männer	22.499	50.546	31.128	34.182
	Frauen	136.010	149.408	124.837	119.777
69 Kredit- u.Versicherungsgewerbe	Insgesamt	127.029	129.328	131.909	139.062
	Männer	4.074	4.401	5.533	7.947
	Frauen	122.955	124.927	126.376	131.115
70-86 Dienstleist., soweit n.genannt	Insgesamt	1.321.285	1.385.759	1.454.355	1.542.623
	Männer	139.885	147.798	177.271	203.315
	Frauen	1.181.400	1.237.961	1.277.084	1.339.308
87-90 Org.o.Erwerbschar.u. priv. H.	Insgesamt	238.950	243.409	245.287	264.839
	Männer	31.234	29.650	30.603	36.932
	Frauen	207.716	213.759	214.684	227.907
91-94 Gebietskörper.u.Sozialvers.	Insgesamt	406.934	405.029	404.070	424.716
	Männer	34.631	31.445	31.451	38.680
	Frauen	372.303	373.584	372.619	386.036
Keine Zuordnung möglich	Insgesamt	209	480	345	200
	Männer	40	73	52	40
	Frauen	169	407	293	160

© Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Tabelle 27f: Sozialversicherungspflichtig Teilzeitbeschäftigte nach Wirtschaftsabschnitten 1999-2002

Wirtschaftsabschnitte 1999 - 2002 = WZ93	Geschlecht	sozialversicherungspflichtig Teilzeitbeschäftigte am Stichtag ... nach Wirtschaftsabschnitten der WZ93			
		30.06.1999	30.06.2000	30.06.2001	30.06.2002
Insgesamt	Insgesamt	3.677.617	3.928.650	4.119.534	4.255.034
	Männer	469.379	551.491	611.586	640.731
	Frauen	3.208.238	3.377.159	3.507.948	3.614.303
A Land- und Forstwirtschaft	Insgesamt	30.275	30.014	27.844	25.113
	Männer	10.666	10.984	10.353	9.018
	Frauen	19.609	19.030	17.491	16.095
B Fischerei und Fischzucht	Insgesamt	103	100	108	113
	Männer	21	24	25	24
	Frauen	82	76	83	89
C Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	Insgesamt	1.698	1.814	1.925	1.845
	Männer	183	281	363	371
	Frauen	1.515	1.533	1.562	1.474
D Verarbeitendes Gewerbe	Insgesamt	333.406	353.872	375.021	377.581
	Männer	42.654	54.326	66.790	70.280
	Frauen	290.752	299.546	308.231	307.301
E Energie- und Wasserversorgung	Insgesamt	13.297	14.533	15.333	17.090
	Männer	1.676	2.847	3.958	5.188
	Frauen	11.621	11.686	11.375	11.902
F Baugewerbe	Insgesamt	69.825	71.911	71.743	66.662
	Männer	14.266	17.271	18.747	17.144
	Frauen	55.559	54.640	52.996	49.518
G Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern	Insgesamt	773.216	808.638	824.036	837.002
	Männer	56.513	67.386	72.951	76.113
	Frauen	716.703	741.252	751.085	760.889
H Gastgewerbe	Insgesamt	115.731	133.685	143.466	151.338
	Männer	31.959	39.087	42.798	46.140
	Frauen	83.772	94.598	100.668	105.199
I Verkehr und Nachrichtenübermittlung	Insgesamt	153.502	166.056	175.077	174.326
	Männer	40.576	48.621	54.199	55.115
	Frauen	112.926	117.435	120.878	119.211
J Kredit- und Versicherungsgewerbe	Insgesamt	128.839	136.712	144.158	152.947
	Männer	6.498	8.316	10.909	12.977
	Frauen	122.341	128.396	133.249	139.970
K Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen	Insgesamt	390.779	450.161	490.854	511.947
	Männer	70.143	90.288	103.800	109.628
	Frauen	320.636	359.873	387.054	402.319
L Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	Insgesamt	378.831	385.622	396.352	410.586
	Männer	36.124	37.381	40.433	41.851
	Frauen	342.707	348.241	355.919	368.737
M Erziehung und Unterricht	Insgesamt	317.222	338.559	358.008	370.078
	Männer	61.549	66.575	69.758	71.562
	Frauen	255.673	271.984	288.250	298.516
N Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	Insgesamt	722.429	775.987	824.732	877.686
	Männer	52.641	59.713	65.350	71.115
	Frauen	669.788	716.274	759.382	806.571
O Erbringung von sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen	Insgesamt	230.640	243.616	253.251	265.014
	Männer	42.334	46.947	49.556	52.807
	Frauen	188.306	196.669	203.695	212.207
P Private Haushalte	Insgesamt	12.946	13.667	13.956	12.862
	Männer	813	873	954	943
	Frauen	12.133	12.794	13.002	11.919

Tabelle 27f: Sozialversicherungspflichtig Teilzeitbeschäftigte nach Wirtschaftsabschnitten 1999-2002

Wirtschaftsabschnitte 1999 - 2002 = WZ93	Geschlecht	sozialversicherungspflichtig Teilzeitbeschäftigte am Stichtag ... nach Wirtschaftsabschnitten der WZ93			
		30.06.1999	30.06.2000	30.06.2001	30.06 2002
Q Exterritoriale Organisationen und Körperschaften	Insgesamt	1.953	1.970	2.128	2.410
	Männer	244	247	293	352
	Frauen	1.709	1.723	1.835	2.058
9 Keine Zuordnung möglich	Insgesamt	2.925	1.533	1.542	431
	Männer	519	324	349	103
	Frauen	2.406	1.209	1.193	328

© Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Tabelle 27g: Sozialversicherungspflichtig Teilzeitbeschäftigte nach Wirtschaftsabschnitten 2003-2008

Wirtschaftsabschnitte 2003 - 2008 = WZ2003	Geschlecht	sozialversicherungspflichtig Teilzeitbeschäftigte am Stichtag . nach Wirtschaftsabschnitten der WZ2003					
		30.06.2003	30.06.2004	30.06.2005	30.06.2006	30.06.2007	30.06.2008
Insgesamt	Insgesamt	4.287.928	4 311 320	4.364 644	4 529 714	4 773 168	5 002 792
	Männer	652.035	657 797	657 061	721 326	776 851	822.277
	Frauen	3 635 893	3.653 523	3.707.583	3.808.386	3 996 317	4 180 515
A Land- und Forstwirtschaft	Insgesamt	23.164	23 377	19 876	21 240	22 048	23.942
	Männer	6.107	6 556	6 452	7.292	7 371	8 184
	Frauen	15 057	14 821	13 424	13 948	14.677	15 778
B Fischerei und Fischzucht	Insgesamt	116	113	122	129	126	151
	Männer	28	31	31	25	27	37
	Frauen	88	82	91	104	99	114
C Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	Insgesamt	1 732	1.654	1.695	1 702	1.809	1 927
	Männer	348	330	374	423	454	456
	Frauen	1.384	1.324	1.321	1 279	1.355	1.471
D Verarbeitendes Gewerbe	Insgesamt	381 655	378 125	380 041	391 796	404 755	416 998
	Männer	78 531	78.763	81 806	92 116	93 687	94 300
	Frauen	303.124	299 362	298.235	299 678	311.068	322 698
E Energie- und Wasserversorgung	Insgesamt	17 869	18 614	18 174	21.186	23.486	24 410
	Männer	5 560	5.878	6 140	7.454	8.482	8 697
	Frauen	12.309	12.736	13 034	13 744	15.004	15 713
F Baugewerbe	Insgesamt	62.190	60.090	58 454	59.946	64 878	68 826
	Männer	15.791	15 718	15.232	18 506	18 796	20.503
	Frauen	46 399	44.372	43 222	43.440	46.082	48.323
G Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern	Insgesamt	823.972	821.804	829.283	845.314	873.197	900.825
	Männer	76.272	77 401	78 224	84 885	91 295	95 132
	Frauen	747 700	744 403	751 059	760 428	781 902	805.693
H Gastgewerbe	Insgesamt	148 186	144 574	144.201	152 125	168 119	174 833
	Männer	44.467	44 151	43 878	46 062	50 105	52.353
	Frauen	103 719	100 423	100 525	106.063	118.014	122.480
I Verkehr und Nachrichtenübermittlung	Insgesamt	172 958	169 350	170 948	186 113	201 837	210 750
	Männer	55 807	55 350	56.817	64 625	72.370	77 441
	Frauen	117 162	114.000	114.131	121.488	129.267	133 309
J Kredit- und Versicherungsgewerbe	Insgesamt	157.165	162.345	169 609	177 027	184 095	188 031
	Männer	14 266	15.447	17 120	19.835	19.800	19 774
	Frauen	142.899	146.898	152 489	157 192	164.295	168 257
K Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen	Insgesamt	515 218	503 583	505 980	532 969	576.378	634.619
	Männer	110.482	108.102	107.326	117 520	129 395	143 476
	Frauen	404.736	395 481	398 654	415 448	448 983	491 143
L Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	Insgesamt	423 436	442.062	456 366	473.019	492.854	501.436
	Männer	44.279	49 112	52.537	60 102	64 043	64 932
	Frauen	379.157	392.970	403 829	412.917	428 811	436.504
M Erziehung und Unterricht	Insgesamt	387 525	384 905	381 813	370 376	394 614	416.999
	Männer	69 630	67 326	62 891	66.180	73.561	79.883
	Frauen	297 895	297 579	299.122	304 196	321.053	337 116
N Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	Insgesamt	910 568	942 283	977.120	1 020.305	1.077.357	1 134 535
	Männer	74 233	78.187	79 818	87.439	94 510	101 002
	Frauen	836.335	864 076	897.302	932 866	982.847	1 033 533
O Erbringung von sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen	Insgesamt	267 194	263.564	254.956	260 898	271.918	285.266
	Männer	52 843	51 803	47 126	49 133	51 185	53.344
	Frauen	214.351	211.761	207 828	211.766	220.733	231 922
P Private Haushalte	Insgesamt	11.830	11 296	11 095	11 911	12.235	12.884
	Männer	862	959	933	1 019	1.028	1 082
	Frauen	10 968	10 337	10 162	10.892	11.207	11.802
Q Exterritoriale Organisationen und Körperschaften	Insgesamt	2 568	3 005	3 334	3.064	3.069	3.004
	Männer	414	560	681	578	621	589
	Frauen	2.152	2 445	2 673	2.486	2.448	2 415
9 Keine Zuordnung möglich	Insgesamt	553	596	577	581	593	3 356
	Männer	115	123	115	132	121	1.112
	Frauen	438	473	462	449	472	2.244

© Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Tabelle 27h: Sozialversicherungspflichtig Teilzeitbeschäftigte nach Wirtschaftsabschnitten 2007-2010

Wirtschaftsabschnitte WZ 2008	Geschlecht	sozialversicherungspflichtig Teilzeitbeschäftigte am Stichtag ...			
		nach Wirtschaftsabschnitten der WZ2008			
		30.06.2007	30.06.2008	30.06.2009	30.06.2010
Insgesamt	Insgesamt	4.773.168	5.002.782	5.201.759	5.388.630
	Männer	776.851	822.277	862.416	914.497
	Frauen	3.996.317	4.180.515	4.339.343	4.474.133
A Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Insgesamt	14.551	15.831	16.852	17.690
	Männer	4.297	4.798	5.288	5.732
	Frauen	10.254	11.033	11.564	11.958
B Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	Insgesamt	1.588	1.668	1.664	1.699
	Männer	406	405	397	413
	Frauen	1.182	1.263	1.267	1.286
C Verarbeitendes Gewerbe	Insgesamt	366.711	378.624	377.788	380.842
	Männer	86.565	87.156	84.694	86.015
	Frauen	280.146	291.468	293.094	294.827
D Energieversorgung	Insgesamt	19.291	19.938	19.360	20.281
	Männer	7.222	7.373	6.640	7.005
	Frauen	12.069	12.565	12.720	13.276
E Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen	Insgesamt	14.424	14.931	15.867	16.876
	Männer	5.133	5.244	5.677	6.282
	Frauen	9.291	9.687	10.190	10.594
F Baugewerbe	Insgesamt	66.672	70.767	74.458	78.835
	Männer	19.071	20.831	22.909	25.548
	Frauen	47.601	49.936	51.549	53.287
G Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	Insgesamt	875.420	903.666	927.705	932.260
	Männer	90.836	94.990	99.701	103.581
	Frauen	784.584	808.676	828.004	828.679
H Verkehr und Lagerei	Insgesamt	183.724	193.467	195.149	199.181
	Männer	67.788	73.296	75.530	78.952
	Frauen	115.936	120.191	119.619	120.229
I Gastgewerbe	Insgesamt	169.549	178.810	193.031	206.760
	Männer	50.491	52.866	57.802	63.447
	Frauen	119.058	125.944	135.229	143.313
J Information und Kommunikation	Insgesamt	95.350	100.381	96.517	97.098
	Männer	30.629	31.842	30.136	30.352
	Frauen	64.721	68.539	66.381	66.746
K Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	Insgesamt	186.070	190.811	197.588	200.824
	Männer	20.148	20.228	20.584	20.392
	Frauen	165.924	170.583	177.004	180.432
L Grundstücks- und Wohnungswesen	Insgesamt	31.936	33.617	33.086	33.909
	Männer	7.507	7.903	7.743	8.061
	Frauen	24.429	25.714	25.343	25.848
M Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	Insgesamt	192.869	206.998	215.893	225.390
	Männer	38.752	41.605	43.141	44.486
	Frauen	154.117	165.393	172.752	180.904
N Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	Insgesamt	323.012	358.001	383.052	416.514
	Männer	71.528	80.938	87.022	100.052
	Frauen	251.484	277.063	296.030	316.462
O Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	Insgesamt	497.584	506.305	527.028	536.550
	Männer	64.862	65.796	69.859	70.781
	Frauen	432.722	440.509	457.169	465.769
P Erziehung und Unterricht	Insgesamt	399.999	422.813	444.799	463.061
	Männer	73.743	80.030	87.116	93.447
	Frauen	326.256	342.883	357.683	369.614
Q Gesundheits- und Sozialwesen	Insgesamt	1.072.721	1.129.412	1.194.057	1.260.684
	Männer	94.703	101.216	109.558	118.492
	Frauen	978.018	1.028.198	1.084.499	1.142.192
R Kunst, Unterhaltung und Erholung	Insgesamt	39.402	41.786	43.827	47.007
	Männer	11.221	11.782	12.714	13.991
	Frauen	28.181	30.004	31.113	33.016

Tabelle 27h: Sozialversicherungspflichtig Teilzeitbeschäftigte nach Wirtschaftsabschnitten 2007-2010

Wirtschaftsabschnitte WZ 2008	Geschlecht	sozialversicherungspflichtig Teilzeitbeschäftigte am Stichtag ... nach Wirtschaftsabschnitten der WZ2008			
		30.06.2007	30.06.2008	30.06.2009	30.06.2010
S Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	Insgesamt	208.342	217.353	226.625	235.059
	Männer	30.156	32.009	33.999	35.440
	Frauen	176.186	185.344	192.626	199.619
T Private Haushalte mit Hauspersonal; Herstellung von Waren und Erbringung von Dienstleistungen durch private Haushalte für den Eigenbedarf ohne ausgeprägten Schwerpunkt	Insgesamt	12.247	12.918	13.970	14.700
	Männer	1.018	1.086	1.201	1.307
	Frauen	11.229	11.832	12.769	13.393
U Exterritoriale Organisationen und Körperschaften	Insgesamt	3.030	2.972	3.073	3.097
	Männer	623	593	613	631
	Frauen	2.407	2.379	2.460	2.466
9 Keine Zuordnung möglich	Insgesamt	676	1.603	370	313
	Männer	154	280	92	90
	Frauen	522	1.313	278	223

© Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Tabelle 27l: Geringfügig Beschäftigte nach Wirtschaftsabschnitten 2004-2008

Wirtschaftsabschnitte 2003 - 2008 = WZ2003	Geschlecht	geringfügig Beschäftigte nach Wirtschaftsabschnitten der WZ2003					
		30.06.2003	30.06.2004	30.06.2005	30.06.2006	30.06.2007	30.06.2008
Insgesamt	Insgesamt		6 877.336	6.867 459	7 138 844	7 313 479	7 472.017
	Männer		2 511 551	2.515.053	2 603 616	2 667 421	2 740 394
	Frauen		4 365 785	4 372 406	4 535 028	4 646 058	4 731 823
A Land- und Forstwirtschaft	Insgesamt		171.739	176 739	172.758	168 746	172.759
	Männer		82.624	84.362	79.205	78 990	80.637
	Frauen		89.115	92 377	93.553	89 756	92.122
B Fischerei und Fischzucht	Insgesamt		863	844	944	1 030	1.007
	Männer		433	418	459	505	476
	Frauen		430	426	485	525	531
C Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	Insgesamt		5 720	5 397	5 538	5.520	5 540
	Männer		3.367	3 159	3 251	3.221	3 239
	Frauen		2.353	2 238	2.285	2.299	2 301
D Verarbeitendes Gewerbe	Insgesamt		825 076	803.731	818 937	836 039	849 945
	Männer		335 579	328 123	336.841	347 423	357 852
	Frauen		489 497	475.608	482 096	488 616	492 093
E Energie- und Wasserversorgung	Insgesamt		7 855	8 119	8 692	9.284	10 115
	Männer		4 145	4 285	4.638	4 912	5 401
	Frauen		3 710	3 834	4.054	4 372	4 714
F Baugewerbe	Insgesamt		275 007	265.107	270 250	268 926	270 195
	Männer		160 148	152 633	155.448	152.483	152.662
	Frauen		114 859	112.474	114 802	116 443	117.533
G Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern	Insgesamt		1 391.880	1 381.900	1 396 997	1 428 017	1 434.807
	Männer		432.633	421 468	431.397	441.787	445 573
	Frauen		959.247	940.432	965.600	988.230	989 034
H Gastgewerbe	Insgesamt		658 868	687.926	699.700	716.830	721 263
	Männer		208 508	210 446	219.243	222.301	225.212
	Frauen		450 360	457 480	480 457	494 529	496.051
I Verkehr und Nachrichtenübermittlung	Insgesamt		436 961	444.154	466.180	479.848	495 717
	Männer		267 373	269.894	283 138	290.438	299 290
	Frauen		169 588	174.260	183.042	189 412	196 427
J Kredit- und Versicherungsgewerbe	Insgesamt		74 667	73.772	73 659	72 556	73 248
	Männer		15 476	15 487	15.624	15.840	16 129
	Frauen		59 191	58.285	58 035	56.816	57.119
K Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen	Insgesamt		1 491 783	1 504.251	1 580.044	1 612.050	1 644 776
	Männer		582 282	594.014	627.268	642.230	655 008
	Frauen		909 501	910.237	952 776	969.820	989 768
L Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	Insgesamt		114 417	114.431	110.023	113 603	118 142
	Männer		51 774	51 032	48 965	50.037	51 828
	Frauen		62.643	63.399	61.058	63.566	66 314
M Erziehung und Unterricht	Insgesamt		166 945	169.583	176.911	190 318	206 969
	Männer		66 670	67 618	69 679	75.791	83 715
	Frauen		100 275	101.965	107.232	114 527	123 254
N Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	Insgesamt		624 340	637.858	660 898	679 947	702 603
	Männer		114 457	119 500	125 826	129 761	137.029
	Frauen		509.883	518.358	534 870	550 186	565 574
O Erbringung von sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen	Insgesamt		525 698	531.907	551.065	568 913	576.026
	Männer		171 805	177.065	185.516	193 808	200.990
	Frauen		353.893	354 842	365 549	373.105	377.036
P Private Haushalte	Insgesamt		99.469	116.378	141.187	158.831	170.311
	Männer		12 124	13 589	15 329	16 272	17.362
	Frauen		87 345	102.790	125.858	142 559	152.948
Q Exterritoriale Organisationen und Körperschaften	Insgesamt		141	143	111	94	111
	Männer		57	50	35	24	22
	Frauen		84	93	76	70	89
9 Keine Zuordnung möglich	Insgesamt		5 907	5 220	4 952	4 927	16 883
	Männer		2.096	1 810	1 752	1.800	7 869
	Frauen		3 811	3 310	3.200	3 127	8 714

Daten zu geringfügig Beschäftigten liegen erst ab 2004 vor

© Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Tabelle 27j: Geringfügig Beschäftigte nach Wirtschaftsabschnitten 2007-2010

Wirtschaftsabschnitte WZ 2008	Geschlecht	geringfügig Beschäftigte nach Wirtschaftsabschnitten der WZ2008			
		30.06.2007	30.06.2008	30.06.2009	30.06.2010
Insgesamt	Insgesamt	7.313.479	7.472.017	7.590.383	7.683 964
	Männer	2.667.421	2.740.394	2.784.367	2.857.537
	Frauen	4.646.058	4.731.623	4.806.016	4.826.427
A Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Insgesamt	135.162	139.132	150.461	155.192
	Männer	58.500	60.157	65.441	67.577
	Frauen	76.662	78.975	85.020	87.615
B Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	Insgesamt	4.786	4.831	4.837	4.723
	Männer	2.846	2.869	2 776	2.863
	Frauen	1.940	1.962	1.861	1.860
C Verarbeitendes Gewerbe	Insgesamt	706.305	720.632	631.299	631.524
	Männer	288.287	299.142	251.524	254.436
	Frauen	418.018	421.490	379.775	377.088
D Energieversorgung	Insgesamt	7.369	8.093	9.030	9.713
	Männer	3.940	4.364	5.027	5.627
	Frauen	3.429	3.729	4.003	4.086
E Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen	Insgesamt	22.828	23.683	23.769	23.354
	Männer	13.923	14.537	14.588	14.372
	Frauen	8.905	9.146	9.181	8.982
F Baugewerbe	Insgesamt	279.673	280.566	287.329	293.270
	Männer	158.179	158.153	166.293	172.382
	Frauen	121.494	122.413	121.036	120.888
G Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	Insgesamt	1.429.135	1.436.849	1.463.256	1.446.481
	Männer	439.705	444.449	458.657	462.619
	Frauen	989.430	992.400	1.004.599	985.862
H Verkehr und Lagerei	Insgesamt	464.526	476.195	479.304	484.636
	Männer	286.114	293.148	297.484	303.998
	Frauen	178.412	183.047	181.820	180.638
I Gastgewerbe	Insgesamt	720.475	726.486	808.770	834.604
	Männer	223.580	226.997	259.856	274.524
	Frauen	496.895	499.489	548.914	560.080
J Information und Kommunikation	Insgesamt	238.175	244.099	226.187	218.708
	Männer	109.530	111.452	104.093	101.285
	Frauen	128.645	132.647	122.094	117.423
K Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	Insgesamt	74.316	75.063	77.174	77.418
	Männer	16.193	16.728	18.068	18.980
	Frauen	58.123	58.335	59.106	58.438
L Grundstücks- und Wohnungswesen	Insgesamt	249.450	254.035	245.856	245.754
	Männer	129.307	131.812	128.265	128.832
	Frauen	120.143	122.223	117.591	116.922
M Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	Insgesamt	473.340	486.851	459.315	467.391
	Männer	167.603	173.248	159.657	167.592
	Frauen	305.737	313.603	299.658	299 799
N Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	Insgesamt	800.124	820.125	867.101	889.382
	Männer	306.917	314.533	337.737	352.083
	Frauen	493.207	505.592	529.364	537.299
O Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung	Insgesamt	114.434	118.899	123.788	128.149
	Männer	50.435	52.183	54.288	56.385
	Frauen	63.999	66.716	69.500	71.764
P Erziehung und Unterricht	Insgesamt	208.210	223.374	238.933	246.067
	Männer	80.775	88.952	95.410	98.515
	Frauen	125.435	134.422	143.523	147.552
Q Gesundheits- und Sozialwesen	Insgesamt	673.924	696.335	726.140	739.578
	Männer	129.418	136.488	144.989	151.371
	Frauen	544.506	559.847	581.171	588.207

Tabelle 27j: Geringfügig Beschäftigte nach Wirtschaftsabschnitten 2007-2010

Wirtschaftsabschnitte WZ 2008	Geschlecht	geringfügig Beschäftigte nach Wirtschaftsabschnitten der WZ2008			
		30.06.2007	30.06.2008	30.06.2009	30.06.2010
R Kunst, Unterhaltung und Erholung	Insgesamt	197.203	201.260	204.493	206.636
	Männer	75.778	79.853	84.645	87.859
	Frauen	121.425	121.407	119.848	118.777
S Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	Insgesamt	352.372	358.184	367.575	367.210
	Männer	108.392	111.103	113.714	112.902
	Frauen	243.980	247.081	253.861	254.308
T Private Haushalte mit Hauspersonal; Herstellung von Waren und Erbringung von Dienstleistungen durch private Haushalte für den Eigenbedarf ohne ausgeprägten Schwerpunkt	Insgesamt	158.764	168.958	191.734	209.032
	Männer	16.212	17.097	20.285	22.151
	Frauen	142.552	149.861	171.449	186.881
U Exterritoriale Organisationen und Körperschaften	Insgesamt	89	95	86	86
	Männer	25	23	25	24
	Frauen	64	72	61	62
9 Keine Zuordnung möglich	Insgesamt	4.819	10.272	4.146	3.056
	Männer	1.762	3.106	1.565	1.160
	Frauen	3.057	7.166	2.581	1.896

© Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333